

Marcus Scheiblecker et al.

Erholung der Wirtschaft im Jahr 2004

Nach drei Jahren der Schwäche belebte sich die Konjunktur in Österreich 2004 wieder. Die Dynamik ging von der Auslandsnachfrage aus; bis zum Jahresende reagierte die Binnennachfrage aber noch nicht nachhaltig auf diese Impulse. Auf dem Arbeitsmarkt wurde der Tiefpunkt überwunden, die Beschäftigung stieg.

Die einzelnen Kapitel dieses Berichts werden jeweils von den Autorinnen und Autoren gezeichnet.

Nachdem die österreichische Wirtschaft in den Jahren 2001 bis 2003 im Durchschnitt um 1% gewachsen war, wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion 2004 um 2% ausgeweitet. Die Erholung war hauptsächlich auf die hohe Dynamik der Ausfuhr zurückzuführen: Der Warenexport stieg real um 12% – dies war die höchste Rate seit 2000 (+13,4%). Die saisonbereinigten Daten zeigen die stärkste Dynamik in der ersten Hälfte des Jahres 2004. Gegen Jahresende stagnierte der Warenexport auf dem – allerdings im Vorjahresvergleich hohen – Niveau.

Die Belebung der Exportnachfrage ging auf die gute internationale Konjunkturlage in Übersee zurück. Die USA setzten den Wachstumskurs auch 2004 fort, gestützt auf alle Binnennachfragekomponenten. Die Investitionsnachfrage blieb trotz mehrmaliger Anhebung des Leitzinssatzes durch die Notenbank lebhaft (real +13,2%). Auch der öffentliche Konsum stieg 2004 abermals (+2%); dadurch wurden sowohl der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte (+3,6% des nominellen BIP) als auch der öffentliche Schuldenstand (63,7%) ausgeweitet.

Der größte Wachstumsbeitrag ging jedoch in den USA wie in den vergangenen Jahren vom Konsum der privaten Haushalte aus. Dieser stieg real um 3,8% und übertraf in nomineller Rechnung die Zunahme der verfügbaren Einkommen, die Sparquote sank auch 2004. Der von der regen Konsumnachfrage ausgelöste Importsog vergrößerte den Fehlbetrag in der Leistungsbilanz, das Leistungsbilanzdefizit erreichte 2004 mit 666 Mrd. \$ bzw. 5,7% des nominellen BIP seinen bisher höchsten Wert.

Nach einer zwei Jahre anhaltenden Exportflaute begünstigte die Schwäche des Dollars 2004 die Ausfuhr der USA (real +8,2%). Trotz der wechselkursbedingten Verteuerung stieg jedoch die Einfuhr aufgrund der lebhaften Konsumnachfrage noch stärker (+9,8%). Der Dollar verlor gegenüber dem Euro im Jahresdurchschnitt 2004 9%, gegenüber dem japanischen Yen 2,6% an Wert.

Die in den Jahren zuvor außerordentlich expansiv ausgerichtete Geldpolitik änderte 2004 ihren Kurs. Vor dem Hintergrund eines starken Wirtschaftswachstums, eines wachsenden Leistungsbilanzdefizits, der Schwäche des Dollars und einer durch drastische Rohölpreissteigerungen ausgelösten aufkeimenden Inflationsgefahr hob die Notenbank den Leitzinssatz in mehreren Schritten um insgesamt 100 Basispunkte an.

In Japan zeigte sich 2004 eine deutliche Tendenz zur Konjunkturbelebung, welche jedoch im Jahresverlauf mehr und mehr an Kraft verlor. Dank der anhaltend kräftigen Expansion in China wurde die Ausfuhr rasch ausgeweitet, und dies stimulierte auch die Investitionsnachfrage. Trotz der Rohölverteuerung konnte sich die japanische Wirtschaft jedoch nicht aus der Deflation lösen. Dies war mit ein Grund für die fortdauernde Zurückhaltung der privaten Haushalte in ihren Konsumausgaben.

Ungebrochen dynamisch entwickelte sich 2004 die chinesische Volkswirtschaft. Ähnlich wie in den Jahren zuvor wurde ein Wirtschaftswachstum von über 9% erzielt.

Maßnahmen der Zentralregierung zur Dämpfung des Expansionstempos zeigten nur wenig Wirkung. Die Investitionsnachfrage stieg ungebrochen, und auch der Export wuchs kräftig. Er profitierte erheblich von der Bindung der Währung an den schwachen Dollar. Der durch die lebhaftere Expansion ausgelöste Nachfragesog an Rohstoffen war maßgebend für den drastischen Anstieg der Preise von Erdöl und Stahl auf den internationalen Märkten.

Verhaltene Erholung im Euro-Raum

Getragen von der Dynamik der internationalen Konjunktur, belebte sich auch die europäische Wirtschaft im Jahr 2004. Im Euro-Raum erreichte das Wachstum 2% nach nur +1/2% im Jahr 2003.

In der ersten Jahreshälfte ging die Expansion von der regen Exportnachfrage aus, welche jedoch im 2. Halbjahr mehr und mehr an Dynamik einbüßte. Dem in einer Aufschwungphase üblichen Muster folgend, sprang im Jahresverlauf die Investitionsnachfrage an. Allerdings blieb die Entwicklung dieser Nachfragekomponente hinter jener vergangener Aufschwungphasen merklich zurück, die erzielten Gewinne wurden offenbar weniger zur Kapazitätsausweitung als für den Schuldenabbau der Unternehmen verwendet.

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)

Real

	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	+ 0,6	- 0,5	- 1,3	+ 8,6
Bergbau ¹⁾	+ 17,8	+ 7,6	- 1,2	+ 15,1
Sachgütererzeugung	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 4,6
Energie- und Wasserversorgung	+ 5,8	+ 13,1	+ 0,3	- 2,2
Bauwesen	- 3,5	+ 0,4	+ 5,1	+ 1,5
Handel ²⁾	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,4	+ 1,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 0,3	+ 3,1	+ 4,4	+ 0,7
Kreditinstitute und Versicherungen	- 8,5	- 2,2	- 4,5	+ 2,3
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 3,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	- 1,5	- 0,2	+ 0,3	- 0,8
Sonstige Dienstleistungen	- 0,4	- 1,8	- 0,9	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,0

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Enttäuschend entwickelte sich der Konsum der privaten Haushalte. Er wuchs im Euro-Raum im Jahr 2004 um nur 1,2%, primär wegen der problematischen Lage in Deutschland.

Die Inflation blieb im Euro-Raum trotz des scharfen Anstiegs der Rohstoffpreise weitgehend unter Kontrolle. Dafür waren der hohe Euro-Kurs und die Wachstumsschwäche bestimmend. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg im Jahresvergleich um 2,1% und übertraf damit etwas den von der EZB mittelfristig als Obergrenze der Preisstabilität angesehenen Wert von 2%. Allerdings verstärkte sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf, und im Dezember betrug die Inflationsrate bereits 2,3%. Die EZB sah sich dennoch im Jahr 2004 nicht veranlasst, den Referenzzinssatz zu verändern, und schlug im Gegensatz zu den USA keinen restriktiveren monetären Kurs ein.

Nachdem in den Jahren zuvor das Defizit der öffentlichen Haushalte im Euro-Raum stets gestiegen war, verschlechterte es sich 2004 nicht weiter. Gemessen am nominalen BIP lag es 2004 bei 2,7% nach 2,8% im Jahr zuvor. Die Schuldenquote erhöhte sich von 70,8% auf 71,3% des BIP. In Deutschland, Frankreich und Griechenland überschritt der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte das dritte Mal in Folge die

vom europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Grenze von –3% des BIP.

Die Konjunkturbelebung machte sich im Euro-Raum auf dem Arbeitsmarkt noch kaum bemerkbar. Zwar wurde der Anstieg der Arbeitslosenquote gebremst, und die Beschäftigung besserte sich gegen Jahresende etwas, doch war die Erholung zu schwach, um die schlechte Arbeitsmarktsituation nachhaltig zu verändern. Auch stützte sich das Wachstum noch zu wenig auf die Binnennachfrage, welche eine höhere Beschäftigungselastizität aufweist als die Außenwirtschaft.

Die deutsche Exportwirtschaft profitierte 2004 besonders von der international guten Konjunkturlage. Zusätzlich gestützt durch den positiven Effekt von 3½ zusätzlichen Arbeitstagen wuchs sie dennoch um nur 1,6%, weil die Binnennachfrage außerordentlich schwach war.

Die Ausfuhr expandierte real mit +8,6% deutlich stärker als der Import (real +6,4%). Die deutsche Wirtschaft erwies sich damit einmal mehr als international sehr wettbewerbsfähig auch unter den zur Zeit ungünstigen Wechselkursrelationen zum Dollarraum. Die Großunternehmen des Exportsektors meldeten eine ausgezeichnete Gewinnlage. Allerdings wurden die erwirtschafteten Mittel nicht zu einer Ausweitung der Produktionskapazitäten verwendet. Weder die Nachfrage nach Investitionsgütern noch jene nach Arbeitskräften kam in Schwung.

Vor dem Hintergrund der schlechten Arbeitsmarktlage und der Verunsicherung der Konsumenten schrumpfte der private Konsum real um 0,4%. Die geringe Konsumbereitschaft spiegelt sich auch in der Entwicklung der Sparquote, welche in den vergangenen Jahren – für eine Phase der Konjunkturschwäche untypisch – laufend stieg. Die nach EU-Definition harmonisierte saisonbereinigte Arbeitslosenquote stieg im Jahresverlauf kontinuierlich und erreichte im Oktober einen neuen Höchstwert von knapp 10%. Die leichte Ausweitung der Beschäftigung konzentrierte sich auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ("Mini-Jobs").

Angesichts der durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt auferlegten Sparverpflichtungen konnte auch die öffentliche Nachfrage in Deutschland keinen wesentlichen Konjunkturimpuls setzen. Der öffentliche Konsum wuchs um nur 0,4%. Die Bruttoanlageinvestitionen waren 2004 das vierte Jahr in Folge rückläufig, allerdings besserte sich die Situation im Laufe des Jahres: Hatte der reale Rückgang gegenüber der Vorperiode im I. Quartal noch 3,1% betragen, so verlangsamte er sich im II. Quartal auf –0,1%. Im 2. Halbjahr wurde wieder eine Zunahme verzeichnet.

Die österreichische Wirtschaft nutzte 2004 die gute Konjunkturlage in Übersee ebenfalls zu einer markanten Ausweitung des Exports. Der Gesamtwert der Warenausfuhr erhöhte sich laut Außenhandelsstatistik im Vorjahresvergleich um 13%. Die größte Dynamik war um die Jahresmitte festzustellen, gegen Ende des Jahres stagnierte der Export auf dem hohen Niveau.

Besonders kräftig wuchs – trotz des für den Export in diesen Raum ungünstigen Wechselkursverhältnisses – die Ausfuhr in die USA und nach Asien. Auch im Handel mit den südosteuropäischen Staaten wurden Zuwächse verbucht, wenngleich diese Märkte für den österreichischen Außenhandel noch wenig Gewicht haben. Nachdem vor einigen Jahren Ungarn die Schweiz als dritt wichtigste Destination österreichischer Produkte nach Deutschland und Italien abgelöst hatte, nahmen 2004 die USA diese Stelle ein. Dies dürfte jedoch mit einer geänderten Praxis der österreichischen Fahrzeugindustrie zusammenhängen: Viele Erzeugnisse für deutsche Autohersteller werden nunmehr direkt in die USA statt wie bisher nach Deutschland geliefert.

Trotz der starken Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar gewannen die österreichischen Unternehmen international Marktanteile. Die heimische Ausfuhr wuchs um 3 Prozentpunkte rascher als die Wirtschaft in den mit Exportanteilen gewichteten Zielländern. Dieses gute Abschneiden der Exportwirtschaft kann nicht ausschließlich durch den weiteren Rückgang der Lohnstückkosten (im Vergleich zum Durchschnitt der österreichischen Handelspartner) erklärt werden.

**Wirtschaft in
Deutschland nur
wenig belebt**

**Zügige Erholung in
Österreich**

Die lebhaftere Entwicklung der Außenwirtschaft zog auch einen deutlichen Anstieg der Importe nach sich. Die Einfuhr von Waren nahm real um 8,4% zu, jene von Dienstleistungen um 1%. Die geringe Konsumbereitschaft der privaten Haushalte dämpfte den Reiseverkehrsimport, er blieb real um 2,5% unter dem Vorjahresniveau.

Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)

Real

	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,4
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,0	- 0,1	+ 0,6	+ 1,5
Staat	- 1,4	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,2
Bruttoinvestitionen	- 2,7	- 4,2	+ 6,7	+ 1,6
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,1	- 3,4	+ 6,2	+ 3,8
Ausrüstungen	+ 0,6	- 7,8	+ 5,5	+ 6,3
Bauten	- 5,0	- 0,8	+ 7,0	+ 1,1
Inländische Verwendung	- 0,2	- 0,7	+ 2,3	+ 0,6
Exporte	+ 6,8	+ 3,8	+ 1,4	+ 9,0
Importe	+ 5,0	- 0,2	+ 4,8	+ 6,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,0

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Exportdynamik war 2004 ähnlich stark wie im Jahr 2000, dennoch blieb das Wirtschaftswachstum 2004 mit 2% deutlich hinter der entsprechenden Rate von 3,4% zurück. Dies ging in erster Linie auf die geringe Ausweitung der Konsumausgaben der privaten und öffentlichen Haushalte zurück: Im Jahr 2000 war der Konsum begünstigt durch eine Steuerreform und das "Familienpaket" um 3% gewachsen, im vergangenen Jahr erreichte der Anstieg nur 1,4%. Das Verbrauchervertrauen war 2001 und 2002 rückläufig und blieb seither auf diesem niedrigen Niveau, die privaten Haushalte sind in ihren Ausgaben zurückhaltend. Dies spiegelt auch der Anstieg der Sparquote seit dem Jahr 2000 wider. Die Effektivverdienste erhöhten sich im Jahr 2004 pro Kopf um 2,2%, allerdings wurde diese Zunahme in realer Rechnung durch die Inflation (+2,1%) nahezu vollkommen aufgezehrt. Dennoch reagierten die privaten Haushalte nicht wie üblich mit einer Senkung der Sparneigung, sondern verstärkten sogar ihr Sparen. Die konjunkturstabilisierende Wirkung des privaten Konsums wurde damit wesentlich beeinträchtigt.

Übersicht 3: Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)

Zu laufenden Preisen

	2004 Mrd. €	2004 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	235,05	+ 3,9
Minus Exporte	120,15	+ 10,2
Plus Importe	108,84	+ 8,7
Inländische Verwendung	223,74	+ 3,0
Konsumausgaben insgesamt	173,22	+ 3,4
Private Haushalte ¹⁾	131,35	+ 3,5
Staat	41,86	+ 3,0
Bruttoinvestitionen	51,01	+ 3,1
Bruttoanlageinvestitionen	51,27	+ 5,4
Ausrüstungen	20,60	+ 7,0
Bauten	28,03	+ 3,4
Vorratsveränderung ²⁾	- 0,25	.
Statistische Differenz	- 0,49	.

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die Investitionsnachfrage belebte sich hingegen 2004 merklich. Dafür war einerseits die bessere Konjunkturlage, andererseits das Auslaufen der Investitionszuwachsprämie zum Jahresende maßgebend. Besonders groß war die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen (real +6,3%) und hier vor allem nach Fahrzeugen (+8,4%). Die Bauinvestitionen wurden nach der bereits 2003 kräftigen Expansion 2004 nur mehr leicht ausgeweitet (real +1,1%). Im Wohnbau trat nach dem Rückgang in den Vorjahren mit einer Steigerung um 0,5% eine Trendwende ein. Die Nachfrage nach Nichtwohnbauten wuchs mit real +1,4% hingegen deutlich langsamer als in den Vorperioden.

Die Hausse der Rohölnotierungen und die Erhöhung von Wohnungsmieten beendeten den seit einigen Jahren sinkenden Trend der Inflationsrate. Nach einem allgemeinen Preisanstieg von 1,3% im Jahr 2003 erhöhte sich der nationale Verbraucherpreisindex 2004 um 2,1%. Seit Jahresbeginn beschleunigte sich der Preisauftrieb kontinuierlich, im Mai überschritt er 2%, und gegen Jahresende wurde eine Inflationsrate von fast 3% gemessen. Ausschlaggebend war dafür die Entwicklung in drei von zwölf Hauptgruppen: "Wohnen, Wasser, Energie" (+3,6%), "Verkehr" (+3,1%) und "verschiedene Waren und Dienstleistungen" (+2,9%). Ein Preisrückgang war nur in der Hauptgruppe "Nachrichtenübermittlung" festzustellen (-1,4%).

Erdölverteuerung verstärkt Preisauftrieb

Übersicht 4: Verteilung des Nettonationaleinkommens 2004

	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	117,24	+ 3,1
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	90,55	+ 5,8
Produktionsabgaben minus Subventionen	27,26	+ 1,6
Bruttoinlandsprodukt	235,05	+ 3,9
Primäreinkommen an das Ausland	18,75	+ 3,8
Primäreinkommen aus dem Ausland	15,53	+ 6,1
Bruttonationaleinkommen	231,83	+ 4,1
Minus Abschreibungen	33,45	+ 3,6
Nettonationaleinkommen	198,38	+ 4,2
Laufende Transfers an das Ausland	6,06	+ 24,5
Laufende Transfers aus dem Ausland	2,86	+ 7,0
Verfügbares Nettonationaleinkommen	195,19	+ 3,7

Q: WIFO-Berechnungen.

Die Inflationsrate laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex erhöhte sich ebenfalls, nach 1,3% im Jahr 2003 betrug sie 2004 2,0%. Damit lag sie in Österreich knapp unter dem Durchschnitt des Euro-Raums von 2,1%. Die niedrigste Jahresinflationsrate verzeichnete 2004 Finnland mit 0,1%, die höchste Spanien (3,1%).

Die Konjunkturerholung schlug bereits gegen Jahresende 2004 auf die Beschäftigung durch. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 2004 um 21.000 (+0,7% gegenüber dem Vorjahr). Die Ausweitung konzentrierte sich auf die konjunkturereagiblen unternehmensnahen Dienstleistungen und den Bereich der Gesundheit und Pflege.

Wie in der Vergangenheit ging 2004 die Belebung der Wirtschaft mit einer Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes einher, sodass die Arbeitslosigkeit nicht gedämpft wurde. Die Zahl der beim AMS vorgemerkten Arbeitslosen erhöhte sich um knapp 4.000 auf 244.000. Allerdings konnte der Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenquote gegen Jahresende gestoppt werden. Nach österreichischer Definition betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 7,1% (2003 7,0%), nach Eurostat-Definition 4,5% (2003 4,3%).

Beschäftigungsaus- weitung bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Angebot an Arbeitskräften				
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,8
Unselbständige ²⁾	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8
Arbeitslosenquote ³⁾	+ 6,1	+ 6,9	+ 7,0	+ 7,1
Nachfrage nach Arbeitskräften				
Aktiv Erwerbstätige ⁴⁾	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7
Sachgütererzeugung ⁵⁾	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,6
Ausländische Arbeitskräfte	+ 3,0	+ 1,6	+ 4,8	+ 3,4
Geleistete Stunden, Sachgütererzeugung	+ 1,0	- 2,1	- 0,1	+ 1,0
Beschäftigungsquote ⁶⁾	63,3	62,8	62,6	62,9
Lohnstückkosten⁷⁾				
Gesamtwirtschaft (laut VGR)	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,2
Sachgütererzeugung	+ 1,1	- 0,6	- 0,5	- 3,1
Produktivität				
BIP je Erwerbstätigen (laut VGR)	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,1
Sachgütererzeugung				
Je Beschäftigten ⁵⁾	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,9	+ 5,2
Je geleistete Stunde	+ 0,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 3,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Präsenzdienler, ohne Bezieher von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer) + Selbständige + Arbeitslose. – ²⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte + Arbeitslose. – ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Angebot ohne Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁶⁾ Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre). – ⁷⁾ Arbeitsentgelte je Produktionseinheit.

Konjunkturerholung entlastet Staatshaushalt nicht

Trotz des befriedigenden Wirtschaftswachstums hatte die Erholung der Konjunktur keine Verbesserung der Staatseinnahmen zur Folge, weil die Dynamik vom Export gestützt wurde, während sich der Konsum der privaten Haushalte und damit die Umsatzsteuereinnahmen nur mäßig entwickelten. Die reichliche Inanspruchnahme der Investitionszuwachsprämie (rund 700 Mio. €) belastete zudem den Staatshaushalt erheblich. Relativ hoch waren hingegen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer; hier kam dem Tanktourismus aus den Nachbarländern eine bedeutende Rolle zu.

Übersicht 6: Preise und Einkommen

	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,1
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,9
Exportpreise Waren	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,7
Importpreise Waren	- 0,5	- 2,3	- 1,6	+ 1,8
Weltmarktrohstoffpreise (Euro-Basis)	- 7,9	- 4,6	- 4,3	+ 18,5
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,1	- 0,9
Waren	+ 0,7	+ 2,3	+ 1,1	- 1,1
Lohn- und Gehaltssumme¹⁾ in der Gesamtwirtschaft				
Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR)	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,0
	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Der Finanzierungssaldo nach Maastricht-Definition war 2004 mit -1,3% des nominalen BIP etwas höher als im Jahr zuvor (2003 -1,1%). Der öffentliche Schuldenstand reduzierte sich auf 64,5% des BIP (2003 64,7%).

Übersicht 7: Außenhandel, Zahlungsbilanz

		2001	2002	2003	2004
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren					
Nominell		+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+ 13,0
Real		+ 6,3	+ 4,3	+ 2,5	+ 12,2
Importe, Waren					
Nominell		+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+ 10,4
Real		+ 5,5	+ 0,3	+ 6,8	+ 8,4
Terms-of-Trade		+ 0,7	+ 2,3	+ 1,1	- 1,1
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)	Mrd. €	- 4,44	+ 0,30	- 2,09	- 0,29
	in % des BIP	- 2,1	+ 0,1	- 0,9	- 0,1
Leistungsbilanz (auf Accrual-Basis) ¹⁾	Mrd. €	- 4,13	+ 0,75	- 1,11	- 1,25
	in % des BIP	- 1,9	+ 0,3	- 0,5	- 0,5

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ 2004: Schätzung des WIFO.

Marcus Scheiblecker (Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at)

Roswitha Übl (Roswitha.Uebl@wifo.ac.at)

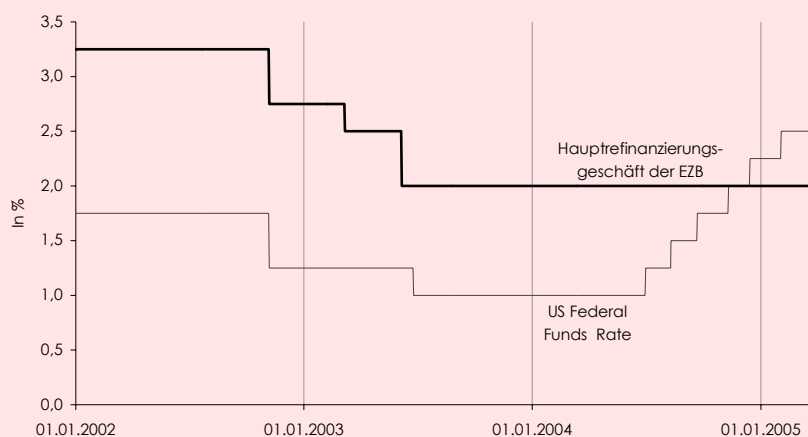
Obwohl die Weltwirtschaft 2004 – getragen von der lebhaften Konjunktur in den USA und in China – vergleichsweise kräftig wuchs, bestanden auf den internationalen Finanzmärkten Zweifel über die mittelfristigen Wachstumsaussichten. Angesichts der Sorge über eine ungeordnete Anpassung der globalen Ungleichgewichte (Leistungsbilanzdefizit der USA, außenwirtschaftliche Überschüsse in Asien und Europa) schwand die Hoffnung auf eine nachhaltige Erholung ab der Jahresmitte rasch.

Vor allem der starke Anstieg der Erdölpreise wurde zu einer ernststen Bedrohung für die internationale Konjunktur. Neben einer hohen Nachfrage, witterungsbedingten Ausfällen und der Knappheit von Verarbeitungskapazitäten bewirkten vor allem die Bedenken hinsichtlich der künftigen Versorgungssicherheit eine Aufwärtstendenz der Rohölpreise. Auslösend dafür ist nicht eine Knappheit an Erdölreserven, sondern die mangelnde Liefersicherheit für jene hochwertigen Rohölsorten, die von den Industrieländern und nunmehr auch von den aufstrebenden Volkswirtschaften Chinas und Indiens verstärkt nachgefragt werden. Dies und das Fehlen ausreichender Kapazitäten zur Verarbeitung des zunehmenden Angebotes von Rohöl minderer Qualität lösten auf den Rohölmärkten jene abrupten Preisausschläge aus, die vor allem in den Industrieländern Unsicherheit und Inflationsängste schürten. Nach Jahren drohender Deflationstendenzen rückten damit Inflation und steigende Inflationserwartungen wieder in das Zentrum der Aufmerksamkeit von Geldpolitik und Finanzmärkten.

Globale Ungleichgewichte und Konjunktursicherheitsrisiken prägen internationales Finanzmarktgeschehen

Die Notenbank der USA beendete 2004 ihre seit 2001 expansiv ausgerichtete Geldpolitik. Ab der Jahresmitte erhöhte sie in rascher Folge den Leitzinssatz und signalisierte damit ihre Bereitschaft zur Sicherung eines inflationsfreien Wachstums. Die Europäische Zentralbank ließ den Euro-Leitzinssatz unverändert. Die wachsende Sorge über die Entwicklung der globalen Ungleichgewichte begünstigte den Außenwert des Euro. Die österreichische Wirtschaft büßte aber gegenüber ihren wichtigsten Handelspartnern kaum preisliche Wettbewerbsfähigkeit ein. Die österreichische Leistungsbilanz blieb ausgeglichen. Ab Mitte 2004 ermöglichte die günstige Entwicklung auf den Renten- und Aktienmärkten ein kräftiges Wachstum der Banken und Investmentfonds. Rentabilität und Performance entwickelten sich im Finanzsektor überdurchschnittlich gut.

Abbildung 1: Leitzinssätze im Euro-Raum und in den USA



Q: EZB, Federal Reserve Board.

Ende der Niedrigzinspolitik in den USA

Seit Mitte 2004 erhöht die Notenbank der USA den Leitzinssatz. In sieben Schritten im Ausmaß von jeweils 25 Basispunkten wurde der Taggeldsatz auf 2,75% im März 2005 angehoben.

In den USA beendeten die Währungsbehörden Mitte 2004 ihre Politik der historisch niedrigen Zinssätze. Die sprunghafte Verteuerung von Erdöl sowie die wachsende Unsicherheit über die künftige Richtung von Leistungsbilanz und Haushaltspolitik der USA schlugen sich in der ersten Jahreshälfte 2004 in einem steten Aufbau von Inflationserwartungen nieder, der bis zur Jahresmitte einen raschen Anstieg der Zinskurve zur Folge hatte. Der Zinssatz für 10-jährige US-Staatsanleihen zog ausgehend von 4,1% zu Jahresbeginn auf bis zu 4,7% im Juni an. Die überraschend starke Beschleunigung des Wachstums der Geldmenge M3 und ein unerwartet kräftiger Anstieg der Inflationsrate im II. Quartal 2004 bestärkten die Notenbank in ihrem Entschluss, die Trendwende in der Geldpolitik der USA herbeizuführen. Der überdurchschnittlich hohe Versorgungsgrad der Wirtschaft mit Liquidität wurde vor dem Hintergrund volatiler Rohstoffmärkte, einer boomenden Binnenkonjunktur und sich stetig weitender binnen- und außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte zunehmend zu einer ernststen Gefährdung eines weitestgehend inflationsfreien Wachstums.

Die Federal Reserve Bank vollzog die geldpolitische Kehrtwende durch eine rasche Abfolge von mäßigen Leitzinssatzerhöhungen im Ausmaß von jeweils 25 Basispunkten. Zum Jahresende 2004 überschritt die Federal Funds Rate erstmals seit 2001 die 2%-Marke und schloss damit die Leitzinssatzdifferenz zum Euro-Raum.

Die Beendigung der expansiven Geld- und Zinspolitik durch die Notenbank der USA wurde von den Finanzmärkten unterschiedlich aufgenommen. Ein Teil der Marktteilnehmer begrüßte die Bereitschaft der Notenbank, aufkeimenden Inflationserwartungen frühzeitig und konsequent entgegenzutreten. Viele Marktteilnehmer befürchteten jedoch, dass ein Anstieg der Geldmarktzinssätze die stark verschuldeten privaten Haushalte in ihrem Konsumverhalten nachhaltig verunsichern würde. Damit schien die tragende Säule der Konjunktur in den USA gefährdet. Die Entwicklung der Zinskurve und des Aktienmarktes seit Mitte 2004 spiegeln diese gegensätzlichen Sichtweisen der Marktteilnehmer deutlich wider: Die Zinskurve verflachte sich ab August 2004 nicht nur aufgrund der Leitzinssatzerhöhungen, sondern vor allem auch weil die langfristigen Zinssätze wegen der unerwartet kräftigen Nachfrage nach risikoarmen Rentenwerten sanken.

Die Sekundärmarktrendite für 10-jährige Staatsanleihen sank bis zum Jahresende auf 4,2%. Gleichzeitig belebten anhaltend positive Ertragsaussichten von Unternehmen aus den USA und von börsennotierten Konzernen den Aktienmarkt in der zweiten Jahreshälfte. Die unerwartete Hausse der Rentenwerte bei gleichzeitig intakten Wachstumsperspektiven hinterließ sowohl bei geldpolitischen Beobachtern als auch bei den Währungsbehörden merkliche Zweifel an der Fundierung dieser extremen Marktreaktion.

EZB lässt Euro-Leitzinssatz unverändert

Geringer Inflationsdruck ermöglichte der EZB eine Fortführung ihrer Niedrigzinspolitik. Der starke Außenwert des Euro milderte die Gefahr von importierter Inflation.

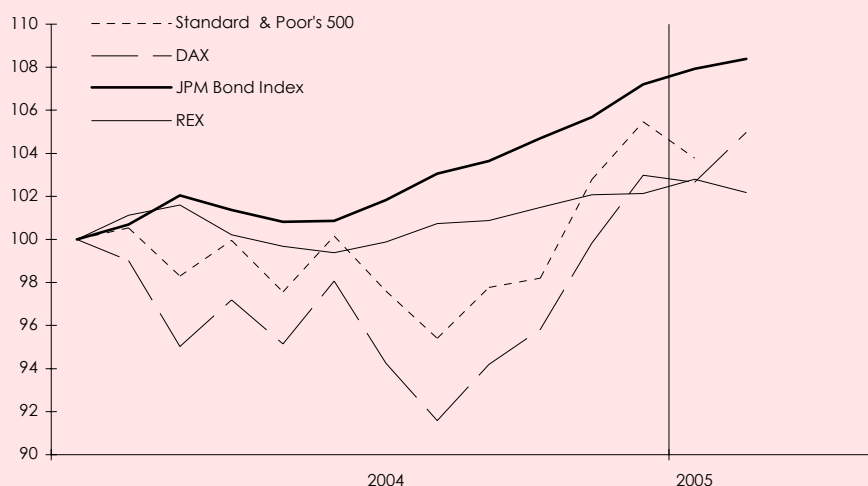
Ogleich die Inflationsaussichten im Euro-Raum 2004 ebenfalls unsicherer wurden, ließ die Europäische Zentralbank den Leitzinssatz unverändert. Wegen des starken Außenwertes des Euro und des (angesichts der schwachen Binnenkonjunktur) geringen Preisspielraums für Unternehmen lösten die Erdölpreissteigerungen im Euro-Raum keinen unmittelbaren Inflationsdruck aus. Die Veränderungsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex bewegte sich 2004 durchwegs innerhalb des Toleranzbandes um den Zielbereich von 2%. Die Kerninflation zeigte ebenfalls keine nachhaltigen Aufwärtstendenzen.

Bis zur Jahresmitte beurteilten die Finanzmärkte die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität im Euro-Raum wesentlich pessimistischer. Positive Inflationserwartungen und die noch intakten gesamteuropäischen Wachstumserwartungen sorgten für einen deutlichen Anstieg der langfristigen Euro-Zinssätze in der ersten Jahreshälfte. Die Zinssätze für 10-jährige Staatsanleihen stiegen im Euro-Raum bis Juni auf 4,3% (Deutschland) bis 4,6% (Griechenland). Danach setzte sich jedoch bei der überwiegenden Mehrheit der Marktteilnehmer die Auffassung durch, dass weder von der mäßigen Binnenkonjunktur noch von der Entwicklung der Erdölpreise unmittelbar Gefahr für die europäische Preisentwicklung drohe. Dies und die zunehmende Unsicherheit über den künftigen Konjunkturverlauf schlugen sich ab dem III. Quartal 2004 in einer unerwartet kräftigen Belebung der Nachfrage auf den europäischen Anleihenmärkten nieder. Der damit verbundene Renditenverfall risikoarmer Rentenwerte ließ die langfristigen Euro-Zinssätze bis zum Jahresende auf einen neuen Tiefststand sinken. Die

Zinssätze für 10-jährige Staatstitel brachen im Euro-Raum gegen Jahresende bis auf 3,6% ein (Deutschland). Das Zinsdifferential zwischen den USA und dem Euro-Raum weitete sich damit gegen Jahresende 2004 auch im Bereich der langfristigen Referenzzinssätze aus.

Abbildung 2: Aktien- und Rentenindizes im Euro-Raum und in den USA

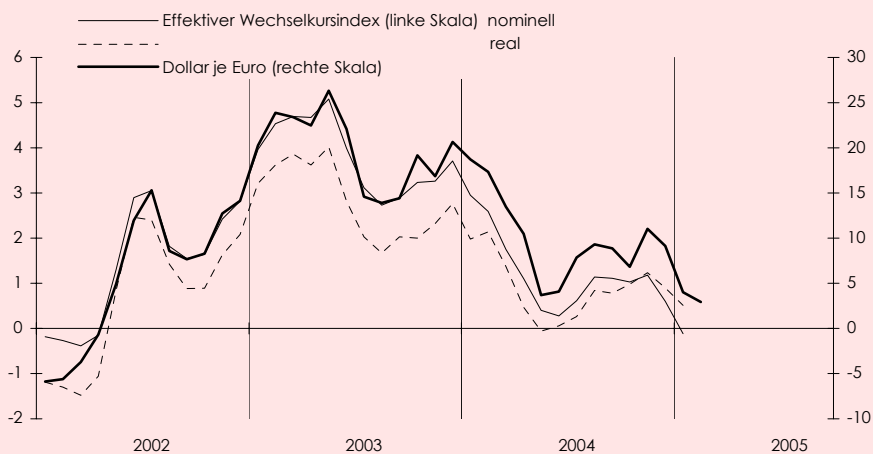
Jänner 2004 = 100



Q: IFS, Deutsche Bundesbank JP Morgan.

Abbildung 3: Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

Die Richtungsänderung der Geldpolitik in den USA hatte nur kurzzeitig Einfluss auf die Bewegungen des Euro-Dollar-Wechselkurses. In der ersten Jahreshälfte machte der Dollar gegenüber dem Euro wegen der Erwartungen von Zinserhöhungen in den USA etwas Boden gut, der Wert des Euro sank von 1,26 \$ zu Jahresbeginn auf 1,21 \$ im Juni. Die pessimistischen Markterwartungen über die künftige Entwicklung des Leistungsbilanzdefizits der USA (bzw. dessen Finanzierung) und der Finanzpolitik ließen jedoch im weiteren Jahresverlauf den Wert des Euro bis auf 1,34 \$ (Dezember 2004) steigen. Insgesamt stieg der Wert des Euro gegenüber dem Dollar 2004 im Vorjahresvergleich durchschnittlich um knapp 10%. Diese Entwicklung wurde durch Kursverluste gegenüber dem Pfund Sterling, vor allem jedoch (ab Mitte 2004) gegenüber dem ungarischen Forint, der tschechischen Krone und dem polnischen Zloty gemildert. Im

Geringfügige Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit trotz Euro-Stärke

Die ausgeprägte Außenhandelsverflechtung Österreichs mit dem Euro-Raum und den neuen EU-Ländern milderte die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Euro-Aufwertung gegenüber dem Dollar.

Jahresdurchschnitt 2004 lag der für Österreich relevante nominell-effektive Wechselkurs des Euro, gemessen am WIFO-Wechselkursindex, um nur 1,2% über dem Vergleichswert des Vorjahres. Die real-effektive Aufwertung fiel, weil sich die Inflation etwas günstiger entwickelte als bei den wichtigsten Handelspartnern, mit 0,9% noch niedriger aus. Der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gegenüber den wichtigsten Handelspartnern war damit trotz des beträchtlichen Wertgewinns des Euro gegenüber dem Dollar begrenzt.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht auch 2004 erreicht

Die internationale Rentenhause und eine ausgezeichnete Performance der Wiener Börse erhöhten die grenzüberschreitenden Kapitalströme überdurchschnittlich.

Die österreichische Leistungsbilanz war auf Accrual- bzw. Transaktionsbasis in den ersten drei Quartalen 2004 ausgeglichen. Die Berechnungen auf Cash-Basis lassen für das Jahresergebnis 2004 ein geringfügiges Passivum erwarten, doch wird der Abgang ½% des BIP nicht überschreiten. Die entscheidenden Beiträge zur ausgewogenen Entwicklung der Leistungsbilanz kamen wie im Vorjahr von der österreichischen Exportwirtschaft – der Überschuss aus Waren- und Dienstleistungsexporten erhöhte sich nicht zuletzt aufgrund der zunehmend günstigeren Wechselkursrelationen zu den Währungen der neuen EU-Mitgliedstaaten auf 3,2 Mrd. €. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen wurden gegenüber 2003 um 8% ausgeweitet, das Importwachstum betrug 7%. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz erreichte 2,2 Mrd. € und überstieg damit den Wert des Vorjahres um 13%.

Übersicht 8: Ausgewählte Komponenten der österreichischen Zahlungsbilanz

Accrual-Basis

	2000	2001	2002	2003	2003 I. bis III. Quartal	2004 I. bis III. Quartal
	Mrd. €					
Leistungsbilanz	- 5,4	- 4,1	0,7	- 1,1	- 0,7	- 0,0
Güter	- 3,0	- 1,4	3,8	1,0	0,3	2,9
Dienstleistungen	1,7	2,1	0,6	1,6	1,9	0,8
Einkommen	- 2,7	- 3,4	- 1,7	- 1,6	- 1,2	- 1,4
Laufende Transfers	- 1,4	- 1,4	- 1,9	- 2,1	- 1,8	- 2,2
Vermögensübertragungen	- 0,5	- 0,6	- 0,4	- 0,0	0,1	- 0,2
Kapitalbilanz	4,7	4,2	- 3,4	1,3	- 0,6	1,1
Direktinvestitionen	3,4	3,1	- 5,8	0,2	0,6	0,0
Im Ausland	- 6,2	- 3,5	- 6,2	- 6,2	- 4,4	- 2,6
In Österreich	9,6	6,6	0,4	6,5	5,0	2,6
Portfolioinvestitionen	3,2	6,3	- 4,3	3,8	0,8	0,9
Ausländische Wertpapiere	- 29,2	- 12,2	- 25,1	- 16,6	- 15,5	- 25,8
Inländische Wertpapiere	32,4	18,6	20,8	20,5	16,3	26,7
Sonstige Investitionen	- 2,5	- 7,3	50,3	- 4,0	- 2,9	- 0,6
Finanzderivate	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,7	- 0,1	- 0,3
Offizielle Währungsreserven	0,8	2,1	1,8	1,8	1,0	1,2
Statistische Differenz	1,2	0,5	3,1	- 0,1	1,3	- 0,9

Q: OeNB.

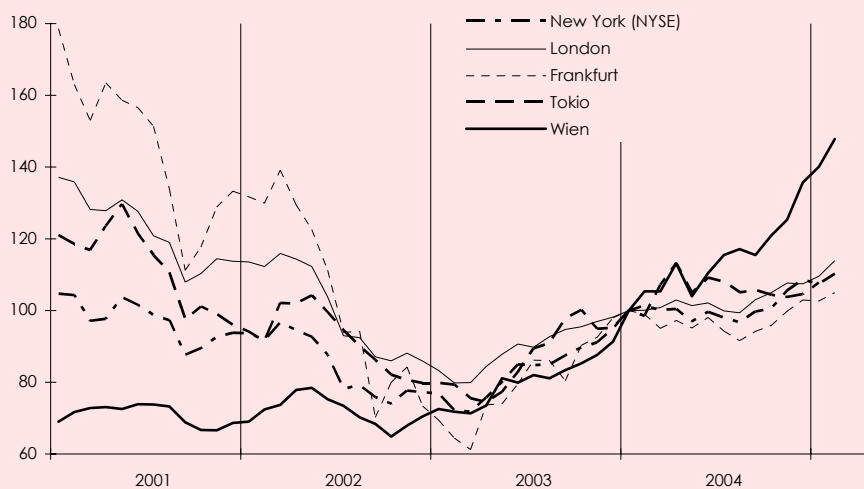
Eine Zunahme des Defizits in den Teilbilanzen Einkommen und Transfer dämpfte jedoch das positive Ergebnis der Güter- und Dienstleistungsbilanz. Der Anstieg des Nettoabflusses in der Einkommensbilanz auf 1,4 Mrd. € ist primär eine Folge der kräftigen Ausweitung der ausländischen Wertpapierkäufe in der jüngeren Vergangenheit. Der Abfluss an Direktinvestitionserträgen war 2004 mit netto 0,5 Mrd. € ebenfalls etwas höher als im Vorjahr. Aufgrund der langjährigen Nettoschuldnerposition Österreichs ist die Einkommensbilanz gegenüber dem Ausland regelmäßig passiv. Die Nettoerträge aus Erwerbseinkommen reichen nicht aus, um die Abflüsse aus Vermögenseinkommen auszugleichen. Das Passivum in der Transferbilanz betrug 2,5 Mrd. €.

2004 wurden die Kapitalströme mit dem Ausland in beiden Richtungen von den zum Teil unerwartet lebhaften Aktivitäten auf den in- und ausländischen Renten- und Aktienmärkten bestimmt. Die überdurchschnittliche inländische Nachfrage nach ausländischen Wertpapieren hatte einen kräftigen Nettokapitalabfluss von 25,4 Mrd. € zur Folge. Damit lagen die Investitionen in ausländische Titel um zwei Drittel über dem Vergleichswert des Vorjahres. Der überwiegende Teil floss entsprechend der geringen Risikoneigung der heimischen Investoren in langfristige Rentenwerte.

Die außergewöhnlich dynamische Entwicklung der Wiener Börse stieß auch 2004 auf verstärktes Interesse ausländischer Investoren. Diese konzentrierten ihre Aktivitäten auf den Erwerb inländischer Aktien und Investmentzertifikate. Insgesamt stieg der Nettoabsatz österreichischer Wertpapiere im Ausland gegenüber 2003 um 24% auf 25,6 Mrd. €. Die steuerliche Förderung von Zukunftsvorsorge-Produkten mit Veranlagungsschwerpunkt auf unterkapitalisierten Aktienbörsen (Mindestanteil von 40% am Gesamtportfolio) stärkte 2004 die Wiener Börse abermals. Nach der bereits herausragenden Performance im Jahr 2003 verzeichnete der ATX 2004 mit +42% einen außerordentlich hohen Zugewinn.

Abbildung 4: Internationale Börsenindizes

Jänner 2004 = 100



Q: OECD, Deutsche Bundesbank

Die Direktinvestitionstätigkeit unterschritt 2004 in beiden Richtungen aufgrund von substantiellen Beteiligungsaufösungen deutlich das Vorjahresergebnis. Die investitionsrelevanten Aktivitäten österreichischer Unternehmen im Ausland sanken netto auf 2,6 Mrd. € (2003 4,8 Mrd. €), jene der ausländischen Unternehmen in Österreich auf 2 Mrd. € (2003 3,5 Mrd. €). Die Teilbilanz der sonstigen Investitionen, die vor allem grenzüberschreitende Kredit- und Einlagentransaktionen abbildet, verzeichnete 2004 einen Nettokapitalimport von 3,5 Mrd. €. Mit insgesamt 3,6 Mrd. € floss 2004 deutlich mehr ausländisches Kapital nach Österreich als 2003.

Das in Investmentfonds veranlagte Kapital stieg 2004 aufgrund der günstigen Marktbedingungen um 11,9% und betrug zu Jahresende 108,7 Mrd. €. Die Zunahme setzte sich aus einem Nettomittelzufluss von 7,6 Mrd. € (abzüglich Ausschüttungen von 3,1 Mrd. €) und Kursgewinnen im Ausmaß von 7,1 Mrd. € zusammen. Der Vermögenszuwachs wurde überwiegend von Veranlagungen in ausländischen Rentenwerten getragen. Das Rentensegment dominiert mit einem Anteil von knapp 70% auch die Struktur des veranlagten Kapitals vor den Beteiligungstiteln mit etwas über 17%. Die regionale Streuung der Veranlagungen zeigt eine deutliche Konzentration auf dem Euro-Raum.

Die neuen Fondskategorien im Bereich Immobilien und Derivative haben sich gut in den Markt eingeführt. Beide Investmentfondstypen verwalteten Ende 2004 ein Gesamtvolumen von etwas über 1 Mrd. €.

Die kapitalgewichtete durchschnittliche Performance aller österreichischen Investmentfonds betrug Ende 2004 6%.

Kredit- und Kapitalmarkt boten 2004 den österreichischen Banken ausgezeichnete Rahmenbedingungen für Wachstum und Rentabilität. Die Bilanzsumme der Banken wuchs um 7,9%, die höchste Rate seit 1999. Kredit- und Auslandsaktivitäten auf der Aktivseite sowie das Zwischenbankgeschäft und die dynamische Entwicklung der Auslandsverbindlichkeiten alimentierten diesen überdurchschnittlichen Zuwachs.

**Investmentfonds
profitieren von
internationaler
Rentenhausse**

**Bankensektor steigert
Wachstum und
Rentabilität überdurchschnittlich**

Wegen des niedrigen Realzinsniveaus belebte sich die inländische Kreditnachfrage 2004 merklich. Motor des dynamischen Wachstums der österreichischen Banken war jedoch das Auslandsgeschäft. Die günstigen Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten ermöglichten den österreichischen Banken im Jahr 2004 eine deutliche Ertragssteigerung.

Angesichts der niedrigen Kreditzinssätze belebte sich die inländische Kreditnachfrage 2004 deutlich. Mit +5,1% ergab sich für das inländische Kreditvolumen die kräftigste Steigerungsrate seit 2000. Besonders dynamisch entwickelte sich die Kreditvergabe an die privaten Haushalte (+8,4%) und hier vor allem die Wohnbaukredite. Kräftig expandierte auch die Kreditvergabe an den öffentlichen Sektor (+5,9%). Trotz des niedrigen Realzinsniveaus war das Kreditgeschäft im Firmenkundenbereich hingegen rückläufig. Die Unternehmen nutzen zunehmend die kostengünstigen Rahmenbedingungen des Kapitalmarktes zur Deckung ihres Finanzbedarfs.

Übersicht 9: Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

Jahresendstände

	2002	2003	2004	2002	2003	2004
		Mrd. €		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Aktiva						
Inländische Wertpapiere	50,4	51,1	53,4	- 0,5	+ 1,4	+ 4,6
Direktkredite	235,6	239,5	251,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 5,1
An den öffentlichen Sektor	28,3	30,0	31,7	+ 0,2	+ 5,7	+ 5,9
An Unternehmen	111,6	110,8	108,9	- 2,7	- 0,7	- 1,7
An private Haushalte	84,6	87,4	94,7	+ 6,1	+ 3,2	+ 8,4
Euro-Kredite	191,3	195,5	203,8	+ 0,4	+ 2,2	+ 4,2
Fremdwährungskredite	44,3	44,0	47,8	+ 4,9	- 0,9	+ 8,8
Auslandsaktiva	155,2	174,2	200,5	- 0,7	+ 12,2	+ 15,1
Passiva						
Sichteinlagen	40,9	48,2	51,8	+ 9,4	+ 18,0	+ 7,3
Termineinlagen	20,8	18,0	20,4	- 13,8	- 13,4	+ 13,1
Spareinlagen	127,7	132,2	135,9	+ 1,8	+ 3,5	+ 2,8
Fremdwährungseinlagen	2,4	2,6	2,8	- 9,3	+ 4,9	+ 8,0
Eigene Inlandsemissionen an Nichtbanken	67,8	65,3	71,5	+ 1,0	- 3,7	+ 9,5
Auslandspassiva	166,2	179,8	195,3	- 4,6	+ 8,1	+ 8,6
Bilanzsumme	573,3	605,1	652,8	- 2,4	+ 5,5	+ 7,9

Q: OeNB.

Das Kreditwachstum wurde zwar hauptsächlich von der Expansion der Euro-Kredite getragen, die Fremdwährungskredite (+8,8%) entwickelten sich jedoch auch vor dem Hintergrund historisch niedriger Euro-Zinssätze weiterhin stark überdurchschnittlich. Die Ausleihungen in Schweizer Franken erreichten Ende 2004 mit einem Gesamtbligo von 43 Mrd. € und einer Zuwachsrate von 19% ein Rekordniveau. Der Anteil der Fremdwährungskredite am gesamten aushaffenden Kreditvolumen stieg 2004 auf 19%.

Die Einlagen wuchsen 2004 mit +4,9% nur geringfügig stärker als 2003. Die niedrige Verzinsung beeinträchtigte insbesondere das Spareinlagenwachstum. Zwei Drittel des Zuwachses von 2,8% entfielen hier auf die Kapitalisierung der Zinsgutschriften. Die Spareinlagen bei Bausparkassen wuchsen mit +4,4% deutlich überdurchschnittlich. Die noch immer hohe Liquiditätspräferenz der Einleger spiegelt sich neuerlich in einem deutlichen Wachstum der Sichteinlagen (+7,3%).

Das niedrige Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt veranlasste die österreichischen Banken zu einer merklichen Ausweitung ihrer eigenen Emissionstätigkeit. Das im Inland begebene Emissionsvolumen wuchs 2004 um 9,5%. Die Banken erhöhten 2004 jedoch auch ihre im Ausland emittierten verbrieften Verbindlichkeiten kräftig (+10%).

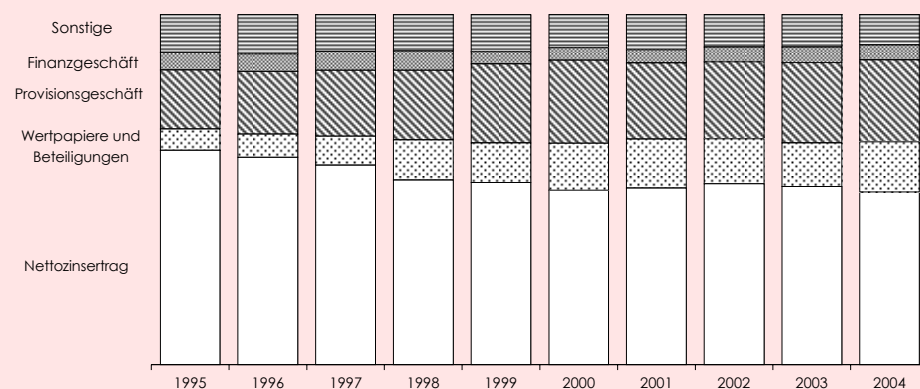
Insgesamt erwiesen sich die Auslandsaktivitäten der österreichischen Banken 2004 als das dynamischste Geschäftssegment. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Forderungen an das Ausland um 15,1%. Dieses außerordentlich kräftige Wachstum wurde zu mehr als der Hälfte durch die Ausweitung der Forderungen an ausländische Banken, vor allem an eigene Tochterinstitute, getragen. Der Anteil der Auslandsaktiva an der Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute stieg 2004 auf 31% (2003 29%).

Auf der Passivseite wurden neben den ausländischen verbrieften Verbindlichkeiten die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten markant gesteigert. Der Anteil der gesamten Auslandspassiva an der Gesamtbilanzsumme lag 2004 bei 30%.

Die günstigen Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten ermöglichten den österreichischen Banken im Jahr 2004 eine deutliche Ertragssteigerung. Obgleich die geringen Zinsmargen kaum nennenswerte Ertragsmöglichkeiten zuließen, wurde das Betriebsergebnis vor allem dank kräftiger Zuwächse im Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft gegenüber 2003 deutlich verbessert. Die positive Entwicklung auf den Renten- und Aktienmärkten in der zweiten Jahreshälfte 2004 zog vor allem ertragswirksame Bewertungskorrekturen nach sich. Dem stand 2004 ein äußerst geringer Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich gegenüber.

Abbildung 5: Struktur der Betriebserträge

Anteile in %



Q: OECD.

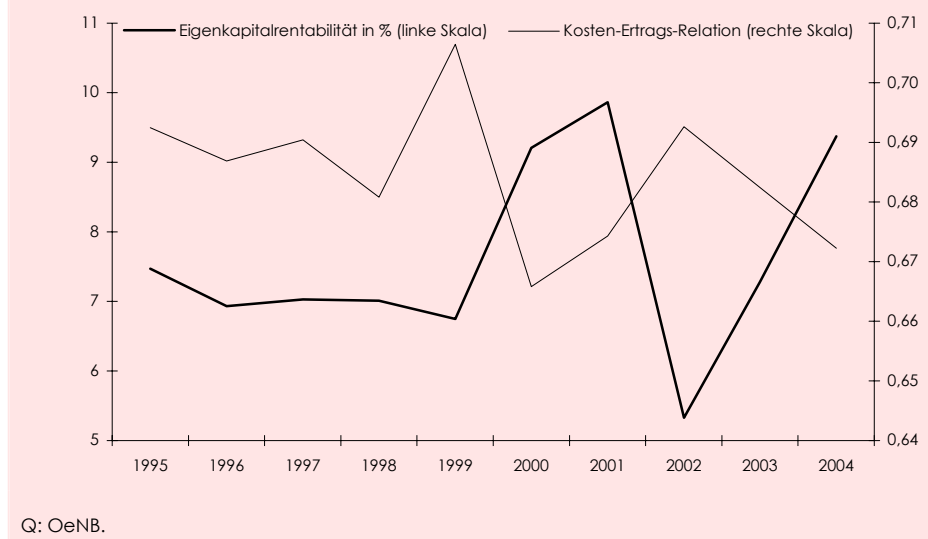
Das Betriebsergebnis der österreichischen Kreditinstitute erhöhte sich gegenüber 2003 insgesamt um 7,6%. Dies begünstigte u. a. eine Verbesserung der Eigenmittelausstattung nach "Basel I" um 0,2 Prozentpunkte auf 14,9%. Das außerordentlich gute Gesamtergebnis ist zu einem erheblichen Teil auf die ausgezeichnete Performance der Tochterunternehmen österreichischer Banken in Osteuropa zurückzuführen. Die Eigenkapitalrentabilität der österreichischen Banken verbesserte sich 2004 signifikant und näherte sich mit 9,3% den bisherigen Höchstwerten von 2000 und 2001.

Übersicht 10: Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken

	Mrd. €	Eigenmittel		Bemessungsgrundlage	
		In % der Bemessungsgrundlage	In % der Bilanzsumme	Mrd. €	In % der Wertpapier- und Direktkredite
1995	22,91	11,8	5,9	193,56	88,0
1996	25,19	12,3	6,1	204,42	88,9
1997	28,79	12,9	6,6	222,55	93,3
1998	33,22	14,3	6,9	233,08	94,1
1999	35,16	13,9	6,7	252,43	95,6
2000	37,43	13,8	6,7	270,50	97,3
2001	41,98	14,6	7,1	287,96	101,6
2002	41,56	14,1	7,2	294,13	102,8
2003	44,34	14,7	7,3	301,34	103,7
2004	47,81	14,9	7,3	320,40	105,0

Q: OeNB.

Abbildung 6: Ertrags- und Kostenentwicklung der österreichischen Banken



Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen 2004 mit +1,5% etwas kräftiger als in den Vorjahren. Dieser Zuwachs ist ausschließlich auf die Ausweitung des Personalaufwands um 2,5% zurückzuführen, wobei der weitaus größte Wachstumsbeitrag aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen herrührt. Die Löhne und Gehälter wuchsen mit +0,7% zwar etwas kräftiger als im Vorjahr, jedoch deutlich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre. Der Personalstand – gemessen in Vollzeitäquivalenten – sank 2004 auf 65.615. Der Sachaufwand blieb gegenüber 2003 unverändert.

Franz R. Hahn (Franz.Hahn@wifo.ac.at)
 Statistik: Christa Magerl (Christa.Magerl@wifo.ac.at)

Ausfuhr steigt lebhaft – Pkw-Export besonders erfolgreich

Der österreichische Export entwickelte sich im Jahr 2004 mit einem realen Wachstum von 12,2% außerordentlich lebhaft und bildete damit den wichtigsten Motor für die österreichische Wirtschaft. Maßgebend war dafür die starke Expansion der Weltwirtschaft, die vor allem von der Aufschwung in den USA und in Asien getragen wurde. Davon profitierten die heimischen Lieferungen ins Ausland nicht nur direkt, sondern auch indirekt über die kräftige Exportkonjunktur in Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner. Diesem Bild entsprechend wuchs der Extra-EU-25-Handel Österreichs mit +16,4% überdurchschnittlich. Am deutlichsten expandierte die Ausfuhr in die USA und in die anderen Industriestaaten in Übersee sowie nach China und Südamerika. Der innergemeinschaftliche Handel nahm um 11,7% zu. Dabei kam der heimischen Industrie vor allem die gute Nachfragesituation in der deutschen Exportindustrie zugute, zu der enge Zulieferbeziehungen bestehen. Den größten Wachstumsbeitrag lieferte neben der Nachfrage aus Deutschland jene aus den USA – die USA sind bereits der dritt wichtigste Absatzmarkt Österreichs. Insgesamt erzielten vor allem die Exporteure von Maschinen und Fahrzeugen und hier insbesondere die Kraftfahrzeugindustrie (Autozulieferer und Pkw) Erfolge.

Auch im Dollarraum kräftige Marktanteilsgewinne

Die österreichischen Exportmärkte (Veränderung der Gesamtimporte der Handelspartner gewichtet mit dem Anteil am österreichischen Export) wuchsen nach vorläufigen Berechnungen des WIFO insgesamt um 8,7%. Die Exporte entwickelten sich damit deutlich günstiger als die entsprechenden Märkte – ein Indiz für kräftige Marktanteilsgewinne der österreichischen Exporteure. Der anhaltende Anstieg des Euro-Kurses gegenüber dem Dollar, hätte erwarten lassen, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Dollar-Raum sowie in jenen Ländern, die ihre Währung an den Dollar binden (z. B. China und andere asiatische Länder) stark beeinträchtigt sein würde, sodass die Nachfrage nach österreichischen Produkten gedämpft würde. Dennoch verbuchten österreichische Anbieter auch auf diesen Märkten, insbesondere in den USA Marktanteilsgewinne.

Übersicht 11: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export				Import				Saldo Mrd. €	Terms-of-Trade Veränderung gegen das Vorjahr Mrd. €	In %
	Werte Mrd. €	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Preise Veränderung gegen das Vorjahr in %	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Werte Mrd. €	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Preise Veränderung gegen das Vorjahr in %	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2001	74,3	+ 6,5	+ 6,3	+ 0,2	78,7	+ 5,0	+ 5,5	- 0,5	- 4,4	0,8	+ 0,7
2002	77,4	+ 4,2	+ 4,3	- 0,1	77,1	- 2,0	+ 0,3	- 2,3	0,3	4,7	+ 2,3
2003	78,9	+ 1,9	+ 2,4	- 0,5	81,0	+ 5,0	+ 6,7	- 1,6	- 2,1	- 2,4	+ 1,1
2004	89,1	+ 13,0	+ 12,2	+ 0,7	89,4	+ 10,4	+ 8,4	+ 1,8	- 0,3	1,8	- 1,1
2004, I. Quartal	20,9	+ 6,8	.	.	21,1	+ 3,0	.	.	- 0,2	+ 0,7	.
II. Quartal	22,6	+ 18,5	.	.	22,1	+ 12,9	.	.	0,5	+ 1,0	.
III. Quartal	22,3	+ 15,2	.	.	22,6	+ 14,1	.	.	- 0,3	+ 0,2	.
IV. Quartal	23,3	+ 11,6	.	.	23,6	+ 11,8	.	.	- 0,3	- 0,1	.

Q: Statistik Austria, Preise laut WIFO.

Übersicht 12: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

	2003	2003	2004	2003	2003	2004
	Anteile In %	am Export Veränderung gegen das Vorjahr in %	der OECD Jänner bis November Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile In %	am Export Veränderung gegen das Vorjahr in %	des Euro-Raums Jänner bis November Veränderung gegen das Vorjahr in %
Intra-EU 25	2,82	+ 2,3	+ 4,9	4,01	+ 0,4	+ 4,1
Intra-EU 15	2,49	+ 2,3	+ 4,7	3,60	+ 0,3	+ 3,8
Euro-Raum	2,78	+ 2,1	+ 4,7	3,99	- 0,3	+ 3,7
Deutschland	6,76	+ 2,5	+ 8,2	10,23	+ 0,4	+ 7,0
MOEL 5 ¹⁾	7,90	- 2,1	+ 4,1	9,33	- 2,1	+ 4,5
Extra-EU 25	1,06	+ 11,1	+ 8,0	3,27	+ 6,7	+ 6,2
Extra-EU 15	1,45	+ 10,4	+ 7,4	4,07	+ 5,5	+ 5,7
Südosteuropa	10,00	+ 8,0	+ 2,5	12,03	+ 10,6	+ 3,3
GUS	3,24	+ 15,9	- 4,9	4,50	+ 15,8	- 3,9
Industriestaaten in Übersee	0,67	+ 15,0	+ 25,8	2,70	+ 11,0	+ 23,6
USA	0,74	+ 15,2	+ 28,4	2,49	+ 12,0	+ 27,5
Entwicklungsländer	0,65	+ 0,8	+ 4,8	2,13	- 1,4	+ 5,0
Ingesamt	1,93	+ 6,3	+ 5,8	3,77	+ 2,3	+ 4,6

Q: OECD, WIFO-Berechnungen. OECD: 24 Länder. - 1) Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

Die Verwendung von Exportwerten in Dollar für die Berechnung von Marktanteilen kann allerdings bei starken Wechselkursschwankungen das Bild verzerren. Bei gleichbleibenden Exportmengen, aber selbst wenn infolge einer Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar die ausländische Exportnachfrage zurückgeht, können die Exportwerte steigen, sofern der Preiseffekt den Mengeneffekt überwiegt. Ein Land kann also rein aufgrund von Wechselkursschwankungen eine gute Exportposition erlangen, obwohl es weniger Güter exportiert.

Eine Berechnung realer Marktanteile wäre in solchen Fällen wichtig, ist aber mangels regionaler Exportpreistatistiken nur sehr eingeschränkt möglich. Zieht man annäherungsweise die Exportpreise der österreichischen Gesamtexporte und die Importpreise der Gesamteinfuhr der USA zur Deflationierung heran, so ergeben sich auch in realer Rechnung Marktanteilsgewinne der österreichischen Exporteure in den USA¹⁾. Die Verzerrung durch Wechselkurseffekte lässt sich auch weitgehend ausschalten, indem man die Ermittlung der österreichischen Marktanteile nicht auf den gesamten OECD-Export, sondern nur auf den Export des Euro-Raums stützt (Übersicht 12). Auch nach dieser Berechnungsmethode erzielte Österreich in allen Regionen – mit Aus-

¹⁾ Zur Berechnung realer Marktanteile werden die nominellen Marktanteile um die relativen Dollarpreise, also österreichische Exportpreise im Verhältnis zu den Importpreisen des Ziellandes korrigiert. Für den österreichischen Güterexport eignen sich hier annäherungsweise die entsprechenden Preise für Warenexporte aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Für das Jahr 2004 wird die vorläufige Berechnung der Preise aus der quartalsweisen VGR des WIFO verwendet.

nahme der GUS – Marktanteilsgewinne am Export des Euro-Raums; besonders stark wurde der Marktanteil in den USA ausgeweitet²⁾).

Nicht nur preisliche, sondern auch qualitative Faktoren beeinflussen den Exporterfolg. Für den besonderen Erfolg in den USA trotz wechselkursbedingt schlechter Wettbewerbsbedingungen gibt es daher zwei mögliche Erklärungen: Entweder konnten die Exporteure durch die Qualität der Produkte überzeugen und wechselkursbedingte Preissteigerungen durchsetzen, oder aber Preissteigerungen infolge der Euro-Aufwertung wurden nicht in die Verkaufspreise weitergegeben ("pricing to market"), sodass die Exportsteigerung durch einen Rückgang der Ausfuhrpreise in heimischer Währung "erkaufft" wurde. Da eine Statistik der Echt-Preise auf Güterebene fehlt, lässt sich diese Frage nicht schlüssig beantworten. Zum einen konzentrierte sich der Exportzuwachs in den USA vor allem auf Maschinen und Fahrzeuge, insbesondere Pkw, und damit auf einen Sektor mit relativ hoher qualitativer Differenzierbarkeit und intensivem Qualitätswettbewerb, der daher weniger preis- bzw. wechselkursempfindlich ist³⁾. Andererseits lassen die auf Basis von Durchschnittswerten (Unit-Values: Exporterlöse je Gewicht bzw. Stück) berechneten österreichischen Exportpreise in den USA insgesamt eher ein "Pricing-to-market"-Verhalten vermuten: Die Preise sanken im Export in die USA insgesamt um 6,5%, jene der Maschinen- und Fahrzeugindustrie lagen um 5% unter dem Niveau des Vorjahres. Diese Berechnung von Außenhandelspreisen auf Basis von Unit-Values kann freilich die tatsächliche Entwicklung der Preise nur schlecht wiedergeben.

Mäßige Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit außerhalb des Euro-Raums

Die positive Export- und Marktanteilsentwicklung im Außenhandel lässt insgesamt auf eine gute Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie schließen. Die rein preisliche Wettbewerbsposition hat sich gemessen an den relativen Lohnstückkosten gegenüber dem Durchschnitt aller Handelspartner im Vorjahresvergleich etwas verbessert (-0,6%). Gegenüber dem wichtigsten Handelspartner, dem Euro-Raum, verbesserte sie sich noch deutlicher. In der österreichischen Industrie sanken die Lohnstückkosten mit -3,1% stärker als im gesamten Euro-Raum (-1,8%). Der nominell-effektive Wechselkursindex signalisiert nach einem relativ starken Anstieg im Jahr 2003 für 2004 eine neuerliche leichte Aufwertung gegenüber den Währungen der Handelspartner im Ausmaß von 1,2%, der real-effektive Wechselkursindex stieg um 0,9%. Die österreichische Wirtschaft büßte demnach außerhalb der Euro-Zone im Jahr 2004 im Vorjahresvergleich etwas an Wettbewerbsfähigkeit ein.

Übersicht 13: Indikatoren zur Wettbewerbsfähigkeit Österreichs

	1990/1995	1995/2000	2001	2002	2003	2004
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real-effektiver Wechselkurs ¹⁾	-	- 2,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,9
Lohnstückkosten der Industrie						
Österreich	+ 0,5	- 3,0	+ 1,1	- 0,6	- 0,5	- 3,1
Euro-Raum	-	+ 0,1	+ 2,5	+ 1,0	+ 0,7	- 1,8
Relative Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern ²⁾	+ 0,8	- 3,4	- 0,9	- 0,6	+ 1,4	- 0,6
Produktivität (Stunden) ³⁾	-	+ 5,1	+ 2,1	+ 3,4	+ 1,6	+ 4,7
Exportpreise ⁴⁾	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,1	+ 1,1
Importpreise ⁴⁾	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,4	- 1,2	- 0,9	+ 2,0
Terms-of-Trade ⁴⁾	+ 0,0	- 0,6	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,1	- 0,9

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Auf Basis relativer Preise. – ²⁾ Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁴⁾ Laut VGR.

Die vorläufigen Daten zu den österreichischen Außenhandelspreisen zeigen einen Anstieg der Exportpreise um 0,7% und der Importpreise um 1,8%, sodass sich das Aus-

²⁾ Gemäß der Marktanteilsrechnung auf Basis der Außenhandelsstatistik der EU verzeichneten unter den Ländern im Euro-Raum neben Österreich nur Deutschland, Belgien und die Niederlande Marktanteilsgewinne.

³⁾ Aiginger, K., "The Use of Unit Values to Discriminate Between Price and Quality Competition", Cambridge Journal of Economics, 1997, 21, S. 571-592, http://www.wifo.ac.at/Karl.Aiginger/publications/unit_values.PDF; Aiginger, K., Europe's Position in Quality Competition. WIFO Background Report, European Commission, DG Enterprise, Brüssel, 2000, <http://www.wifo.ac.at/Karl.Aiginger/publications/2000/qualfin%21.pdf>.

tauschverhältnis gemessen an den Terms-of-Trade im Jahr 2004 verschlechterte. Der wichtigste Faktor dieser Entwicklung war die starke Verteuerung von Energie und Rohstoffen, die auf die Importpreise kräftiger durchschlägt als auf die Exportpreise. Andererseits wurde der Preisanstieg durch die Euro-Aufwertung deutlich gedämpft. Abgesehen vom Ausnahmejahr 2000, in dem ebenfalls der Rohölpreisanstieg die Importe relativ verteuerte, ist seit 1997 eine kontinuierliche Verbesserung des Austauschverhältnisses zu verzeichnen.

Die Bedeutung der Exporte für die österreichische Wirtschaft nahm in den letzten zehn Jahren stark zu. Im Jahr 2004 entsprachen die Warenexporte zu laufenden Preisen (89,1 Mrd. €) einem Anteil am BIP (Exportquote) von 37,9%, Mitte der neunziger Jahre war dieser Anteil erst bei 22% gelegen. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Exportquote infolge der dynamischen Entwicklung der Exporte im Jahr 2004 um 3 Prozentpunkte. Aus längerfristiger Perspektive waren der EU-Beitritt und die Ostöffnung wichtige Faktoren für die Integration Österreichs in die Weltwirtschaft. Die steigende Bedeutung der Exporte spiegelt aber auch die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft durch Direktinvestitionen und die vertiefte Arbeitsteilung durch internationales Outsourcing wider. Damit geht ein Anstieg des Handels mit Zwischenprodukten einher. Parallel zu den Exporten entwickelten sich auch die Importe außerordentlich dynamisch, ihr Anteil am BIP (Importquote) stieg von 27% Mitte der neunziger Jahre auf 38% im Jahr 2004.

Die Regionalstruktur der Ausfuhr ist weiterhin durch eine starke Konzentration auf die EU 15 und hier insbesondere auf den deutschen Markt geprägt: Im Jahr 2004 entfielen 58,9% der österreichischen Exporte auf die EU-15-Staaten, mehr als die Hälfte davon auf Deutschland (32,1%). Einschließlich der 10 neuen EU-Länder (EU 25) werden fast drei Viertel (2004 71,6%) der österreichischen Exporte im innergemeinschaftlichen Warenaustausch abgewickelt. Einschließlich des sonstigen Westeuropas (6,2%) und Südosteuropas (4%) fließen 18,2% an Abnehmer außerhalb Europas, je rund ein Drittel davon in die USA (6%) sowie in den Fernen Osten (einschließlich Japans und Chinas).

Kräftig gesteigert wurde im Laufe der neunziger Jahre der österreichische Außenhandel mit Ost-Mitteleuropa und Südosteuropa sowie mit Nordamerika; dagegen bleibt die Rolle österreichischer Produzenten auf einigen wichtigen Hoffnungsmärkten in Übersee (etwa Fernost) nach wie vor signifikant hinter jener zurück, die vergleichbare kleine westeuropäische Industrieländer innehaben⁴⁾. Die Regionalstruktur des Außenhandels wird dabei stark von der geographischen, aber auch der geopolitischen Lage (Entfernung, Transportkosten), der historischen und kulturgeschichtlichen Verwandtschaft (Sprache, Mentalität) sowie der Handelspolitik (Integrationszugehörigkeit, Handelshemmnisse) bestimmt. Sie ändert sich eher mittel- und langfristig als kurzfristig.

Im Jahr 2004 konnte die österreichische Industrie vor allem die gute Konjunkturlage außerhalb der EU nutzen und verzeichnete die größten Zuwächse im Export in die USA und in die anderen Industriestaaten in Übersee (+26,7%) sowie nach China (+25,2%) und Südamerika (+23,2%). Der Außenhandel mit den USA entwickelte im Laufe der neunziger Jahre eine hohe Dynamik; sie kam in den Jahren 2002 und 2003 – belastet durch die Konjunkturabschwächung beim Handelspartner, aber auch die Euro-Aufwertung – zum Stillstand, lebte aber 2004 wieder deutlich auf. Der Exporterfolg in den USA konzentrierte sich im vergangenen Jahr auf die Autozulieferindustrie (+121%), die Ausfuhr von Pkw wurde verdreifacht (+223%). Gemessen am Wachstumsbeitrag war die Nachfrage aus den USA die wichtigste Komponente der Steigerung der Exporte von in Österreich gefertigten Pkw. Auch nach China und Südamerika wurden 2004 insbesondere mehr Maschinen und Fahrzeuge geliefert. Daneben war in China die Nachfrage nach Rohstoffen, in Südamerika jene nach bearbeiteten Waren besonders rege.

Starker Anstieg der Exportquote

Weiterhin Konzentration auf EU-Markt, Exporte in Drittländer aber sehr lebhaft

⁴⁾ Wolfmayr, Y., Stankovsky, J., Interessante Absatzmärkte und Exportpotentiale für die österreichische Industrie, WIFO, Wien, 2003, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24851.

Übersicht 14: Regionalstruktur des Außenhandels

	Export			Import			Saldo	
	2004 Anteile in %	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2004 gegen das Vorjahr in %	2004 Anteile in %	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2004 gegen das Vorjahr in %	2003 Mrd. €	2004
OECD ¹⁾	84,6	+ 1,6	+ 12,2	86,6	+ 4,9	+ 9,4	- 3,6	- 2,1
Intra-EU 25	71,6	+ 1,7	+ 11,7	77,0	+ 5,1	+ 12,1	- 4,3	- 5,1
Intra-EU 15	58,9	+ 1,4	+ 11,3	66,0	+ 4,2	+ 11,7	- 5,7	- 6,5
10 neue EU-Länder	12,7	+ 3,0	+ 13,5	11,0	+ 10,9	+ 14,3	1,4	1,5
MOEL 5 ²⁾	12,3	+ 3,3	+ 13,8	10,9	+ 10,8	+ 14,0	1,1	1,3
Ungarn	3,8	- 4,8	+ 5,5	3,0	+ 2,7	+ 3,7	0,5	0,6
Tschechien	3,1	+ 7,3	+ 13,2	3,2	+ 17,7	+ 7,2	- 0,2	- 0,1
Baltikum	0,3	+ 19,7	+ 8,8	0,1	+ 26,1	+ 43,8	0,2	0,2
Euro-Raum	53,0	+ 1,8	+ 11,7	62,2	+ 4,7	+ 12,5	- 7,2	- 8,4
Deutschland	32,1	+ 1,3	+ 13,9	42,6	+ 6,8	+ 14,8	- 8,1	- 9,5
Italien	8,6	+ 8,1	+ 7,8	6,8	+ 2,5	+ 6,6	1,4	1,6
Extra-EU 25	28,4	+ 2,6	+ 16,4	23,0	+ 4,8	+ 5,2	2,2	4,8
Extra-EU 15	41,1	+ 2,7	+ 15,5	34,0	+ 6,6	+ 8,0	3,6	6,2
Sonstiges Westeuropa	6,2	+ 2,3	+ 3,7	4,3	+ 26,7	- 12,8	1,0	1,7
EFTA	5,3	- 0,7	+ 2,6	3,4	+ 29,4	- 16,3	1,0	1,7
Schweiz	4,5	- 0,2	- 0,7	3,0	+ 30,8	- 19,4	0,8	1,4
Andere	0,9	+ 27,5	+ 11,5	0,8	+ 14,0	+ 5,2	0,0	0,1
Industriestaaten in Übersee	9,3	+ 2,4	+ 26,7	6,8	- 7,6	+ 2,3	0,6	2,2
NAFTA	7,0	+ 3,4	+ 29,3	3,7	- 15,4	- 5,9	1,3	2,9
USA	6,0	+ 1,9	+ 29,8	3,3	- 16,3	- 5,4	1,0	2,3
Japan	1,2	- 6,2	+ 22,7	2,2	+ 10,2	+ 8,9	- 1,0	- 0,9
Südosteuropa ³⁾	4,0	+ 10,5	+ 18,9	1,9	+ 16,3	+ 32,1	1,7	1,9
GUS	2,2	+ 24,9	+ 15,9	2,6	+ 9,0	+ 20,4	- 0,2	- 0,3
Entwicklungsländer	6,4	- 7,7	+ 17,3	7,8	+ 1,9	+ 13,2	- 1,2	- 1,2
OPEC	1,5	+ 3,7	+ 12,9	1,2	- 4,5	+ 1,8	0,1	0,3
NOPEC	5,0	- 10,7	+ 18,7	6,6	+ 3,3	+ 15,4	- 1,4	- 1,5
China	1,2	- 24,1	+ 25,2	2,5	+ 27,3	+ 23,5	- 0,9	- 1,1
6 dynamische Länder Asiens ⁴⁾	1,7	- 9,1	+ 9,3	2,2	- 17,2	+ 16,4	- 0,3	- 0,5
Südamerika	0,9	- 7,3	+ 23,2	0,8	- 1,4	+ 24,4	0,1	0,1
Insgesamt	100,0	+ 1,9	+ 13,0	100,0	+ 5,0	+ 10,4	- 2,1	- 0,3

Q: Statistik Austria. – 1) Einschließlich Mexikos, Südkoreas, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Polens. – 2) Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – 3) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Kroatien, Mazedonien. – 4) Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

Wie in den vergangenen Jahren war die Ausfuhr nach Südosteuropa eine zusätzliche Stütze für den österreichischen Export. Die heimischen Lieferungen auf die wichtigsten Märkte dieser Region, Kroatien und Rumänien, expandierten um 17,9% bzw. 21,0%, die Exporte nach Bulgarien wurden um 31,5% ausgeweitet. Neben den Herstellern von Maschinen und Fahrzeugen waren auf diesen Märkten die Lieferanten von Nahrungsmitteln besonders erfolgreich.

Der österreichische Intra-EU-Export wuchs mit +11,7% zwar unterdurchschnittlich, aber deutlich rascher als zuletzt. Für die Belebung war die Nachfrage der deutschen Exportindustrie maßgebend, die ebenfalls von der guten Konjunkturlage in den Regionen außerhalb der EU profitierte und zu der österreichische Betriebe enge Zulieferbeziehungen unterhalten. Aber auch die Ausfuhr auf andere wichtige Exportmärkte der EU wurde verstärkt. Nach Italien, dem zweitwichtigsten Bestimmungsland österreichischer Exporte, wurde um 7,8% mehr exportiert als im Jahr zuvor, die Ausfuhr nach Frankreich wuchs um 6,6%, jene nach Großbritannien um 7,5%. Dabei dürfte auch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Exporteure durch den gemessen am Euro-Raum unterdurchschnittlichen Preis- und Lohnkostenanstieg eine Rolle gespielt haben.

Der Export in die 10 neuen EU-Länder wuchs mit +13,5% ebenfalls deutlich rascher als zuletzt. Die Ausfuhr in die MOEL 5 wurde mit +13,8% erstmals seit 2000 kräftiger gesteigert als jene in die baltischen Staaten (+8,8%). Auch in der Entwicklung der Marktanteile wurde der seit 2000 anhaltende negative Trend unterbrochen, die österreichische Exportwirtschaft gewann in den MOEL 5 wieder Marktanteile hinzu. Mit entscheidend war dabei die Erholung der Ausfuhr nach Ungarn, die in den drei Jah-

ren davor rückläufig gewesen war. Den größten Wachstumsbeitrag lieferte die starke Nachfrage aus Slowenien (+26,1%), Polen (+20,2%) und Tschechien (+13,2%).

Übersicht 15: Warenstruktur des Außenhandels

	2004	2003	2004	2004	2003	2004	2003	2004
	Anteile in %	Export Veränderung gegen das Vorjahr in %		Anteile in %	Import Veränderung gegen das Vorjahr in %		Mrd. €	Saldo Mrd. €
Nahrungsmittel	5,8	+ 14,5	+ 10,0	5,8	+ 4,9	+ 6,8	- 0,2	- 0,0
Rohstoffe	3,2	+ 2,3	+ 10,8	3,6	- 0,9	+ 10,9	- 0,4	- 0,4
Holz	1,7	+ 4,6	+ 7,6	0,9	+ 0,0	+ 6,9	0,6	0,7
Brennstoffe	3,2	+ 9,3	+ 40,8	9,2	+ 12,6	+ 26,8	- 4,4	- 5,4
Chemische Erzeugnisse	9,1	+ 0,5	+ 1,8	10,3	+ 3,8	+ 1,7	- 1,0	- 1,1
Bearbeitete Waren	21,5	+ 2,6	+ 7,9	15,9	+ 2,8	+ 10,5	4,9	4,9
Papier	4,1	- 0,7	+ 2,0	1,8	+ 3,8	- 2,2	1,9	2,0
Textilien	1,9	- 3,7	- 3,6	1,8	- 0,7	+ 2,2	0,2	0,1
Eisen, Stahl	4,6	+ 7,9	+ 21,5	2,8	+ 9,3	+ 32,8	1,5	1,6
Maschinen, Fahrzeuge	44,9	+ 0,5	+ 20,4	40,4	+ 6,6	+ 13,0	1,2	3,9
Autozulieferindustrie	13,0	- 1,1	+ 36,7	11,7	+ 3,2	+ 18,0	- 0,4	1,1
Pkw	6,9	- 4,2	+ 87,9	5,9	+ 17,6	+ 11,6	- 1,5	0,9
Konsumnahe Fertigwaren	11,9	+ 1,7	+ 3,2	14,5	+ 1,8	+ 4,6	- 2,1	- 2,4
Insgesamt	100,0	+ 1,9	+ 13,0	100,0	+ 5,0	+ 10,4	- 2,1	- 0,3

Q: Statistik Austria.

Auch die Importe stiegen im Jahr 2004 mit nominell +10,4% und real +8,5% kräftig, allerdings schwächer als der Export. Ein zunehmender Teil der Importnachfrage ist exportinduziert, d. h. importierte intermediäre Güter dienen vermehrt als Input der österreichischen Exportindustrie. Das ist ein direkter Effekt von zunehmendem internationalen Outsourcing. Der Importgehalt der Exporte erreichte nach der Input-Output-Tabelle 2000 rund 39%, im Jahr 1990 war er bei 27% gelegen. Eine Nachfragekomponente mit sehr hohem Importgehalt sind Ausrüstungsinvestitionen und Fahrzeuginvestitionen (Lkw). Die Investitionstätigkeit im Inland wurde durch eine Weiterführung der Investitionszuwachsprämie bis Ende 2004 stimuliert und war damit wie schon im Jahr zuvor ein weiterer Impuls für die starke Importnachfrage.

**Rege Investitionstätigkeit
und Exporte kurbeln
auch Importnachfrage
an**

Übersicht 16: Österreichs Energieimporte

	2000	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				
Brennstoffe, Energie	4,9	5,5	5,7	6,4	8,2
Erdöl und -erzeugnisse	3,4	3,3	3,3	3,5	4,7
Erdöl	1,7	1,7	1,6	1,5	1,7
Anteile am Gesamtimport in %					
Brennstoffe, Energie	6,5	7,0	7,4	8,0	9,2
Erdöl und -erzeugnisse	4,5	4,2	4,2	4,4	5,2
Erdöl	2,3	2,1	2,1	1,9	1,9
In % des BIP					
Brennstoffe, Energie	2,4	2,6	2,6	2,9	3,5
Erdöl und -erzeugnisse	1,6	1,5	1,5	1,6	2,0
Erdöl	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7
Importpreise Erdöl					
€ je t	238,5	212,6	196,4	196,2	229,5
\$ je Barrel	29,3	25,6	25,0	29,9	38,1

Q: Statistik Austria, WIFO.

Diesem Bild der Endnachfrage entsprechend expandierten vor allem die Importe von Maschinen und Fahrzeugen (+13%) und hier insbesondere die Einfuhr von Lkw (+13,1%), aber auch Pkw (+11,6%). Die Einfuhr von bearbeiteten Waren – ein Teilbereich der Industrie mit relativ hohem Anteil von intermediären Gütern – erhöhte sich

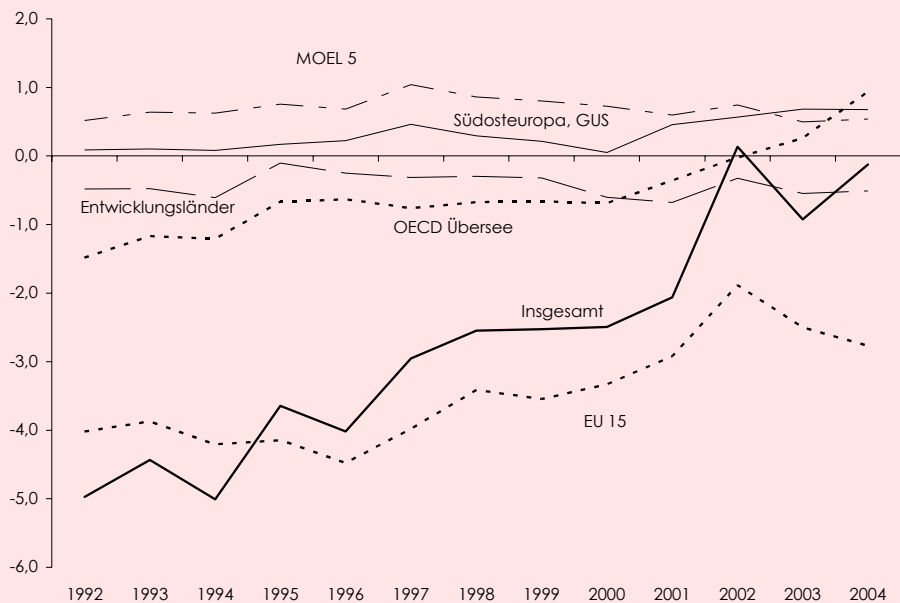
Verbesserung der Handelsbilanz – erstmals Überschuss im Pkw-Handel

mit +10,5% ebenfalls kräftig (insbesondere Eisen und Stahl: +32,8%), ähnlich der Import von Rohstoffen (+10,9%). Die Einfuhr konsumnaher Fertigwaren expandierte mit +4,6% nur mäßig. Nominell wurden um 26,8% mehr Brennstoffe importiert als im Vorjahr. Der markante Anstieg der Rohölpreise belastete 2004 die Energierechnung. Die österreichischen Importpreise von Erdöl, der wichtigsten Komponente im Energieimport, überschritten mit 38,1 \$ je Barrel das Niveau von 2003 um 27,4%, auf Euro-Basis stiegen die Importpreise aufgrund der Aufwertung des Euro etwas verhaltener (+17%). Die importierte Menge einiger wichtiger Energieträger war rückläufig (Erdöl -3,6%, Kohle -17,5%, Strom -12,5%). Im Handel mit Erdölprodukten zeigt sich hingegen ein deutlicher Trend zur zunehmenden Marktversorgung aus dem Ausland: Dem mengenmäßigen Rückgang der Erdölimporte steht eine beträchtliche Ausweitung der Einfuhr von Erdölprodukten gegenüber (+19,7%, Benzin +57,9%, sonstige +15,1%).

Als Ergebnis der lebhaften Entwicklung der Exporte verbesserte sich die Handelsbilanz im Jahr 2004 um 1,8 Mrd. €. Das Handelsdefizit betrug 0,3 Mrd. €, die Defizitquote -0,1% des BIP. Der bedeutendste Beitrag zur Verbesserung der Handelsbilanz kam aus der Maschinen- und Fahrzeugindustrie. Seit 2001 ist der Saldo dieser Industriesparte positiv – ein Hinweis auf einen erfolgreichen Strukturwandel zu höherwertigen, technologieintensiveren Bereichen der Wirtschaft. Der Überschuss im Handel mit Maschinen und Fahrzeugen wurde im Jahr 2004 um insgesamt 2,6 Mrd. € ausgeweitet. Diese Entwicklung war vor allem auf den außergewöhnlichen Erfolg im Export von Pkw zurückzuführen. Der österreichische Außenhandel mit Pkw bilanzierte erstmals positiv (0,9 Mrd. €), die Handelsbilanz verbesserte sich in diesem Bereich um 2,3 Mrd. €. Zur Gesamtverbesserung der Handelsbilanz trug auch der Bereich der bearbeiteten Waren bei (+0,05 Mrd. €). In den anderen Industriebranchen verschlechterte sich der Saldo – wegen der hohen Energiepreise insbesondere im Handel mit Brennstoffen und Energie.

Abbildung 7: Österreichs Handelsbilanz

Saldo in % des BIP



Q: WIFO-Datenbank laut Statistik Austria.

Die Handelsbilanz nach Regionen zeigt Überschüsse im Handel Österreichs mit den MOEL 5 und Südosteuropa sowie mit den Industriestaaten in Übersee, denen Defizite mit der EU 15 und den meisten fernöstlichen Ländern gegenüberstehen⁵⁾. Längerfristig entwickelt sich die Handelsbilanz mit den Industriestaaten in Übersee, insbesondere mit den USA günstig. Österreich erzielte im Außenhandel mit den USA 2002

⁵⁾ Innerhalb dieser Gruppe ergibt nur der Außenhandel mit Japan (2004 -0,5 Mrd. €) und Südkorea ein Defizit.

erstmalig einen positiven Saldo; 2004 erreichte er 2,3 Mrd. €. Gegenüber dem Jahr 2003 verbesserte sich die Handelsbilanz mit den USA damit um 1,4 Mrd. €, zu einem guten Teil dank der Erfolge im Pkw-Export.

Insgesamt steht einer Verbesserung der Handelsbilanz im Extra-EU-Handel um 2,6 Mrd. € eine Verschlechterung im Intra-EU-Handel um 0,8 Mrd. € gegenüber. Der rege Import von Investitionsgütern, aber auch die hohe Energierechnung beeinflusste im Jahr 2004 vor allem den Saldo gegenüber Deutschland: Das Defizit in der Handelsbilanz mit Österreichs wichtigstem Handelspartner stieg um 1,4 Mrd. € und erreichte 9,5 Mrd. €. Insgesamt verschlechterte sich Österreichs Handelsbilanz mit der EU 15 um 0,9 Mrd. € auf 6,5 Mrd. €, während sich die Bilanz mit den 10 neuen EU-Ländern verbesserte. Abgesehen von den letzten zwei Jahren zeigt sich längerfristig aber auch im Handel mit der EU 15 ein Trend zur Verringerung des österreichischen Handelsungleichgewichts.

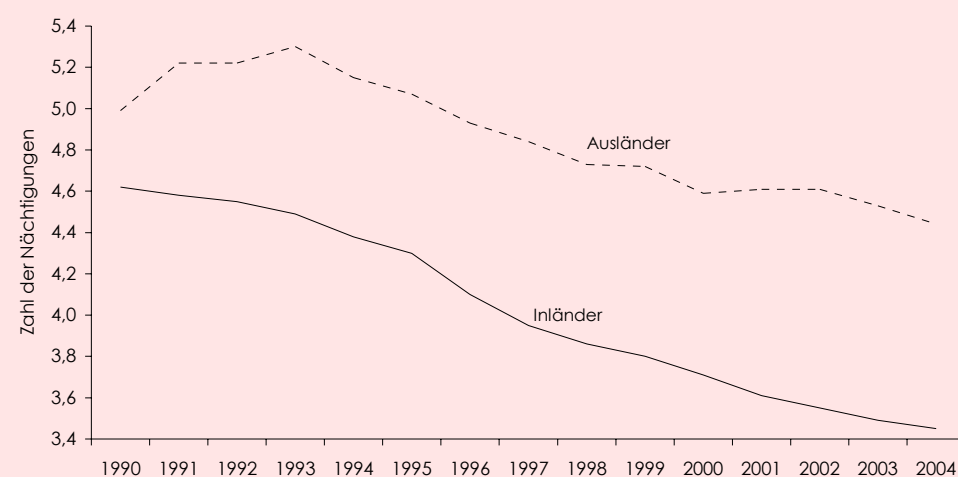
Yvonne Wolfmayr (Yvonne.Wolfmayr@wifo.ac.at)
Statistik: Gabriele Wellan (Gabriele.Wellan@wifo.ac.at)

Nachdem der Welttourismus durch den Krieg im Irak und in Afghanistan sowie die SARS-Epidemie im Jahr 2003 gedämpft worden war, entspannte sich die Lage 2004 weitgehend. Die Zahl der Ankünfte erreichte im internationalen Tourismus nach vorläufigen Berechnungen einen neuen Höchstwert von 760 Mio.⁶⁾ (2003: 694 Mio.)⁷⁾ und mit +10% die höchste Steigerungsrate der letzten 20 Jahre. Besonders günstig entwickelte sich die Zahl der Touristenankünfte in Asien und dem pazifischen Raum (+29%) sowie im Mittleren Osten (+20%). Europa verzeichnete mit +4% ein unterdurchschnittliches Wachstum, der Marktanteil sank auf 54,6%. Europa war damit aber weiterhin die wichtigste Destination im Welttourismus. In den 10 neuen EU-Ländern wuchsen die Tourismuseinnahmen kräftig; zum Teil war das auf Effekte der EU-Erweiterung und Wechselkursvorteile zurückzuführen.

In Österreich entwickelte sich die Zahl der Gästeankünfte aus dem Ausland (2004 19,4 Mio.) verhaltener (+1,5%) als 2003 (+2,5%). Die Tourismusexporte stagnierten nominell (12,4 Mrd. €) und verringerten sich real (-2,8%; einschließlich Personentransport 15 Mrd. € bzw. +2,4%, real -0,5%), Österreich verlor Marktanteile am internationalen europäischen Tourismus (-2,8%).

Boom im Welttourismus – Österreich verliert Marktanteile

Abbildung 8: Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen



Q: Statistik Austria.

In der EU 15 büßten insbesondere Schweden (-9,4%), Dänemark (-6,9%), Finnland (-4,2%) und die Niederlande (-4%) Marktanteile ein, einen Zuwachs erzielten hinge-

⁶⁾ WTO, World Tourism Barometer, 2005, 3(1).

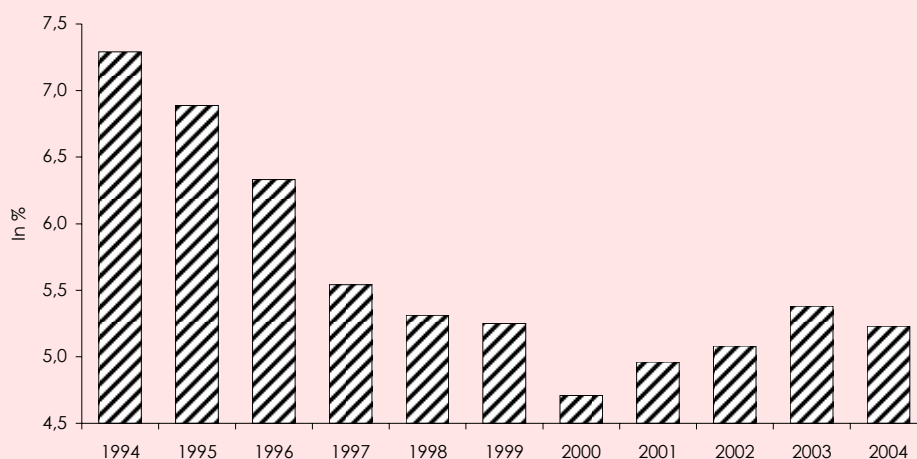
⁷⁾ WTO, World Tourism Barometer, 2004, 2(1).

gen Großbritannien (+7,1%), Portugal (+6,4%) und Griechenland (+6%). Unter den 10 neuen EU-Ländern bauten Litauen (+16,7%), Polen (+14,7%) und Slowenien (+5,9%) ihre Position im internationalen europäischen Tourismus besonders stark aus, während die Slowakei (-15,2%) und Ungarn (-12,9%) beträchtliche Einbußen erlitten.

Die Tendenz zu kürzeren Reisen setzte sich 2004 fort: Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der inländischen Gäste sank in Österreich auf 3,4 Nächte, ausländische Reisende verbrachten im Schnitt 4,4 Übernachtungen im Inland.

Die Ausgaben der Österreicher für Inlandsaufenthalte entwickelten sich mit +2,6% (real -0,3%) merklich schwächer als 2003 (+6,6%, real +4%), aber etwas dynamischer als der Export. Nach einem kräftigen Wachstum 2003 (+6,4%) stagnierten die Tourismusimporte (11,5 Mrd. €).

Abbildung 9: Entwicklung des nominellen Marktanteils von Österreich im internationalen europäischen¹⁾ Tourismus



Q: IMF, OeNB, WTO, WIFO-Berechnungen. Ohne internationalen Personentransport; 2004: Schätzung. –
¹⁾ EU 25, Norwegen, Island, Schweiz und Türkei.

In der Wintersaison stärkere Expansion als im Sommer

In der Wintersaison 2003/04 wurden die Tourismusumsätze im Vorjahresvergleich gesteigert. Insgesamt nahmen die Einnahmen um 5,7% zu; die Nachfrage aus dem Inland stieg mit +7% deutlich lebhafter als jene aus dem Ausland (+5,5%).

Der Städtetourismus verbuchte in der Wintersaison 2003/04 mit +7,8% überdurchschnittliche Nächtigungszuwächse (Österreich insgesamt +2,5%). Eine Steigerung ergab sich dabei in Wien, Salzburg, Linz und St. Pölten, während Graz und Eisenstadt weniger Nächtigungen registrierten als im Vorjahr.

Anders als in der Wintersaison und als im Vorjahr wuchsen die Einnahmen in der Sommersaison 2004 mit +1,4% nur schwach (2003 +5,5%). Hier entwickelte sich der Binnenreiseverkehr mit +0,8% wesentlich verhaltener als die Tourismusexporte (+1,5%).

Im Gegensatz zur rückläufigen Nächtigungsentwicklung in Österreich insgesamt (-2,1%) expandierte der Städtetourismus im Sommer 2004 mit +5,3% kräftig. Stark überdurchschnittlich erhöhte sich die Zahl der Nächtigungen dabei in Linz (+15,7%) und Salzburg (+8,5%). In Graz ergaben sich aufgrund des hohen Vergleichswertes aus dem Vorjahr beträchtliche Einbußen (-14,6%; Graz war 2003 europäische Kulturhauptstadt gewesen).

Auf den für Österreich wichtigen Herkunftsmärkten war die heimische Tourismuswirtschaft im Kalenderjahr 2004 sehr erfolgreich in Spanien (+19,4%), der Slowakei (+19,3%), in Japan (+16,1%), Ungarn (+13,9%), den USA (13,4%), Tschechien (+13,1%), Frankreich (+7,7%) und Großbritannien (+7%), während der deutsche (-3,5%) und der polnische Markt (-7,9%) einbrachen. Die Zahl der Nächtigungen von Gästen aus Belgien und der Schweiz überstieg jeweils nur knapp das Vorjahresniveau. Insgesamt zeigt die Statistik der Ausländernächtigungen eine leicht sinkende Tendenz (-0,5%).

Übersicht 17: Entwicklung von Ankünften und Übernachtungen nach der Herkunft

	Ankünfte						Übernachtungen					
	1997	2000	2001	2002	2003	2004	1997	2000	2001	2002	2003	2004
	In 1.000											
<i>Insgesamt</i>	23.860	26.378	26.894	27.360	28.134	28.463	109.066	113.686	115.111	116.804	117.967	117.243
<i>Inländer</i>	7.217	8.396	8.714	8.749	9.056	9.090	28.504	31.153	31.442	31.013	31.619	31.326
Wien	1.467	1.652	1.635	1.639	2.096	2.166	7.644	7.871	7.641	7.458	8.429	8.447
Andere Bundesländer	5.750	6.744	7.079	7.110	6.960	6.924	20.860	23.282	23.801	23.555	23.190	22.879
<i>Ausländer</i>	16.642	17.982	18.180	18.611	19.078	19.373	80.562	82.534	83.669	85.792	86.348	85.917
Belgien, Luxemburg	391	380	393	409	431	443	2.427	2.216	2.265	2.389	2.481	2.510
Dänemark	163	186	202	207	214	221	781	879	953	980	988	1.026
Deutschland	9.390	9.990	10.145	10.349	10.468	10.255	52.822	52.334	52.786	53.521	52.805	50.983
Finnland	38	50	55	53	53	60	140	174	187	180	183	211
Frankreich	487	387	385	406	436	469	1.851	1.461	1.443	1.562	1.612	1.736
Griechenland	52	55	60	62	67	66	157	169	171	179	196	195
Großbritannien	532	667	646	685	663	722	2.478	3.066	3.037	3.241	3.200	3.423
Italien	896	911	964	995	1.090	1.101	2.378	2.534	2.684	2.812	3.004	3.056
Niederlanden	1.032	1.186	1.238	1.350	1.418	1.426	6.728	7.376	7.682	8.226	8.518	8.454
Norwegen	51	47	48	53	51	50	170	157	159	171	165	159
Schweden	156	172	163	161	157	164	613	678	650	649	627	661
Schweiz	700	737	779	817	888	896	2.783	2.892	3.092	3.285	3.540	3.564
Polen	157	182	187	193	185	174	587	755	791	841	830	764
Tschechien, Slowakei	211	251	273	276	320	361	649	836	920	953	1.107	1.263
Ungarn	184	215	235	248	287	325	600	729	788	860	1.009	1.150
Australien, Neuseeland	95	124	108	97	104	131	204	279	241	241	243	294
Japan	267	294	255	240	222	257	558	584	528	482	457	531
Kanada	55	69	66	65	66	73	140	178	176	172	174	188
USA	579	781	639	512	485	546	1.411	1.876	1.580	1.341	1.249	1.417
Andere Länder	1.206	1.298	1.339	1.433	1.473	1.633	3.085	3.361	3.536	3.707	3.960	4.332

Q: Statistik Austria.

Die derzeit verfügbaren Basisdaten des Tourismus-Satellitenkontos (TSA) beziehen sich auf das Jahr 2003, für 2004 muss auf Schätzungen sowie vorläufige Berechnungen zurückgegriffen werden.

Im Jahr 2004 erreichten die Gesamtausgaben für Urlaubs- und Geschäftsreisen sowie Verwandten- und Bekanntenbesuche in Österreich 28,24 Mrd. € (2003 27,50 Mrd. €). Davon entfielen 53,1% auf ausländische Gäste, 43,6% auf inländische Reisende sowie 3,3% auf die Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen.

Die Ausgaben ausländischer Besucher konzentrierten sich mit 89,4% auf den Übernachtungstourismus, während 41,6% der Aufwendungen inländischer Gäste auf den Tagestourismus entfielen.

Die von Inländern für Inlandsreisen aufgewandten Mittel waren zu 80,2% Urlaubs- und zu 19,8% Geschäftszwecken zuzurechnen; im Urlaubstourismus überwiegen die Ausgaben der Übernachtungstouristen, im Geschäftstourismus hingegen jene der Tagesbesucher.

Auf Basis des TSA-Konzeptes wurde ein direkter Wertschöpfungseffekt des Tourismus von 15,55 Mrd. € ermittelt (2003 15,14 Mrd. €); rein rechnerisch entspricht dies einem Anteil am BIP von 6,6% (2003 6,7%).

Daten zur Struktur des touristischen Konsums nach Gütern bzw. Dienstleistungen liegen aktuell nur für das Jahr 2003 vor. Demnach entfielen 32,5% der Gesamtausgaben auf das Restaurant- und Gaststättenwesen, der Anteil des Beherbergungswesens betrug 22,2%. Für den Transport wurden 16,9%, für Kultur-, Erholungs-, Unterhaltungs-, Finanz- und sonstige Dienstleistungen 10% aufgewandt.

Den überwiegenden Teil der Gesamtausgaben machten mit 87,2% die tourismuscharakteristischen Dienstleistungen aus. Auf tourismusverwandte und nicht-tourismusspezifische Waren und Dienstleistungen sowie die Handelsspanne entfielen 17,3%; hier war der Anteil des Handels am größten.

Tourismus-Satellitenkonto: Wertschöpfungsanteil stagniert

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus bzw. sein Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist eine wichtige Kennziffer für die Wirtschaftspolitik. Zur Ermittlung dieser zentralen Größe sind die TSA-Ergebnisse unter Berücksichtigung aller durch den Tourismus ausgelösten direkten und indirekten Effekte, aber unter Ausschluss der Dienst- und Geschäftsreisen darzustellen. So ergaben sich für das Jahr 2004 ersten Schätzungen zufolge direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 21,16 Mrd. € (2003 20,61 Mrd. €). Damit trug der Tourismus 9% zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei (2003 9,1%)⁸⁾.

Während Vorjahresvergleiche mitunter durch Sondereinflüsse verzerrte Ergebnisse liefern, geben längerfristige Vergleiche eher einen authentischen Wachstumspfad wieder: So expandierte die gesamte touristische Wertschöpfung seit 1999 um 25,5% bzw. um durchschnittlich 4,6% pro Jahr; der Wertschöpfungsanteil am BIP wurde damit insgesamt um rund ½ Prozentpunkt gesteigert.

Für die Berechnung der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft wird zusätzlich der nicht-touristische Freizeitkonsum der Österreicher am Wohnort berücksichtigt. Er wurde für das Jahr 2004 mit 21,10 Mrd. € ermittelt. Die dadurch ausgelösten direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte betragen 17,30 Mrd. € (2003 16,70 Mrd. €). Das entsprach – wie auch im Jahr 2003 – einem Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von 7,4%.

Die Gesamtbetrachtung der inlandswirksamen Aufwendungen für den nicht-touristischen Freizeitkonsum am Wohnort und den touristischen Konsum macht die beachtliche Dimension des Sektors deutlich:

- Die für das Jahr 2004 ermittelten direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte ergaben ein Volumen von 38,46 Mrd. € (+3,1%). Für den Zeitraum 1999/2004 errechnet sich damit ein Zuwachs von 22,6% bzw. von durchschnittlich 4,2% pro Jahr.
- Der Gesamtbeitrag von Tourismus und Freizeitwirtschaft zum BIP erreichte in den vergangenen zwei Jahren jeweils rund 16½%. Er ist damit gegenwärtig um etwa ½ Prozentpunkt höher als im TSA-Basisjahr 1999.

Die hier ermittelten Wertschöpfungsanteile sind niedriger als zuletzt publiziert⁹⁾. Sie sind allerdings nicht etwa "gesunken" – diese Änderung ist bloß Ausdruck der Anwendung aktueller Wertschöpfungsmultiplikatoren auf Basis der Input-Output-Tabelle 2000, während die im Vorjahr publizierten "höheren" Werte auf der heute nicht mehr aktuellen Input-Output-Tabelle 1995 basierten.

Die neue Input-Output-Tabelle 2000 bildet eine revidierte statistische Grundlage für die gesamtösterreichische Wirtschaft. Damit wurde die Voraussetzung zu einer konsistenten Ermittlung der Wertschöpfungsbeiträge aller Wirtschaftssektoren auf der Basis eines aktuelleren Datengebäudes geschaffen.

Egon Smeral (Egon.Smeral@wifo.ac.at)

Statistik: Sabine Fragner (Sabine.Fragner@wifo.ac.at)

Konsum wirkt weniger stabilisierend

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte gelten als stabilisierender Faktor im Konjunkturverlauf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es für die Konsumenten nicht rational ist, ihr Verhalten an jede Einkommensschwankung anzupassen. Sie reagieren in der Regel auf Einkommensänderungen nur, wenn sie diese als dauerhaft einschätzen, und meist erst mit einer gewissen Verzögerung. Die privaten Haushalte weiten ihre Ausgaben dementsprechend in Aufschwungsphasen, in denen die Einkommen überdurchschnittlich steigen, nicht im vollen Umfang der Einkommenstei-

⁸⁾ Siehe "Kennzahlen zur Wirtschaftslage", Übersicht 15, in diesem Heft, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25518.

⁹⁾ Smeral, E., "Welttourismus rückläufig – Österreich gewinnt weiterhin Marktanteile", in Scheiblecker, M., et al., "Österreichs Wirtschaft 2003 neuerlich schwach gewachsen", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(4), S. 310, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24986; Laimer, P., Smeral, E., Ein Tourismus-Satellitenkonto für Wien. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse, Statistik Austria, WIFO, Wien, 2004, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25106.

gerung aus und schränken sie in Abschwungphasen nicht so stark ein, wie es der Einkommensentwicklung entspräche. Die Konsumquote (Relation der Konsumausgaben zum laufenden Einkommen) steigt daher in Abschwungphasen, d. h. ein größerer Teil des Einkommens wird für Zwecke des privaten Konsums verwendet, und sinkt in Zeiten guter Konjunktur. Die Konsumausgaben mildern dementsprechend Konjunkturausschläge.

Im Euro-Raum entwickelte sich die Nachfrage der privaten Haushalte in den letzten Jahren relativ schwach. Eine ökonometrische Analyse¹⁰⁾ der Rezession 1992/1994 und des Abschwungs 2001/2003 durch die Europäische Kommission zeigt, dass die privaten Haushalte unter den gegebenen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Phase 2001/2003 deutlich vorsichtiger disponierten als in der Rezession 1992/1994¹¹⁾ und dass der Konsum die Wirtschaftsentwicklung dementsprechend weniger stützte. Zurückgeführt wird diese Entwicklung auf ein geringeres Vertrauen der Konsumenten, Abweichungen zwischen wahrgenommener und tatsächlicher Inflation und die zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Pensionssysteme nötigen Reformen.

Statistik Austria hat den Konsum im Zuge der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung neu berechnet und dabei neuere statistische Quellen verwendet, Produktion und Nachfrage aufeinander abgestimmt sowie die Berechnungsmethode und Preisbereinigung umgestellt. Demnach stieg die Konsumquote 2001, ging 2002 leicht und 2003 kräftiger zurück, sodass im Jahr 2003 das Niveau des Jahres 2000 leicht unterschritten wurde. Die Konsumquote wies in dieser Phase schwacher Konjunktur im Gegensatz zur Periode 1992/1994 keinen steigenden Trend auf, sodass die Konsumnachfrage die Wirtschaftsentwicklung nach diesen (vorläufigen) Ergebnissen weniger stützte, als bisher angenommen wurde. Im Durchschnitt des Euro-Raumes war dieses Muster noch ausgeprägter¹²⁾.

Getragen von der Exportnachfrage besserte sich die Wirtschaftsentwicklung in der EU 2004 zusehends. Die Inlandsnachfrage – auch jene der privaten Haushalte – blieb hingegen verhalten. Gedämpft wurde die Wirtschaftsentwicklung im Jahresverlauf nicht zuletzt durch die starke Rohölverteuerung. Auch Österreichs Wirtschaft wuchs 2004 dank einer dynamischen Exportentwicklung wieder stärker, die Konsumnachfrage nahm aber unterdurchschnittlich zu.

Anstieg der Sparquote

Übersicht 18: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Sparquote

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Sparquote In % des verfügbaren Einkommens ³⁾
	Nominell	Real ²⁾	Nominell	Real ²⁾	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1995/2000	+ 3,6	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,6	8,7
2001	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,9	+ 0,1	7,6
2002	+ 1,1	- 0,1	+ 1,4	+ 0,2	7,8
2003	+ 2,1	+ 0,6	+ 3,1	+ 1,5	8,9
2004	+ 3,5	+ 1,5	+ 3,7	+ 1,6	9,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – ²⁾ Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen. – ³⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

2004 gaben die Österreicher (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter) bei stark steigenden Energiepreisen knapp 131 Mrd. € für den privaten

¹⁰⁾ Die ökonometrische Analyse wurde mit einem Fehlerkorrekturmodell durchgeführt. Die Konsumententwicklung wird dabei dynamisch abgebildet, d. h. unter Einbeziehung von lang- und kurzfristigen Effekten; berücksichtigt wird die Entwicklung der wichtigsten Einflussfaktoren wie Einkommen, Inflation, Zinssätze und Aktienkurse sowie Arbeitslosigkeit (European Commission, The EU Economy: 2004 Review, DG Economic and Financial Affairs, Brüssel, 2004).

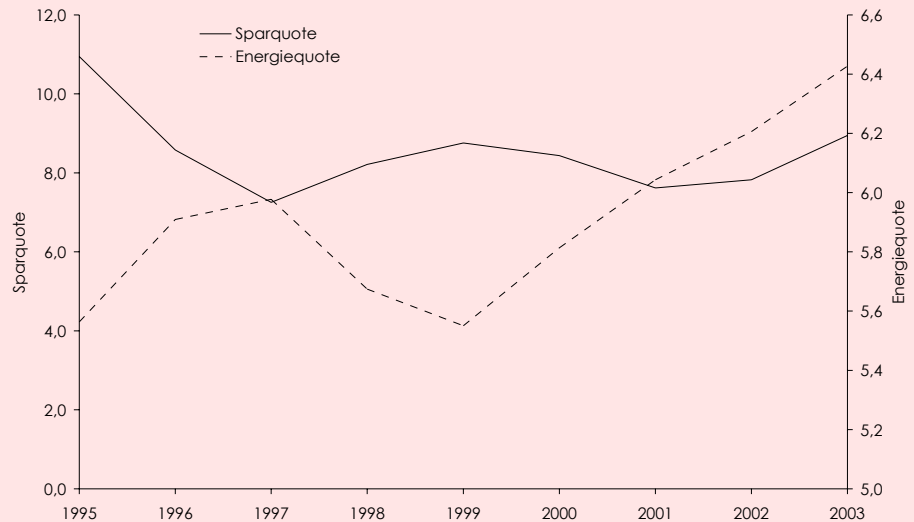
¹¹⁾ Das reale Konsumwachstum wurde in der Periode 2001/2003 dadurch um rund 0,6 Prozentpunkte pro Jahr gedämpft.

¹²⁾ Die Konsumquote hat sich in Österreich nach diesen ersten Ergebnissen von Statistik Austria günstiger als im Durchschnitt des Euro-Raumes entwickelt.

Konsum aus, um 3,5% mehr als 2003. Nach Ausschaltung der Inflation¹³⁾ betrug der reale Zuwachs 1,5%. Das reale Wachstum des Konsums war damit im Jahr 2004 niedriger als das der Gesamtwirtschaft (BIP +2,0%).

Im internationalen Vergleich wurde der Konsum in Österreich 2004 relativ kräftig ausgeweitet. In Deutschland war die reale Nachfrage der privaten Haushalte auch 2004 rückläufig, im Euro-Raum wuchs sie etwas schwächer als in Österreich.

Abbildung 10: Entwicklung der Sparquote und der Energiequote



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Sparquote ... nicht konsumiertes nominelles Einkommen einschließlich Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, in % des nominellen verfügbaren Einkommens, Energiequote ... nominelle Ausgaben der privaten Haushalte für Energie, in % des nominellen verfügbaren Einkommens.

Das Konsumwachstum wurde in Österreich 2004 bei einer leicht steigenden Sparquote¹⁴⁾ realisiert – eine Entwicklung, die für eine beginnende Aufschwungphase typisch ist (siehe oben). Nach einer groben Berechnung nahmen die verfügbaren (Netto-)Einkommen der privaten Haushalte 2004 um 3,7% zu. Da die Einkommen stärker stiegen als die Konsumausgaben, erhöhte sich die Sparquote (sie berücksichtigt auch die betrieblichen Versorgungsansprüche) um 0,3 Prozentpunkte auf 9,2% (Übersicht 18). Dass die Zunahme mäßig ausfiel, ist auch im Zusammenhang mit dem merklichen Anstieg der Energiekosten in der Folge der erheblichen Rohölverteuerung zu sehen. Zumindest kurzfristig ist der Energiekonsum ein "Zwangskonsum": Da die Energienachfrage einerseits ein Mindestniveau nicht unterschreiten kann (z. B. Raumtemperatur, Autofahrten) und andererseits die Substitution zwischen einzelnen Energieträgern für Beheizung und Beleuchtung wegen hoher Umrüstkosten deutlich eingeschränkt oder gar nicht möglich ist, ist insbesondere die kurzfristige Preiselastizität der Nachfrage gering. Eine Energieverteuerung bewirkt daher in der Regel eine Verringerung der Sparquote: Die Zunahme der Energieausgaben wird nicht vollständig durch Kaufzurückhaltung in anderen Verbrauchsgruppen ausgeglichen. Daraus resultiert eine gegenläufige Entwicklung zwischen Energie-¹⁵⁾ und Sparquote (Abbildung 10).

Über die Entwicklung des Sparens und der Verschuldung der privaten Haushalte gibt auch die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der OeNB Auskunft. Demnach nahm die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte in den ersten drei Quartalen 2004 um knapp 12,3 Mrd. € zu, im Vergleichszeitraum des Vorjahres hatte

Starke Zunahme der Geldkapitalbildung

¹³⁾ Die Inflation wurde erstmals nach dem von der EU vorgeschriebenen System des jährlich wechselnden Basisjahres (Vorjahrespreisbasis) berechnet. Diese Methode soll die Inflationsmessung verbessern.

¹⁴⁾ Sie ist das Pendant der Konsumquote und stellt Sparen, definiert als nicht konsumiertes Einkommen einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, in Relation zum Einkommen.

¹⁵⁾ Als Energiequote bezeichnet man den Anteil der Energieausgaben am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

der Anstieg nur rund 10,3 Mrd. € betragen (Übersicht 19). Diese Daten sprechen für eine lebhaftere Spartätigkeit der privaten Haushalte im Jahr 2004. Hatte sich 2003 die Geldvermögensbildung aufgrund von Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Konjunktur und insbesondere der Aktienkurse auf Bargeld und Einlagen konzentriert, so veranlagten die privaten Haushalte 2004 verstärkt in langfristigen Wertpapieren und Investmentzertifikaten (Abbildung 11).

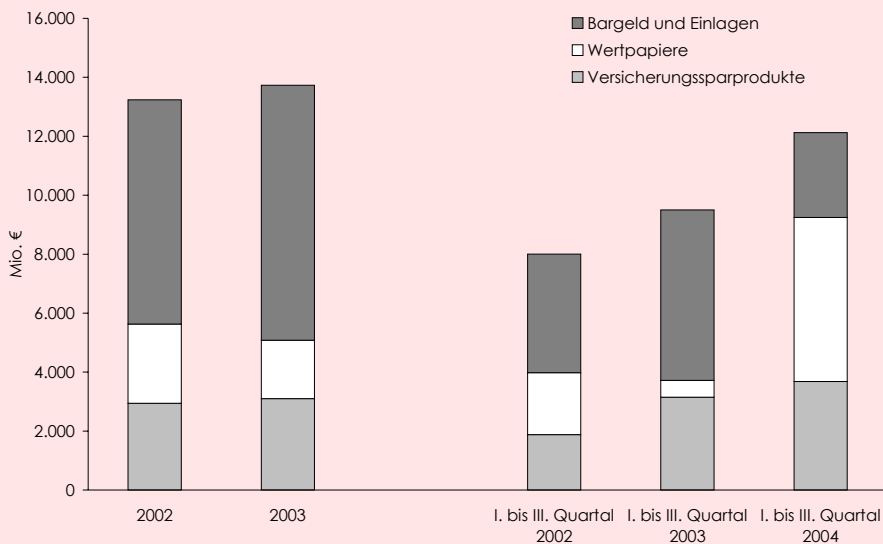
Übersicht 19: Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten Haushalte

Transaktionen

	2002	2003	2002	2003	2004
	Insgesamt		I. bis III. Quartal		
	Mio. €				
Geldvermögensbildung	13.346	14.595	8.111	10.348	12.293
Bargeld und Einlagen	7.602	8.652	4.022	5.790	2.876
Kurzfristige Wertpapiere	3	66	- 73	- 205	- 9
Langfristige Wertpapiere	1.604	1.039	1.701	175	2.559
Börsennotierte Aktien	592	395	485	269	858
Investmentzertifikate	483	480	- 10	329	2.159
Versicherungssparprodukte	2.949	3.103	1.877	3.148	3.682
Lebensversicherungen	2.278	2.296	1.219	2.264	2.687
Finanzierung (ohne Wohnbaukredite)	1.932	634	2.247	1.085	1.967
Kurzfristige Kredite	978	- 244	590	- 66	643
Langfristige Kredite (ohne Wohnbaukredite)	875	882	1.598	1.150	1.324
Konsumkredite	1.768	- 1.136	1.644	- 718	443
Kredite in Fremdwährung	3.167	3.308	2.372	2.384	2.806
Kredite von inländischen MF ¹⁾	6.645	4.830	5.265	4.184	4.989
Finanzierungssaldo	11.414	13.961	5.864	9.263	10.326

Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ¹⁾ Geldschöpfende Kredit- und Finanzinstitute.

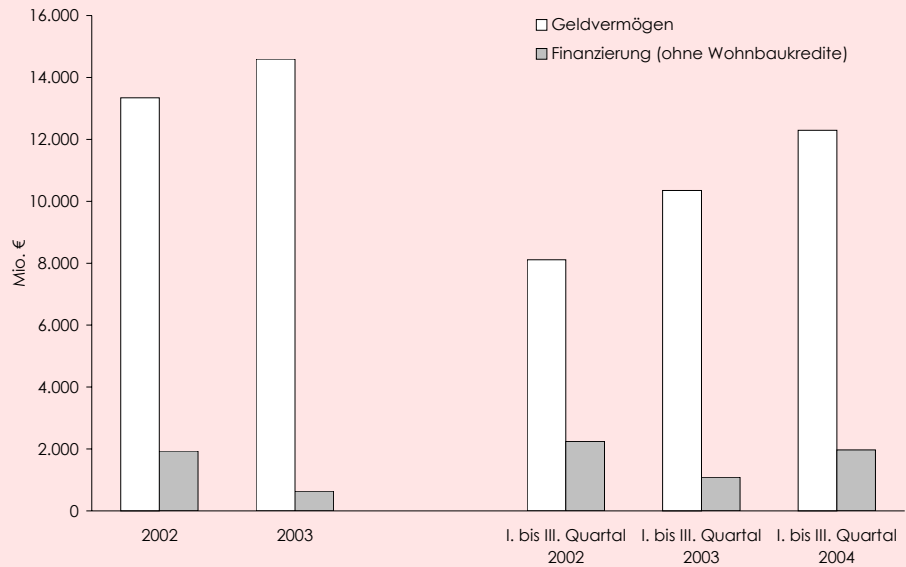
Abbildung 11: Struktur der Veranlagungen der privaten Haushalte



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

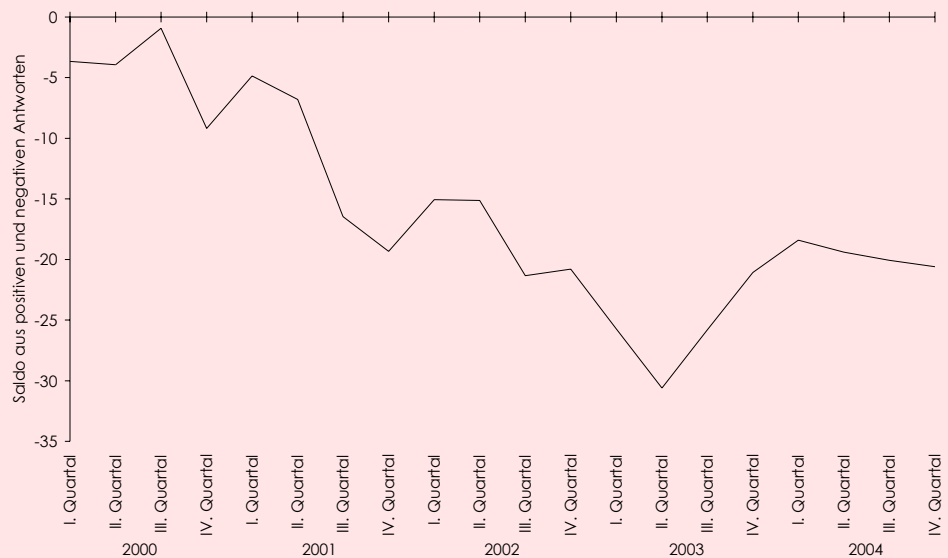
Auch die Kreditnachfrage – sie vermindert das Sparen im volkswirtschaftlichen Sinn – war nach den Ergebnissen der Finanzierungsrechnung der OeNB 2004 sehr lebhaft (Abbildung 12). Die Kreditaufnahmen der privaten Haushalte (ohne Wohnbaukredite) erreichten in den ersten drei Quartalen 2004 ein Volumen von knapp 2 Mrd. € nach knapp 1,1 Mrd. € ein Jahr zuvor. Das Nettovermögen der privaten Haushalte nahm dementsprechend in den ersten drei Quartalen 2004 um 10,3 Mrd. € zu, nach +9,3 Mrd. € im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Abbildung 12: Vermögensaufbau und Verschuldung der privaten Haushalte



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Abbildung 13: Entwicklung des Vertrauensindex



Q: Fessel & GfK, WIFO. Einschätzungen und Erwartungen der Konsumenten zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie zu den beabsichtigten Käufen von Konsumgütern.

Die Finanzierungsrechnung der OeNB bestätigt somit die oben aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitete Zunahme der Sparneigung der privaten Haushalte. Die ausgewiesene steigende Bereitschaft zur Verschuldung ist im Zusammenhang mit dem niedrigen Zinsniveau sowie einer Aufhellung der Konsumentenstimmung zu sehen. Nach einer von der Europäischen Kommission geförderten Erhebung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) war der Vertrauensindex (arithmetisches Mittel der Einschätzungen und Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) 2004 um gut 8% höher als im Vorjahr (Abbildung 13). Auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wurde 2004 optimistischer gesehen, die Preisentwicklung hingegen aufgrund der Erdölverteuerung deutlich pessimistischer.

Der private Konsum entwickelte sich im Jahresverlauf sehr gleichmäßig. Er war im 1. Halbjahr 2004 real um 1,7% höher als ein Jahr zuvor, im 2. Halbjahr um 1,3%. Die Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte hängt mit dem erheblichen Anstieg der Rohölpreise zusammen. Die Trend- und Konjunkturkomponente wuchs in der ersten Jahreshälfte 2004 gegenüber der Vorperiode real um 0,8%, in der zweiten Jahreshälfte um 0,5%.

Erwartungsgemäß war 2004 die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern besonders lebhaft. Sie ist wesentlich konjunkturreaktiver als die Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs, weil die Konsumenten auf den Kauf dieser Güter eher verzichten und den Kaufzeitpunkt eher der Einkommenssituation des Haushaltes anpassen können. Der hohe Preis je Gütereinheit erfordert in der Regel eine Anspar- und/oder Verschuldungsphase. Die Nachfrage wird auch von Stimmungen und Erwartungen beeinflusst. Die Konjunkturerholung im Jahr 2004 und die relativ günstige Stimmung der Konsumenten sollten daher ein überdurchschnittliches Wachstum der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern zur Folge haben. Die starke Rohölverteuerung seit Jahresmitte sollte sich in einer Verringerung der Wachstumsdynamik in der zweiten Jahreshälfte niederschlagen, weil sie die Realeinkommen schmälert und damit die reale Nachfrage insbesondere nach "einkommenselastischen" Gütern dämpft.

**Konjunkturreaktive
Ausgaben für dauerhafte
Konsumgüter kräftig
gesteigert**

Übersicht 20: Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

Real, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen

	Ø 1996/2000	2001	2002	2003	2004
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	- 0,6	- 2,7	- 1,0	- 3,2	+ 2,1
Tabakwaren, alkoholische Getränke	+ 3,8	- 4,8	+ 1,7	- 0,2	- 4,4
Bekleidung, Schuhe	+ 0,4	+ 1,3	- 0,9	- 0,8	+ 1,7
Wohnen, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	+ 0,9	+ 2,0	- 0,1	- 0,9	- 0,4
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte	+ 0,2	- 1,3	- 3,9	+ 1,3	+ 0,9
Gesundheitspflege	+ 1,6	- 1,4	- 1,7	+ 3,0	+ 1,3
Verkehr	+ 1,6	- 0,5	+ 4,0	+ 4,6	+ 4,3
Nachrichtenübermittlung	+ 16,4	+ 0,6	+ 2,5	+ 4,7	+ 3,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	+ 5,6	+ 1,8	- 1,5	- 0,2	+ 3,1
Bildungswesen	+ 1,8	+ 5,4	- 4,8	+ 2,5	+ 1,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 6,5	+ 4,8	+ 2,0	+ 2,7	+ 5,3
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,2
Ausgaben der Österreicher im Ausland	- 0,6	+ 6,1	- 4,3	+ 1,4	- 2,2
Ausgaben privater Organisationen ohne Erwerbscharakter	+ 1,8	+ 1,1	+ 4,8	+ 1,6	+ 1,5
Privater Konsum insgesamt	+ 1,9	+ 1,0	- 0,1	+ 0,6	+ 1,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,2	- 0,1	- 2,4	+ 3,6	+ 4,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter übertrafen 2004 das Vorjahresniveau real um 4,4% (Übersicht 20). Konjunktur- und trendbestimmt schwächten sie sich im Jahresverlauf erwartungsgemäß etwas ab. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr war in der zweiten Jahreshälfte (+3,2%) niedriger als in der ersten (+5,6%). Nachdem die Nachfrage nach Pkw in Österreich 2003 auch im internationalen Maßstab als Folge von Echoeffekten äußerst lebhaft gewesen war, wuchsen die realen Ausgaben für Pkw 2004 (+3,4%) schwächer als die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter insgesamt. Sehr rege wurden 2004 Computer, Fotoartikel und optische Artikel sowie Möbel nachgefragt.

Der starke Anstieg der Energiepreise belastete im Jahr 2004 die privaten Haushalte deutlich. Rohöl war im Jahresdurchschnitt um gut 38% teurer als 2003. Dieser Anstieg dürfte nach einer Modellsimulation, in der die üblichen Überwälzungs- und Reaktionsmuster abgebildet werden, nach einer Anpassungsphase um rund 1 Mrd. € höhere Energieausgaben der privaten Haushalte auf Jahresbasis zur Folge haben und

aufgrund des häufig üblichen Abrechnungssystems für Zentralheizungen empfindliche Nachzahlungen und erhöhte Vorauszahlungen (2005) nach sich ziehen. Im Jahr 2004 stiegen die Ausgaben der privaten Haushalte für Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe nominell um 3%, obwohl die reale Nachfrage (-0,4%) nicht höher war als im Vorjahr. Stark ausgeweitet wurden 2004 die realen Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, Nachrichtenübermittlung sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, eingeschränkt hingegen die Ausgaben der Österreicher im Ausland und insbesondere jene für Tabakwaren und alkoholische Getränke.

Mäßiges Wachstum im Handel

Die Umsatzentwicklung des Einzelhandels wird bestimmt von den (einzelhandelsrelevanten) Ausgaben der Österreicher im Inland und denen der Ausländer in Österreich¹⁶⁾. Der Geschäftsgang des Großhandels wird von der einzelhandelsrelevanten Konsumnachfrage geprägt sowie von der Entwicklung der Industrieproduktion, der Export- und Importnachfrage. Die erwartete Besserung der Konjunktur sollte sich im Jahr 2004 positiv auf die Umsatzentwicklung des Handels ausgewirkt haben¹⁷⁾.

Die Umsätze des österreichischen Einzelhandels (ohne Kfz-Handel) erreichten nach einer ersten groben Berechnung im Jahr 2004 netto (ohne Mehrwertsteuer) gut 40 Mrd. €. Sie übertrafen das Vorjahresniveau nominell um 2,4%, preisbereinigt¹⁸⁾ waren die Umsätze um 1,6% höher als ein Jahr zuvor (Übersicht 21). Der Umsatz entwickelte sich günstiger als im Euro-Raum und insbesondere besser als in Deutschland. Einen lebhaften Geschäftsgang verzeichneten 2004 in Österreich der Möbel- und der Elektroeinzelhandel.

Übersicht 21: Entwicklung der Umsätze im Handel

	2003		2004					
	Insgesamt	Insgesamt	1. Halbjahr	2. Halbjahr	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
<i>Nominell</i>								
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	+ 2,5	+ 5,0	+ 2,2	+ 7,6	- 0,4	+ 4,7	+ 7,9	+ 7,4
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 4,5	+ 3,6	+ 2,1	+ 5,2	- 1,6	+ 5,4	+ 3,4	+ 6,9
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 2,4	+ 6,7	+ 2,5	+10,7	- 1,0	+ 5,9	+11,0	+10,3
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen)	+ 1,5	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,1
<i>Real (Preisbasis Ø 2000 = 100)</i>								
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	+ 1,3	+ 1,6	- 0,6	+ 3,7	- 1,9	+ 0,6	+ 3,4	+ 3,9
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,1	+ 2,6	- 3,1	+ 2,9	+ 0,7	+ 4,4
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 1,6	+ 1,6	- 1,4	+ 4,4	- 2,5	- 0,3	+ 4,2	+ 4,6
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen)	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,7	+ 2,5	+ 0,2	+ 1,1	+ 2,9	+ 2,0

Q: Statistik Austria.

Der Kfz-Handel (einschließlich Tankstellen, deren Geschäftsgang von der Rohölverteilung unmittelbar betroffen war) setzte im Jahr 2004 gut 25 Mrd. € um, nominell um 3,6% und real um 1,3% mehr als ein Jahr zuvor. Die konjunkturbedingt kräftige Steigerung der Pkw-Nachfrage machte die per Saldo negativen Effekte der Erdölverteilung (nominelle Umsatzsteigerung der Tankstellen um 1,2%, real beträchtliche Einbußen von 6,9%) mehr als wett. Die Branche schnitt in Österreich deutlich besser ab als in Deutschland, wo sie 2004 erstmals seit 2000 einen Rückgang verzeichnete.

Die günstige Entwicklung des Exports und der Industrieproduktion ermöglichten dem österreichischen Großhandel 2004 Umsatzzuwächse. Er erreichte 2004 ein Umsatzvolumen von knapp 84 Mrd. €. Der Zuwachs war mit nominell 6,7% und real 1,6% höher als in Deutschland.

¹⁶⁾ Die Ausgaben der Ausländer in Österreich sind im privaten Konsum nicht enthalten, weil dieser nach dem Inländerkonzept abgegrenzt wird und neben den Ausgaben der Inländer im Inland auch die Ausgaben der Österreicher im Ausland enthält.

¹⁷⁾ Nach Statistik Austria gegliedert in Einzelhandel ohne Kfz-Handel, Großhandel ohne Kfz-Handel und Kfz-Handel.

¹⁸⁾ Während die Realrechnung in der VGR, auf Vorjahrespreisbasis umgestellt wurde, verwendet Statistik Austria zur Berechnung der Umsatzentwicklung im Handel vorläufig noch eine Festpreisbasis mit dem Basisjahr 2000.

Der österreichische Handel setzte 2004 insgesamt nominell um 5%, real um 1,6% mehr um als ein Jahr zuvor. Die auflebende Nachfrage, Rohöl- und Rohstoffverteuerungen (Stahl) zogen deutliche Preissteigerungen (Übersicht 22) nach sich, die allerdings zum Teil wegen einer nicht adäquaten Gewichtung etwas überzeichnet sein dürften.

Übersicht 22: Preis- und Beschäftigungsentwicklung im Handel

	2003		2004					
	Insgesamt	Insgesamt	1. Halbjahr	2. Halbjahr	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %								
<i>Preise (Ø 2000 = 100)</i>								
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	+ 1,3	+ 3,3	+ 2,7	+ 3,8	+ 1,4	+ 4,1	+ 4,3	+ 3,3
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,3
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 0,8	+ 4,9	+ 3,8	+ 5,9	+ 1,5	+ 6,2	+ 6,5	+ 5,4
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen)	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,7	± 0,0
<i>Beschäftigung</i>								
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	- 0,9	± 0,0	- 0,4	+ 0,4	- 0,5	- 0,3	± 0,0	+ 0,9
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	- 0,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 2,1
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	- 4,3	- 2,2	- 2,4	- 1,9	- 2,0	- 2,8	- 2,6	- 1,2
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen)	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9

Q: Statistik Austria.

Nach den Erhebungen von Statistik Austria waren die Preise im österreichischen Handel 2004 um 3,3% höher als im Vorjahr. Überdurchschnittlich stiegen sie im Großhandel. Ein Vergleich mit der Entwicklung in Deutschland mit einem ökonomischen Ansatz deutet auf eine Überzeichnung des Preisanstiegs hin. Im Kfz-Handel (einschließlich Tankstellen), dessen Preisentwicklung 2004 von der Rohölverteuerung geprägt wurde, waren die Preissteigerungen deutlich höher als im Einzelhandel.

Die Beschäftigung (Selbständige und Unselbständige) stagnierte im Jahr 2004 im Handel. Eine Ausweitung im Einzelhandel und Kfz-Handel wurde durch den Beschäftigungsabbau im Großhandel kompensiert (Übersicht 22). Die Produktivität, definiert als realer Umsatz je Beschäftigten, nahm im Handel 2004 um 1,6% zu; die ausgewiesene Entwicklung dürfte die tatsächliche wegen der Ausweitung der Teilzeitarbeit unterschätzen.

Michael Wüger (Michael.Wueger@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Die sprunghafte Verteuerung der Rohstoffe verstärkte 2004 den Inflationsdruck weltweit. Laut HWWA-Index erhöhten sich die Weltmarktpreise von Rohstoffen auf Dollarbasis um 30%. Für die Verarbeiter in der Euro-Zone ergab sich jedoch als Folge der Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar mit +18,5% eine etwas geringere Steigerung der Kostenbelastung. Neben den Energierohstoffen (+22,9%) zogen auch die Industrierohstoffpreise (+13,6%) kräftig an.

Auf mittlere Sicht üben die Rohstoffpreise den stärksten Einfluss auf die Entwicklung der Verbraucherpreise aus¹⁹⁾; kurzfristig wird dieser Effekt aber häufig von Faktoren überlagert, die von Land zu Land unterschiedlich ausfallen; dazu zählen etwa Veränderungen der Sätze von indirekten Steuern und Gebühren, Unterschiede in der Umsetzung von Liberalisierungsprozessen und unterschiedliche Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt (Pollan, 2004). Die Bedeutung solcher Störfaktoren war auch im Jahr 2004 zu beobachten. Ein Vergleich der Entwicklung der Verbraucherpreise innerhalb der EU bietet ein Bild der Vielfalt.

Während etwa Belgien, Deutschland und Österreich einen starken Anstieg der Verbraucherpreise aufwiesen und damit das typische Muster zeigten, das als Folge der Rohstoffverteuerung zu erwarten ist, überwogen in anderen Ländern die in die Gegenrichtung wirkenden Störfaktoren: In Italien ging der Preisauftrieb auf der

Beschleunigung der Inflation im Jahr 2004

Die kräftige Verteuerung der Rohstoffe verstärkt den Inflationsdruck weltweit. Auf der Ebene der Verbraucherpreise überlagern jedoch länderspezifische Faktoren die Auswirkungen des erhöhten Kostendrucks. Die Inflationsrate blieb in der Euro-Zone mit 2,1% unverändert.

¹⁹⁾ Pollan, W., "Der Verbraucherpreisindex als Konjunkturindikator?", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(12), S. 885-898, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25374.

Verbraucherebene von 2,8% auf 2,3% zurück, und in den Niederlanden wurde die Teuerungsrate von 3,9% im Jahr 2002 auf 2,2% im Jahr 2003 und auf 1,4% im Jahr 2004 abgebaut. Somit blieb die Inflationsrate in der Euro-Zone trotz des erhöhten Kostendrucks mit 2,1% im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Übersicht 23: Entwicklung der Preise

	Ø 1994/2004 Jährliche Veränderung in %	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2004 Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>			
Dollarbasis	+ 5,9	+ 14,4	+ 30,4
Euro-Basis	+ 5,6	- 4,3	+ 18,5
Ohne Energierohstoffe	+ 0,6	- 3,1	+ 9,8
Nahrungs- und Genussmittel	- 1,8	- 5,4	+ 1,7
Industrierohstoffe	+ 1,6	- 2,9	+ 13,6
Agrarische Industrierohstoffe	+ 0,4	- 0,6	- 0,1
NE-Metalle	+ 2,1	- 6,5	+ 24,5
Energierohstoffe	+ 8,4	- 4,9	+ 22,9
Rohöl	+ 8,7	- 3,8	+ 18,8
<i>Index der Großhandelspreise</i>			
Konsumgüter	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,4
Investitionsgüter	- 0,4	+ 0,0	- 0,1
Intermediärgüter	+ 1,7	+ 2,2	+ 11,0

Q: HWWA, Statistik Austria.

Übersicht 24: Entwicklung der Verbraucherpreise

Gliederung des Verbraucherpreisindex 2000 nach dem Konsumzweck (COICOP)

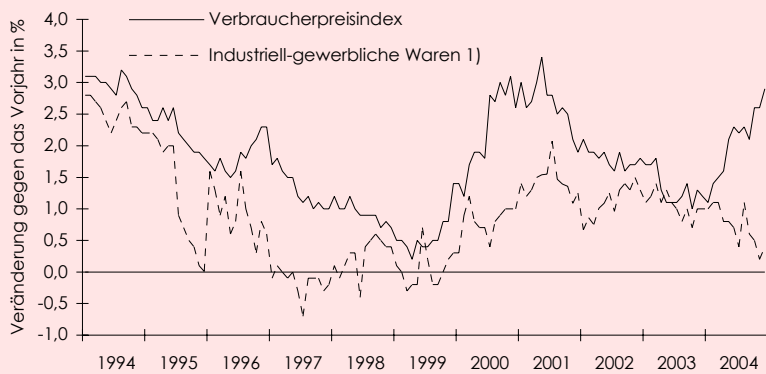
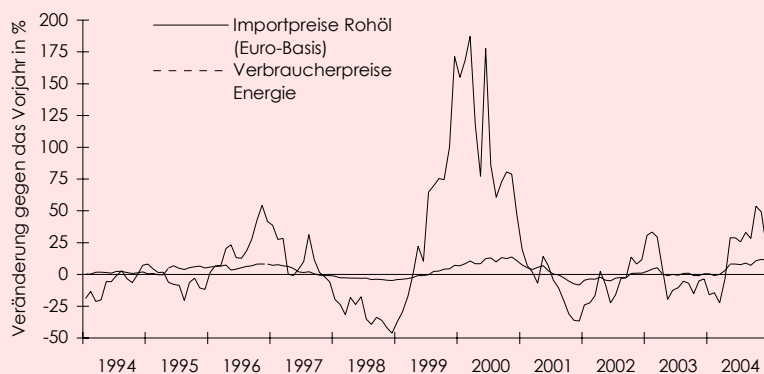
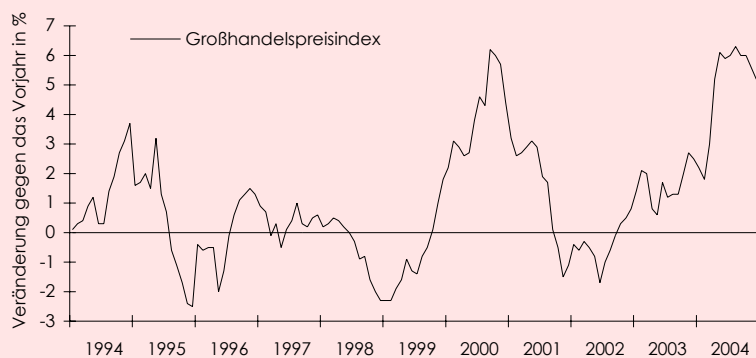
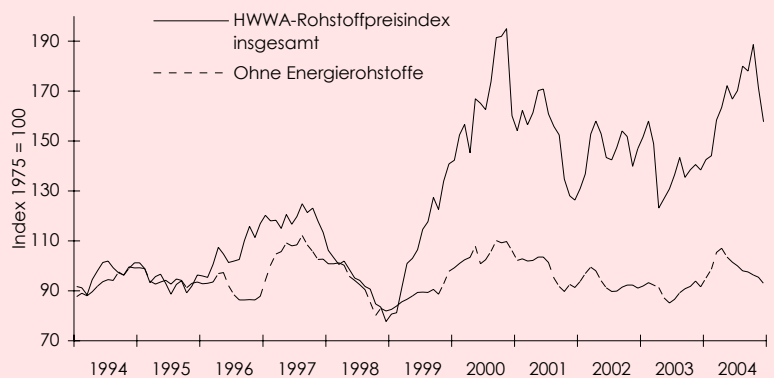
	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+ 1,7	+ 1,3	+ 2,0
Kerninflationsrate laut HVPI ¹⁾	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,6
Bearbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,2
Unbearbeitete Nahrungsmittel	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,9
Energie	- 2,4	+ 1,0	+ 6,9
Industrieerzeugnisse	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3
Dienstleistungen	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,4
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1
Lebensmittel, alkoholische Getränke, Tabak	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
Energie	- 2,4	+ 0,9	+ 6,4
Industrieerzeugnisse	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9
Dienstleistungen	+ 3,0	+ 1,7	+ 2,3

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Einschließlich alkoholische Getränke und Tabak.

Als Folge der Rohölverteuerung steigen die Energiepreise kräftig; dagegen werden die erhöhten Energiekosten kaum in den Preisen der Industrieerzeugnisse weitergegeben.

Laut dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex, der für die EU-Länder annähernd vergleichbare Inflationsraten liefert, erhöhte sich die Inflationsrate in Österreich von 1,3% im Jahr 2003 auf 2,0% im Jahr 2004. Dieser Anstieg ist vor allem der Verteuerung der Energie, also den direkten Effekten der Rohölverteuerung zuzuschreiben; dagegen dürften die erhöhten Energiekosten angesichts der schwachen Konsumnachfrage in den Industrieerzeugnissen kaum weitergewälzt worden sein. Laut HVPI verteuerten sich die Industrieerzeugnisse im Jahr 2004 um nur 0,3%, nach +0,4% im Jahr zuvor. Dagegen stiegen die Preise von Dienstleistungen mit +2,4% stärker als 2003. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) erhöhte sich von 1,3% im Jahr 2003 auf 1,6% im Jahr 2004.

Abbildung 14: Entwicklung der Rohstoffpreise auf Euro-Basis



Q: HWWA, Statistik Austria. – 1) Industriegüter ohne Material für Wohnungsinstandhaltung.

Methodische Unterschiede bewirken ein Auseinanderklaffen der Inflationsraten laut HVPI und VPI.

Zusätzlich zum Harmonisierten Verbraucherpreisindex wird nach wie vor der nationale Verbraucherpreisindex berechnet. Neben Unterschieden zwischen Erfassungsbe- reich und Gewichtung bestehen zwischen dem nationalen und dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex schwerwiegende methodische Abweichungen, die eine Überschätzung der Inflationsrate zur Folge haben²⁰⁾. Diese Unterschiede sind im Be- reich der Industrieerzeugnisse besonders deutlich: Während der VPI im Durchschnitt des Jahres 2004 eine Steigerungsrate von 0,9% ausweist, beträgt die Steigerungsrate laut HVPI 0,3%. Eine Übernahme der für den HVPI geltenden, international anerkannten Methode würde den nationalen Verbraucherpreisindex zu einem besseren In- strument der Inflationsmessung machen.

Wolfgang Pollan (Wolfgang.Pollan@wifo.ac.at)

Statistik: Annamaria Rammel (Annamaria.Rammel@wifo.ac.at)

Getrübe Konjunktur- aussichten dämpfen Lohnabschlüsse

Jährlich schließen die Tarifparteien in Österreich rund 400 Kollektivverträge ab. Die Tariflohnabschlüsse wie auch die Ist-Löhne und -Gehälter sind von den Konjunktur- aussichten mitbestimmt.

Nach einer zweieinhalb Jahre währenden Konjunkturflaute zeigten sich im Herbst 2003 kaum Hinweise auf ein Anspringen der Konjunktur. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt hätte eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 2% vorausge- setzt. Der Preisauftrieb wies aufwärts und der Export lieferte noch keine positiven Konjunkturimpulse. Zusätzlich wurde die Unsicherheit durch die Aufwertung des Euro genährt.

Zurückhaltende Herbstlohnrunde 2003

Eine schwache Produktivitäts- und Ertragsentwicklung sowie der Anstieg der Arbeits- losenquote bildeten die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Herbstlohnrunde 2003. Nach einem eher gedämpften Lohnwachstum in den Jahren 2001 und 2002 brachten die Lohnabschlüsse für 2004 kaum eine Belebung der Ein- kommenseentwicklung für die Arbeitnehmer.

Traditionellerweise beginnt die Herbstlohnrunde mit den Verhandlungen für die Me- tallindustrie (ohne Elektro- und Elektronikindustrie). Der Abschluss für 180.000 Arbeiter und Angestellte sah eine Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne und der Ist-Löhne und -Gehälter um 2,1% per 1. November 2003 vor. Vereinbart wurden eine Mindesterhöhung um 35 € pro Monat sowie eine Verteiloption, die eine Ist-Lohn- steigerung um 1,8% vorsah, wenn das Unternehmen 0,6% der Lohnsumme für indivi- duelle Lohnerhöhungen verwendete. Nach der Lohnrunde betrug der Mindestlohn in der Metallindustrie im November 2003 1.240,50 €.

Der Abschluss der Metallindustrie bildete 2003 weder eine Ober- noch eine Unter- grenze für die nachfolgenden Verhandlungen. Vielmehr lag er im Mittelfeld, die Lohnführerschaft der Metallbranche war nicht eindeutig²¹⁾.

In der Elektro- und Elektronikindustrie wurde im November 2003 eine Erhöhung der Kollektiv- sowie der Ist-Löhne um 2,5% vereinbart, mit einer Verteiloption von 0,6% für die Ist-Löhne. Dies war der höchste Abschluss in der Herbstlohnrunde; er trat mit 1. Mai 2004 in Kraft und galt für 18 Monate. Darüber hinaus einigten sich die Sozial- partner auf eine Harmonisierung der Kollektivverträge für die rund 58.000 Arbeiter und Angestellten. Das neue Entgeltsystem erlaubt durch eine höhere Flexibilität die verbesserte Anerkennung von Leistung und Erfahrung. Zudem lösten elf neue Be- schäftigungsgruppen die bis dahin gültigen Lohn- und Verwendungsgruppen ab. Darüber hinaus erhalten die Beschäftigten nunmehr zeitbestimmte Vorrückungen nach einer Betriebszugehörigkeit von 2, 4, 7 und 10 Jahren.

Per 1. November 2003 wurden in der Papierindustrie die Kollektiv- sowie die Ist-Löhne und -Gehälter um 2,1% erhöht; in der Pappeindustrie lautete der Kollektivvertragsab-

²⁰⁾ Pollan, W., "Zur Messung der Inflation in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(3), S. 161-164, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25477.

²¹⁾ Pollan, W., "Zur Frage der Lohnführerschaft in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(3), S. 197-211, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24904.

schluss ebenfalls +2,1%, die Ist-Löhne und Gehälter wurden um 1,8% angehoben. Eine Verteiloption über 0,5% der Lohnsumme war sowohl in der Papierindustrie bei einer Mindeststeigerung um 1,9% als auch in der Pappeindustrie bei einer Mindesthöhung um 1,6% vorgesehen. Die Laufzeit des Abschlusses beträgt 18 Monate. In der Papierindustrie wurde weiters ein Betriebspensionsmodell verhandelt und 2004 abgeschlossen. Der Arbeitgeberbeitrag zur Pensionskasse beträgt demnach 0,9% der Entlohnung bis zur Höchstbeitragsgrundlage der Sozialversicherung.

Den niedrigsten Lohnabschluss vereinbarte im Herbst 2003 mit +1,7% für Kollektiv- und Ist-Löhne die Glasindustrie. Die Lehrlingsentschädigungen wurden um 2,1% hinaufgesetzt. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und die Ist-Löhne stiegen auch in der Nahrungsmittelindustrie (+1,85%) sowie bei den Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (+2,1%) jeweils mit derselben Rate. In der Gas- und Wärmeversorgung wurde darüber hinaus eine Verteiloption über 0,3% der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen beschlossen, wenn das Unternehmen die Löhne um 1,8% bzw. mindestens um 35 € pro Monat erhöhte.

Mit Jahresbeginn 2004 wurden die Gehälter der öffentlich Bediensteten um 1,9% angehoben. Die Kollektivverträge der Handelsangestellten und -arbeiter erhöhten sich zu Jahresbeginn um 1,9%, jene der Tabakindustrie um 2,2%. Für die Arbeiter und Angestellten des Metallgewerbes stiegen die Kollektivvertragslöhne um 2,1%, die Ist-Löhne wurden um 2,0% angehoben. Im Februar 2004 traten die Kollektivvertragsabschlüsse für die Banken (+2%), Elektrizitätswerke und für die erdölverarbeitende Industrie mit jeweils +2,1% in Kraft. Die Ist-Löhne und -Gehälter der Elektrizitätswerke wurden um 2,0% erhöht. Dabei erhielten die Beschäftigten pro Monat um mindestens 45 € mehr und eine Einmalzahlung von 200 €. Ebenfalls mit einer Einmalzahlung von 425 € war der Kollektiv- und Ist-Lohnabschluss in der Erdölverarbeitung verbunden.

Konjunkturflaute bestimmt auch Frühjahrslohnrunde 2004

Übersicht 25: Lohnrunde 2004

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss	
		Mindestlöhne ¹⁾	Ist-Löhne Veränderung in %
<i>Bedienstete</i>			
Öffentlicher Dienst	Jänner	+ 1,9	
<i>Arbeiter</i>			
Metallgewerbe	Jänner	+ 2,1	
Erdölverarbeitung	Februar	+ 2,1 ²⁾	+ 2,1 ²⁾
Elektrizitätswerke	Februar	+ 2,1	
Druck und Grafik	April	+ 1,9	
Textilindustrie	April	+ 2,0	
Stein- und keramische Industrie	Mai	+ 2,1	+ 1,8
Bauwirtschaft	Mai	+ 2,2	
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+ 2,1	
Holz- und Sägeindustrie	Mai	+ 2,1	+ 2,0
Chemische Industrie	Mai	+ 2,2	+ 2,0 ³⁾
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+ 2,0	
Glasindustrie	Juni	+ 1,8	+ 1,8
Metallindustrie	November	+ 2,5	+ 2,5
<i>Angestellte</i>			
Handel	Jänner	+ 1,9	
Metallgewerbe	Jänner	+ 2,1	+ 2,0
Banken	Februar	+ 2,0	
Elektrizitätswerke	Februar	+ 2,1	+ 2,0 ⁴⁾
Holz- und Sägeindustrie	April	+ 2,0	+ 2,0
Versicherungen	April	+ 1,9	
Textilindustrie	April	+ 2,0	+ 1,9
Chemische Industrie	Mai	+ 2,2	+ 2,0
Glasindustrie	November	+ 2,1	+ 2,1
Metallindustrie	November	+ 2,5	+ 2,5
Stein- und keramische Industrie	November	+ 2,5	+ 2,2

Q: Statistik Austria, Gewerkschaften. – ¹⁾ Laut Tariflohnindex. – ²⁾ Mindestens +50 € pro Monat, Einmalzahlung 425 €. – ³⁾ Mindestens +33 € pro Monat. – ⁴⁾ Mindestens +45 € pro Monat, Einmalzahlung 200 €.

Die Abschlüsse im Frühjahr 2004 folgten weitgehend der Herbstlohnrunde 2003. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne wurden um 1,9% (Druck- und Grafikindustrie so-

wie Versicherungen) bis 2,2% (Bauwirtschaft und chemische Industrie) erhöht. Dazwischen lagen die Abschlüsse der Textilindustrie, des Hotel- und Gastgewerbes (+2,0%). Um 2,1% höhere Kollektivverträge wurden für die Stein- und keramische Industrie, die Holz- und Sägeindustrie sowie das Bauneben- und Bauhilfsgewerbe vereinbart. Die Ist-Lohnerhöhungen erreichten nur in der Holz- und Sägeindustrie die gleiche Rate wie die kollektivvertraglichen Mindestlöhne.

Laut Tariflohnindex 1986 stiegen im Jahr 2004 die tariflichen Mindestlöhne in der Gesamtwirtschaft um 2,1% und damit um knapp 0,1 Prozentpunkt schwächer als 2003. Nach der geringen Tariflohnsteigerung 2002 holte der öffentliche Dienst 2003 deutlich auf. Auch 2004 lag die Anhebung der Mindestlöhne für die öffentlich Bediensteten laut Index mit +2,3% um 0,3 Prozentpunkte über jener für die Tariflöhne der Privatwirtschaft (+2,0%). Schwächer als im Durchschnitt der Privatwirtschaft erhöhten sich die Mindestlöhne im Gewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft mit jeweils +1,9%. Über dem Durchschnitt der Privatwirtschaft stiegen sie in den freien Berufen (+2,4%) sowie im Tourismus (+2,2%).

Übersicht 26: Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,3 ¹⁾	+ 2,1 ¹⁾	+ 2,2	+ 2,1
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1 ¹⁾	+ 2,0 ¹⁾	+ 2,2	+ 2,0
Gewerbe	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9
Baugewerbe	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,1
Industrie	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1
Handel	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9
Verkehr	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,0 ¹⁾	+ 1,9 ¹⁾	+ 1,8	+ 2,0
Tourismus	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,2
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,0
Freie Berufe	.	.	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,6	+ 2,4
Land- und Forstwirtschaft	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9
Öffentlicher Dienst	.	.	+ 2,5 ²⁾	+ 2,3 ²⁾	+ 2,5	+ 2,3

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Angestellte und Bedienstete. – ²⁾ Bedienstete.

Im Durchschnitt in der Privatwirtschaft entwickelten sich die Mindestlöhne der Arbeiter im Gleichklang mit den Einkommen der Angestellten (+2% gegenüber dem Vorjahr). Im Verkehrssektor und im Tourismus verzeichneten die Arbeiter mit +2,5% bzw. +2,3% höhere Tariflohnzuwächse als die Angestellten. Auch im Baugewerbe waren die Abschlüsse für die Arbeiter mit +2,2% höher als für die Angestellten der Branche und auch höher als für andere Arbeiter.

Übersicht 27: Effektivverdienste

Bruttoverdienst je Beschäftigten

ÖNACE		2002	2003	2004
		In €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Produzierender Bereich	Pro Monat	2.610,34	+ 2,1	+ 2,3
	Pro Stunde	15,68	+ 2,5	+ 1,8
Sachgüterproduktion	Pro Monat	2.625,19	+ 2,1	+ 2,2
	Pro Stunde	15,83	+ 2,4	+ 1,7
Bauwesen	Pro Monat	2.375,50	+ 2,3	+ 2,6
	Pro Stunde	14,20	+ 2,9	+ 1,9
Industrie (Fach- verbandsgliederung)	Pro Monat	2.809,95	+ 2,4	+ 2,0
	Pro Stunde	16,83	+ 2,6	+ 1,5

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik.

Trotz Konjunkturflaute stiegen die Effektivverdienste 2004 stärker als die Tariflöhne. Die Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer war um 2,2% höher als im Vorjahr. Bei ei-

ner gesamtwirtschaftlichen Tariflohnsteigerung von 2,1% ergab sich für 2004 – das zweite Jahr in Folge – eine positive Lohndrift (0,1%).

Die Entwicklung der Effektivverdienste auf Monatsbasis und auf Stundenbasis zeigt ein anderes Bild als in den Vorjahren: 2004 blieben die Zuwächse der Bruttoverdienste je beschäftigten Arbeiter bzw. Angestellten bezogen auf den Stundenlohn unter den Zuwächsen auf Monatsbasis. Im gesamten produzierenden Bereich sowie in der Sachgütererzeugung nahmen die geleisteten Stunden je Beschäftigten mit +0,8% gegenüber 2003 stärker zu als die bezahlten Stunden je Beschäftigten. Der monatliche Mehrverdienst wurde demnach durch Mehrarbeit erreicht.

Laut ÖNACE-Gliederung erhöhten sich die Monatsverdienste im gesamten produzierenden Bereich um 2,3%, in der Sachgüterproduktion um 2,2%. Die Stundenverdienste lagen um 0,5 Prozentpunkte darunter. Die Monatsverdienste der Industrie stiegen um 2,0%, und auch hier verzeichneten die Stundenverdienste ein um 0,5 Prozentpunkte geringeres Wachstum.

Übersicht 28: Löhne und Einkommen

	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer			
Brutto nominell	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2
Brutto real ¹⁾	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,0
Masseneinkommen, netto ²⁾			
Nominell	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,5
Real ¹⁾	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Deflationiert mit dem Deflator des privaten Konsums. – 2) Vorläufige Berechnung.

Trotz der wenig optimistischen Konjunkturaussichten als Rahmenbedingungen für die Herbstlohnrunde 2003 wuchsen laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung die Löhne und Gehälter 2004 stärker als in den Vorjahren. Die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer (eigentlich der Beschäftigungsverhältnisse) erhöhten sich nominell um 2,2%. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wurde 2004 um 0,8% ausgeweitet, etwas stärker als in den Vorjahren. Bereinigt um die Preisveränderungen nahmen auch die Bruttoreallöhne pro Kopf mit +0,2% leicht zu. Für die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme ergab sich mit +3,0% der größte Zuwachs im laufenden Jahrzehnt.

Die Zunahme der Masseneinkommen fiel ebenfalls stärker aus als in den Vorjahren. Sie stand im Zeichen der Steuerreform, spiegelte aber auch die günstigere Entwicklung der Leistungseinkommen wider. Mit der Tarifreform²²⁾ der Lohn- und Einkommensteuer entstanden 2004 Entlastungen im Ausmaß von 320 Mio. €, die zum Wachstum der Masseneinkommen beitrugen. Gegenüber 2003 stiegen die Nettomasseneinkommen um 3,5%. Der neuerliche Preisauftrieb drückte den Zuwachs der realen Kaufkraft der Masseneinkommen auf +1,5%.

Das die Herbstlohnrunde prägende Konjunkturbild war etwas optimistischer als ein Jahr zuvor. Allerdings waren die günstigen Konjunkturaussichten nach wie vor mit großen Risiken verbunden. Die Arbeitslosigkeit war hoch, und das prognostizierte Wirtschaftswachstum würde die Situation auf dem Arbeitsmarkt kaum verbessern können. Der Preisauftrieb hielt, angetrieben durch die Erdölpreisentwicklung, weiter an.

Vor diesem Hintergrund fielen die ersten Abschlüsse im 2. Halbjahr höher aus als 2003. Insgesamt sind zwei Tendenzen zu beobachten: Im Herbst 2004 und im Frühjahr 2005 wurden die Mindestlöhne im Gleichklang mit den Ist-Löhnen und -Gehältern

Herbstlohnrunde 2004 vom Preisauftrieb mitbestimmt

²²⁾ Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., "Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(8), S. 627-643, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25204.

angehoben. Neben den Lohnrunden ist eine Vereinheitlichung des Entgeltsystems zwischen Arbeitern und Angestellten verstärkt Gegenstand der Verhandlungen.

Die Herbstlohnrunde 2004 der Metallarbeiter brachte eine Steigerung der Mindestlöhne und -gehälter sowie der Ist-Löhne und -Gehälter um 2,5%. Lehrlingsentschädigungen, Zulagen und Aufwandsentschädigungen wurden ebenfalls um 2,5% angehoben. Gegenwärtig werden die Details des gemeinsamen Entgeltsystems für Arbeiter und Angestellte verhandelt, das mit 1. November 2005 in Kraft treten wird.

Im November 2004 wurden auch die Verhandlungen für die Handelsangestellten abgeschlossen. Mit 1. Jänner 2005 wurden die Gehälter und Lehrlingsentschädigungen um durchschnittlich 2,15% erhöht. Der vereinbarte Mindestbetrag von 25 € pro Monat bedeutet im unteren Einkommensbereich eine Steigerung um 2,3%. Das derzeit noch verhandelte neue Gehaltsschema soll mit 1. Juli 2005 in Kraft treten.

Auch die Mineralölindustrie einigte sich auf ein gemeinsames Entgeltsystem für Arbeiter und Angestellte ab 1. Juli 2005. Per 1. Februar 2005 wurden die Löhne und Gehälter um 2,5% angehoben; die Ist-Löhne und -Gehälter wurden um mindestens 55 € erhöht, daneben wurde eine Einmalzahlung von 800 € vereinbart. Der Lohnabschluss für die 40.000 Arbeiter der Gebäudereinigung lautete ebenfalls +2,5%. Der Mindestlohn einer 40-Stunden-Woche beträgt demnach seit 1. Jänner 2005 1.117,14 €.

Die Verhandlungen der Textilindustrie brachten eine Steigerung der Ist-Löhne und -Gehälter sowie der Mindestbezüge um 2,3% per 1. April 2005. Den gleichen Abschluss vereinbarte die papier- und pappeverarbeitende Industrie: Mit 1. März 2005 trat die Ist- und Mindestloohnerhöhung um jeweils 2,1% in Kraft.

Christine Mayrhuber (Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at)

Statistik: Eva Latschka (Eva.Latschka@wifo.ac.at)

Deutliche Angebotsausweitung erschwert Senkung der Arbeitslosigkeit

Die Konjunkturerholung wirkte sich 2004 positiv auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Weil die Bevölkerung im Erwerbsalter durch Zuwanderung wuchs und die Erwerbsneigung der erwerbsfähigen Bevölkerung zunahm, stieg das Arbeitskräfteangebot allerdings stärker als die Beschäftigung. Damit blieb das Beschäftigungswachstum zu schwach, um die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Erholung der Wirtschaft war 2004 von einem Anstieg der Beschäftigung im Jahresdurchschnitt um 25.000 (+0,7%) begleitet. Erstmals seit 2000/01 wurde dadurch die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten merklich gesteigert (+21.000, +0,7%)²³⁾. Der Trend zur selbständigen Tätigkeit verstärkte sich 2004 (+4.000, +1,1%).

Allerdings nahm das Arbeitskräfteangebot noch stärker zu als die Arbeitskräftenachfrage (+28.900). Die Bevölkerung im Erwerbsalter wuchs infolge von Zuwanderung. Gleichzeitig erhöhte sich die Erwerbsneigung der erwerbsfähigen Bevölkerungsgruppen: Die Erwerbsquote stieg um 0,4 Prozentpunkte auf 66,9% und erreichte nach dem Rückgang der letzten Jahre wieder den Wert von 2001. Damit blieb das Beschäftigungswachstum zu gering, um die Arbeitslosigkeit (+3.800 Personen, +1,6%) zu verringern.

Laut administrativer Statistik erhöhte sich die Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkt auf 7,1%. Die international vergleichbare Arbeitslosenquote nach Eurostat lag mit 4,5% um 0,2 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Verglichen mit den anderen EU-Ländern befand sich Österreich damit nach wie vor in einer günstigen Position. Lediglich Luxemburg wies eine niedrigere Arbeitslosenquote auf (4,2%). Im Durchschnitt aller 25 EU-Staaten betrug die Eurostat-Arbeitslosenquote 9%, die durchschnittliche Quote der bisherigen 15 Mitgliedsländer blieb unverändert bei 8%.

Nachdem in den letzten zwei Jahren ausschließlich die Beschäftigung ausländischer Staatsangehöriger gestiegen war, nahm 2004 die Beschäftigung der österreichischen Staatsangehörigen wieder zu (+9.200); das ist allerdings zum Teil in Zusammenhang mit der Erhöhung der Einbürgerungszahlen der letzten Jahre zu sehen.

²³⁾ Um den Einfluss institutioneller Änderungen und der damit verbundenen Brüche auf die Beschäftigungszahl zu reduzieren, verwendet das WIFO für die Arbeitsmarktanalyse das Konzept der Aktivbeschäftigung. Diese umfasst anders als die offiziellen Beschäftigungszahlen nicht die erwerbsinaktiven Personen in Präsenzdienst sowie mit Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld und nicht die Arbeitslosen in Kursmaßnahmen des Arbeitsmarktservice. Die offiziellen Daten werden zum Vergleich in den Übersichten ausgewiesen und für die Berechnung der Arbeitslosenquote herangezogen. Sonst beziehen sich die Angaben immer auf die Aktivbeschäftigung.

Übersicht 29: Der Arbeitsmarkt im Überblick

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Unselbständig und selbständig aktiv Erwerbstätige	3.397,1	3.427,2	3.441,2	3.429,6	3.438,1	3.463,2
Selbständige und Mithelfende	370,9	372,8	374,3	377,7	380,7	384,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte	3.026,2	3.054,4	3.066,9	3.051,9	3.057,4	3.078,5
Unselbständig Beschäftigte insgesamt	3.107,9	3.133,7	3.148,2	3.155,2	3.184,8	3.200,5
Präsenzdiener und Personen mit Karenz- oder Kindergeldbezug	72,4	69,3	70,0	91,6	114,1	122,0
Arbeitslose Schulungsteilnehmer im Beschäftigtenstand	9,3	10,0	11,2	11,6	13,3	0,0
Ausländische Arbeitskräfte	306,4	319,9	329,3	334,4	350,4	362,3
Inländische unselbständig aktiv Beschäftigte	2.719,8	2.734,6	2.737,6	2.717,5	2.707,0	2.716,2
Beim Arbeitsmarktservice gemeldete offene Stellen	31,2	35,5	29,7	23,2	21,7	23,8
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung, 15 bis 64 Jahre	5.383,3	5.410,3	5.446,6	5.489,5	5.527,3	5.542,2
Aktive Erwerbspersonen im Inland	3.618,8	3.621,6	3.645,1	3.662,0	3.678,2	3.707,1
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose	221,7	194,3	203,9	232,4	240,1	243,9
Teilnahmen an Kursmaßnahmen des AMS	26,6	28,6	31,6	35,4	41,5	42,6
	In %					
<i>Arbeitslosenquote</i>						
In % der Erwerbspersonen auf Befragungsbasis ¹⁾	3,9	3,7	3,6	4,2	4,3	4,5
In % des Angebotes an Unselbständigen auf Registerbasis ²⁾	6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1
Erwerbsquote ³⁾	67,2	66,9	66,9	66,7	66,5	66,9
Beschäftigungsquote ⁴⁾	63,1	63,3	63,2	62,5	62,2	62,5

Q: Arbeitsmarktservice, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Laut Eurostat. – ²⁾ Angebot an Unselbständigen: vorgemerkte Arbeitslose und über der Geringfügigkeitsgrenze unselbständig Beschäftigte laut administrativer Statistik. – ³⁾ Angebot an unselbständig und selbständig aktiv Erwerbstätigen in % der Bevölkerung im Erwerbsalter. – ⁴⁾ Unselbständig und selbständig aktiv Erwerbstätige in % der Bevölkerung im Erwerbsalter.

Der seit 2001 anhaltende Rückgang der unselbständigen Beschäftigung von Männern wurde 2004 gestoppt (im Jahresdurchschnitt +6.300), weil die Arbeitskräfte-nachfrage zunahm. Dennoch bietet die Expansion der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungsbereich insbesondere Arbeitsplatzchancen für Frauen (+14.400). Allerdings reagierte das Arbeitskräfteangebot der Frauen ausgeprägter als jenes der Männer auf die Belegung: Die Erwerbsquote von Frauen stieg um 0,5 Prozentpunkte, jene der Männer um 0,2 Prozentpunkte. Deshalb erhöhte sich die Arbeitslosenquote der Frauen von 6,5% auf 6,6%, während jene der Männer auf einem Niveau von 7,5% verharrte. Die Arbeitslosenquote von Frauen und Männern unterscheidet sich jedoch um nur 0,4 Prozentpunkte, wenn man sie statt am gesamten Angebot an Unselbständigen am Angebot an aktiv Unselbständigen misst²⁴⁾: Die Arbeitslosenquote der Männer beträgt dann ebenfalls 7,5%, jene der Frauen aber 7,1%.

Der Anstieg der unselbständigen Beschäftigung war 2004 wie in den letzten Jahren vor allem auf den Dienstleistungsbereich zurückzuführen. Die Sachgütererzeugung benötigte im Jahresdurchschnitt um 0,6% weniger Personal als im Jahr zuvor. Auch hier weiteten aber einige Bereiche ihren Beschäftigungsstand aus, etwa die Fahrzeugindustrie oder erstmals seit den achtziger Jahren die Nahrungs- und Genussmit- telerzeugung (Anpassungsprozess nach der Marktöffnung). Einen anhaltenden Rückgang der Beschäftigung verzeichneten vor allem die Textil- und Bekleidungs- erzeugung (–5,3% nach –8,7% 2003 und –7,3% 2002) und die Erzeugung sonstiger Kon- sumgüter (–0,8% nach –5,1% 2003 und –5,8% 2002).

²⁴⁾ Siehe zum Konzept der Aktivbeschäftigung Bock-Schappelwein, J., "Trotz leichter Erholung der Beschäfti- gung kein Abbau der Arbeitslosigkeit", in Scheiblecker, M., et al., "Österreichs Wirtschaft 2003 neuerlich schwach gewachsen", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(4), S. 327, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24986, oder Lutz, H., "Einfluss institutioneller Veränderungen auf die Beschäftigungsstatistik", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(6), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25115.

Stärkere Dynamik auf dem Arbeitsmarkt für Frauen

Beschäftigungssteigerung im Dienstleistungsbereich

Übersicht 30: Der Arbeitsmarkt für Frauen und Männer im Überblick

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Jahresdurchschnitt					
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	3,107.898	3,133.738	3,148.155	3,155.161	3,184.759	3,200.500
Männer	1,754.823	1,757.010	1,747.714	1,731.068	1,730.632	1,731.196
Frauen	1,353.075	1,376.728	1,400.440	1,424.094	1,454.128	1,469.304
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	3,026.207	3,054.440	3,066.879	3,051.925	3,057.409	3,078.544
Männer	1,38.673	1,740.605	1,730.439	1,713.371	1,711.420	1,717.691
Frauen	1,287.534	1,313.835	1,336.440	1,338.554	1,345.988	1,360.854
Selbständige und Mithelfende ³⁾	370.900	372.800	374.300	377.700	380.700	384.700
Männer	230.400	231.100	230.700	232.700	238.900	243.400
Frauen	140.500	141.700	143.600	145.000	141.800	141.300
Aktiv Erwerbstätige	3,397.107	3,427.240	3,441.179	3,429.625	3,438.109	3,463.244
Männer	1,969.073	1,971.705	1,961.139	1,946.071	1,950.320	1,961.091
Frauen	1,428.034	1,455.535	1,480.040	1,483.554	1,487.788	1,502.154
Vorgemerkte Arbeitslose ⁴⁾	221.743	194.314	203.883	232.418	240.079	243.880
Männer	121.518	107.509	115.324	134.377	139.717	140.262
Frauen	100.224	86.804	88.560	98.041	100.362	103.618
Erwerbspersonen ⁵⁾	3,618.850	3,621.554	3,645.062	3,662.043	3,678.188	3,707.124
Männer	2,090.591	2,079.214	2,076.463	2,080.448	2,090.037	2,101.353
Frauen	1,528.258	1,542.339	1,568.600	1,581.595	1,588.150	1,605.772
In % der Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre)						
Erwerbsquote ⁵⁾	67,2	66,9	66,9	66,7	66,5	66,9
Männer	77,5	76,7	76,1	75,7	75,5	75,7
Frauen	56,9	57,1	57,7	57,7	57,5	58,0
Beschäftigungsquote ⁶⁾	63,1	63,3	63,2	62,5	62,2	62,5
Männer	73,0	72,8	71,9	70,8	70,5	70,7
Frauen	53,1	53,9	54,4	54,1	53,9	54,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen						
Arbeitslosenquote ⁷⁾	6,8	6,0	6,2	7,1	7,3	7,3
Männer	6,5	5,8	6,2	7,3	7,5	7,5
Frauen	7,2	6,2	6,2	6,8	6,9	7,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – 1) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 2) Unselbständige laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ohne Präsenzdienst, Bezieher von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld und arbeitslose Schulungsteilnehmer im Beschäftigungsstand, WIFO-Berechnungen. – 3) Laut WIFO. – 4) Laut Arbeitsmarktservice. – 5) Aktiv Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose. – 6) Aktiv Erwerbstätige. – 7) In % der unselbständig Beschäftigten laut Hauptverband und der vorgemerkten Arbeitslosen.

Im Dienstleistungssektor wurde der Beschäftigungsanstieg primär vom Handel, vom Beherbergungs- und Gaststättenwesen, dem Gesundheitswesen sowie den unternehmensorientierten Diensten gespeist. Im letzteren Bereich entwickelten sich Vermittlung und Verleih von Arbeitskräften besonders lebhaft. Da sie häufig Arbeitsleistungen für die Sachgütererzeugung bereitstellen, beschäftigen sie überwiegend Männer; in der Folge wurde in diesem Bereich insbesondere die Beschäftigung der Männer ausgeweitet.

Wenig aussagekräftig sind aufgrund der Ausgliederung der Universitäten aus dem öffentlichen Dienst und deren Zuordnung zum Bereich "Unterricht" die Angaben zur Beschäftigungsentwicklung in diesen zwei Wirtschaftsbereichen. Für den öffentlichen Dienst wird das Bild zusätzlich dadurch verzerrt, dass seit 2004 Arbeitslose mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhaltes nicht mehr als Beschäftigte dieser Wirtschaftsklasse gezählt werden.

Übersicht 31: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

Jahresdurchschnitt 2004

	Männer			Frauen			Insgesamt		
	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	17.093	+ 155	+ 0,9	9.506	+ 126	+ 1,3	26.599	+ 281	+ 1,1
Bergbau, Industrie und Gewerbe	663.951	- 3.040	- 0,5	197.033	- 2.591	- 1,3	860.984	- 5.631	- 0,6
Bergbau, Steine und Erden	11.366	- 197	- 1,7	1.656	+ 7	+ 0,4	13.022	- 190	- 1,4
Nahrung, Getränke, Tabak	39.778	+ 16	+ 0,0	34.386	+ 586	+ 1,7	74.164	+ 602	+ 0,8
Textilien, Bekleidung, Leder	11.907	- 318	- 2,6	18.699	- 1.408	- 7,0	30.606	- 1.726	- 5,3
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	57.266	- 428	- 0,7	20.062	+ 45	+ 0,2	77.328	- 383	- 0,5
Chemie, Recycling	42.273	- 613	- 1,4	17.602	- 142	- 0,8	59.875	- 755	- 1,2
Stein- und Glaswaren	21.617	- 307	- 1,4	6.336	- 165	- 2,5	27.953	- 472	- 1,7
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	223.646	+ 1.222	+ 0,5	53.953	- 1.315	- 2,4	277.599	- 93	+ 0,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sport-, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	27.681	- 594	- 2,1	9.921	- 145	- 1,4	37.602	- 739	- 1,9
Energie- und Wasserversorgung	22.808	+ 79	+ 0,3	4.504	+ 27	+ 0,6	27.312	+ 106	+ 0,4
Bauwesen	205.609	- 1.900	- 0,9	29.914	- 81	- 0,3	235.523	- 1.981	- 0,8
Dienstleistungen	1.036.648	+ 3.170	+ 0,3	1.154.315	+ 10.050	+ 0,9	2.190.963	+ 13.220	+ 0,6
Handel, Reparatur	241.390	+ 2.894	+ 1,2	257.239	+ 2.433	+ 1,0	498.629	+ 5.327	+ 1,1
Gaststättenwesen	62.411	+ 1.368	+ 2,2	96.608	+ 1.184	+ 1,2	159.019	+ 2.552	+ 1,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	166.145	- 1.713	- 1,0	48.205	+ 1.018	+ 2,2	214.350	- 695	- 0,3
Kredit- und Versicherungswesen	56.466	- 7	+ 0,0	53.417	+ 117	+ 0,2	109.883	+ 110	+ 0,1
Unternehmensnahe Dienstleistungen	148.417	+ 5.830	+ 4,1	145.943	+ 2.487	+ 1,7	294.360	+ 8.317	+ 2,9
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	214.261	- 12.507	- 5,5	235.605	- 8.787	- 3,6	449.866	- 21.294	- 4,5
Unterrichtswesen	50.574	+ 6.675	+ 15,2	93.638	+ 8.575	+ 10,1	144.212	+ 15.250	+ 11,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	40.198	+ 986	+ 2,5	131.774	+ 5.229	+ 4,1	171.972	+ 6.215	+ 3,7
Sonstige öffentliche und private Dienste, exterritoriale Organisationen	56.468	- 363	- 0,6	88.828	- 2.101	- 2,3	145.296	- 2.464	- 1,7
Private Haushalte	318	+ 7	+ 2,3	3.058	- 105	- 3,3	3.376	- 98	- 2,8
Summe der Wirtschaftsklassen (unselbständig aktiv Beschäftigte)	1.717.692	+ 285	+ 0,0	1.360.854	+ 7.585	+ 0,6	3.078.546	+ 7.870	+ 0,3
Präsenzdiener	11.169	- 274	- 2,4	-	-	-	-	-	-
Bezieher von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld	2.336	+ 553	+ 31,0	108.451	+ 7.591	+ 7,5	110.787	+ 8.144	+ 7,9
Unselbständig Beschäftigte insgesamt	1.731.196	+ 564	+ 0,0	1.469.304	+ 15.176	+ 1,0	3.200.500	+ 15.740	+ 0,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Mit wachsender Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nimmt die Destandardisierung von Beschäftigungsverhältnissen zu. Dies lässt sich etwa am Auseinanderklaffen der Wochenarbeitszeiten illustrieren oder anhand der wachsenden Bedeutung alternativer Beschäftigungsformen wie geringfügiger Beschäftigung oder Arbeitskräfteüberlassung.

So nahm laut Arbeitskräfteerhebung von Statistik Austria sowohl für Frauen als auch für Männer die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (bis 35 Stunden pro Woche) in den ersten drei Quartalen 2004 weiter zu, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten wie in den Vorjahren zurückging²⁵⁾. Die Teilzeitquote der erwerbstätigen Frauen liegt mittlerweile bei knapp 41% (2003 37%), jene der Männer bei knapp 6% (2003 5%). Gleichzeitig machten Überstunden in den ersten drei Quartalen 2004 6% des gesamten Arbeitsvolumens aus (Männer 7,5%, Frauen 3,5%); im Durchschnitt leisteten die Betroffenen 9 Überstunden pro Woche.

Die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse stieg im Jahresdurchschnitt 2004 um rund 5.600 auf 222.900 (Frauen +3.100 auf 157.600, Männer +2.500 auf 63.300). Damit entfielen auf 100 unselbständige Arbeitsplätze von Frauen über der Geringfügigkeitsgrenze bereits rund 12 geringfügige Arbeitsverhältnisse. Für Männer betrug die entsprechende Relation 100 : 4.

Einmal jährlich veröffentlicht der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger personenbezogene Auswertungen zur geringfügigen Beschäftigung am

²⁵⁾ Labour Force Konzept, alle Erwerbstätigen.

Destandardisierung von Arbeitsverhältnissen nimmt zu

Stichtag 1. Juli. Demnach betraf der Anstieg der Zahl der geringfügig beschäftigten Männer gegenüber 2003 stärker Arbeitsplätze ohne zusätzliche soziale Absicherung – deren Anteil an allen geringfügig beschäftigten Männern stieg damit um 1 Prozentpunkt auf 39%. Dagegen nahm die Zahl jener Frauen überdurchschnittlich zu, welche zusätzlich sozialversichert waren. Allerdings waren 2004 weiterhin 55,4% der betreffenden Frauen ohne eigene Sozialversicherung. Ein Viertel der Männer und ein Fünftel der Frauen üben die geringfügige Beschäftigung neben einer Erwerbstätigkeit über der Geringfügigkeitsgrenze aus, 12% bzw. 13% neben einem Leistungsbezug aus dem Titel der Arbeitslosigkeit und 23% bzw. 11% neben dem Bezug einer Eigenpension.

Übersicht 32: Geringfügig Beschäftigte

Stichtag 1. Juli

	2002 Absolut	2003 Absolut	2004 Absolut	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003	2004
Männer	56.955	59.182	62.924	+ 9,0	+ 3,9	+ 6,3
Nur geringfügig beschäftigt	21.752	22.588	24.686	+ 9,8	+ 3,8	+ 9,3
Eine geringfügige Beschäftigung	21.261	22.115	24.018	+ 9,6	+ 4,0	+ 8,6
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	491	473	668	+ 20,0	- 3,7	+ 41,2
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	35.203	36.594	38.238	+ 8,4	+ 4,0	+ 4,5
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	16.062	16.693	16.245	+ 4,3	+ 3,9	- 2,7
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	5.621	6.100	7.212	+ 26,5	+ 8,5	+ 18,2
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	258	278	306	+ 7,9	+ 7,8	+ 10,1
Eigenpension	13.001	13.217	14.136	+ 7,0	+ 1,7	+ 7,0
Mehrere Versicherungsverhältnisse	261	306	339	+ 11,5	+ 17,2	+ 10,8
Frauen	142.691	145.362	148.990	+ 4,8	+ 1,9	+ 2,5
Nur geringfügig beschäftigt	80.981	81.068	82.526	+ 4,1	+ 0,1	+ 1,8
Eine geringfügige Beschäftigung	77.058	77.026	78.338	+ 4,0	+ 0,0	+ 1,7
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	3.923	4.042	4.188	+ 5,5	+ 3,0	+ 3,6
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	61.710	64.294	66.464	+ 5,7	+ 4,2	+ 3,4
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	28.189	28.592	28.289	+ 2,2	+ 1,4	- 1,1
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	16.068	17.795	19.401	+ 15,7	+ 10,7	+ 9,0
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	706	773	779	- 1,4	+ 9,5	+ 0,8
Eigenpension	16.192	16.295	16.930	+ 2,7	+ 0,6	+ 3,9
Mehrere Versicherungsverhältnisse	555	839	1.065	+ 27,6	+ 51,2	+ 26,9
Insgesamt	199.646	204.544	211.914	+ 5,9	+ 2,5	+ 3,6
Nur geringfügig beschäftigt	102.733	103.656	107.212	+ 5,3	+ 0,9	+ 3,4
Eine geringfügige Beschäftigung	98.319	99.141	102.356	+ 5,2	+ 0,8	+ 3,2
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	4.414	4.515	4.856	+ 7,0	+ 2,3	+ 7,6
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	96.913	100.888	104.702	+ 6,7	+ 4,1	+ 3,8
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	44.251	45.285	44.534	+ 2,9	+ 2,3	- 1,7
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	21.689	23.895	26.613	+ 18,3	+ 10,2	+ 11,4
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	964	1.051	1.085	+ 0,9	+ 9,0	+ 3,2
Eigenpension	29.193	29.512	31.066	+ 4,6	+ 1,1	+ 5,3
Mehrere Versicherungsverhältnisse	816	1.145	1.404	+ 22,0	+ 40,3	+ 22,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Übersicht 33: Entwicklung der Arbeitskräfteüberlassung

Stichtag 31. Juli

	Überlasser	Beschäftigter Absolut	Beschäftigte	Überlasser	Beschäftigter	Beschäftigte
				Veränderung gegen das Vorjahr		
1998	742	6.408	20.772	+ 66	+ 1.009	+ 2.792
1999	848	7.510	24.277	+ 106	+ 1.102	+ 3.505
2000	999	9.404	30.120	+ 151	+ 1.894	+ 5.843
2001	1.110	10.022	33.156	+ 111	+ 618	+ 3.036
2002	1.087	13.237	31.207	- 23	+ 3.215	- 1.949
2003	1.287	11.764	38.491	+ 200	- 1.473	+ 7.284
2004	1.424	14.341	44.125	+ 137	+ 2.577	+ 5.634

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Mitte 2004 waren in Österreich 1.400 Unternehmen im Arbeitskräfteverleih tätig (Überlasser), um 137 oder 10,6% mehr als 2003. Sie beschäftigten 44.100 Personen

(+5.600 bzw. +14,6%)²⁶⁾, deren Leistung von 14.300 Betrieben in Anspruch genommen wurde (+2.600 bzw. +21,9%). Die so vermittelten Arbeitskräfte waren mit 82,6% überwiegend Männer; Ausländer waren im Vergleich mit ihrem Anteil an allen unselbständig Beschäftigten überproportional vertreten (21,2%).

Die unselbständige Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften stieg 2004 um rund 11.900. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung erhöhte sich damit von 11,0% im Jahr 2003 auf 11,3% (Frauen von 9,5% auf 9,8%, Männer von 12,3% auf 12,6%). Dieser Anstieg ist weniger auf einen Zustrom aus den östlichen Nachbarländern zurückzuführen – aus der Slowakei, aus Tschechien und Ungarn kamen um insgesamt 2.000 Beschäftigte mehr als 2003 bzw. um 5.800 mehr als 2000. Vielmehr entwickelte sich die Beschäftigung von deutschen Staatsangehörigen mit +7.500 gegenüber 2003 und +18.100 gegenüber 2000 besonders dynamisch. Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft bringt aber eine verstärkte Internationalisierung des Arbeitskräfteangebotes mit sich: In einem Mehrjahresvergleich ergeben sich die größten Steigerungen weder für Angehörige der österreichischen Nachbarstaaten (mit Ausnahme Deutschlands) noch für Polen oder Rumänen, sondern für Angehörige sonstiger Nationen.

Struktur der ausländischen Arbeitskräfte verändert sich

Übersicht 34: Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Insgesamt			Anteile an der Gesamtbeschäftigung In %	Stand	Männer			Anteile an der Gesamtbeschäftigung In %	Stand	Frauen			Anteile an der Gesamtbeschäftigung In %
		Veränderung gegen das Vorjahr					Veränderung gegen das Vorjahr					Veränderung gegen das Vorjahr			
			Absolut	In %				Absolut	In %				Absolut	In %	
Ø 1999	306.401	+ 7.819	+ 2,6	9,9	192.262	+ 4.801	+ 2,6	11,0	114.139	+ 3.018	+ 2,7	8,4			
Ø 2000	319.850	+ 13.449	+ 4,4	10,2	198.968	+ 6.706	+ 3,5	11,3	120.882	+ 6.743	+ 5,9	8,8			
Ø 2001	329.314	+ 9.464	+ 3,0	10,5	201.956	+ 2.988	+ 1,5	11,6	127.358	+ 6.475	+ 5,4	9,1			
Ø 2002	334.432	+ 5.119	+ 1,6	10,6	204.431	+ 2.475	+ 1,2	11,8	130.001	+ 2.643	+ 2,1	9,1			
Ø 2003	350.361	+ 15.929	+ 4,8	11,0	212.478	+ 8.047	+ 3,9	12,3	137.884	+ 7.883	+ 6,1	9,5			
Ø 2004	362.299	+ 11.937	+ 3,4	11,3	218.972	+ 6.494	+ 3,1	12,6	143.327	+ 5.443	+ 3,9	9,8			
2002, Ø I. Quartal	322.424	+ 5.449	+ 1,7	10,4	191.092	+ 980	+ 0,5	11,8	131.332	+ 4.469	+ 3,5	9,3			
Ø II. Quartal	336.445	+ 3.951	+ 1,2	10,7	207.785	+ 1.602	+ 0,8	11,9	128.660	+ 2.349	+ 1,9	9,1			
Ø III. Quartal	347.695	+ 4.676	+ 1,4	10,8	215.221	+ 2.686	+ 1,3	12,1	132.474	+ 1.990	+ 1,5	9,2			
Ø IV. Quartal	331.164	+ 6.398	+ 2,0	10,5	203.628	+ 4.633	+ 2,3	11,8	127.537	+ 1.765	+ 1,4	8,9			
2003, Ø I. Quartal	334.285	+ 11.861	+ 3,7	10,7	197.414	+ 6.322	+ 3,3	11,8	136.871	+ 5.539	+ 4,2	9,5			
Ø II. Quartal	352.367	+ 15.922	+ 4,7	11,1	216.295	+ 8.511	+ 4,1	12,4	136.071	+ 7.411	+ 5,8	9,4			
Ø III. Quartal	365.703	+ 18.008	+ 5,2	11,2	224.731	+ 9.511	+ 4,4	12,6	140.972	+ 8.498	+ 6,4	9,6			
Ø IV. Quartal	349.091	+ 17.927	+ 5,4	11,0	211.471	+ 7.843	+ 3,9	12,3	137.620	+ 10.083	+ 7,9	9,5			
2004, Ø I. Quartal	346.680	+ 12.395	+ 3,7	11,1	203.094	+ 5.681	+ 2,9	12,2	143.586	+ 6.715	+ 4,9	9,9			
Ø II. Quartal	362.561	+ 10.195	+ 2,9	11,3	221.958	+ 5.662	+ 2,6	12,8	140.604	+ 4.532	+ 3,3	9,6			
Ø III. Quartal	378.292	+ 12.589	+ 3,4	11,5	232.188	+ 7.457	+ 3,3	13,0	146.104	+ 5.132	+ 3,6	9,8			
Ø IV. Quartal	361.662	+ 12.571	+ 3,6	11,3	218.648	+ 7.177	+ 3,4	12,6	143.014	+ 5.394	+ 3,9	9,7			

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

Ohne die in den letzten Jahren verstärkte Einbürgerung von Personen aus den traditionellen Zuwanderungsländern wäre das Angebot ausländischer Arbeitskräfte deutlich gestiegen: Deren Beschäftigung sank gegenüber 2003 um insgesamt rund 2.600. Hatten im Jahr 2000 noch 68% aller ausländischen Beschäftigten aus diesen Staaten gestammt, so sank ihr Anteil bis 2004 bereits unter die 60%-Marke.

Mit +3.800 (+1,6%) nahm die Zahl der beim Arbeitsmarktservice vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2004 merklich schwächer zu als im Vorjahr (+7.700 bzw. +3,3%). Durchschnittlich waren im Jahr 2004 140.300 Männer (+500) und 103.600 Frauen (+3.300) als arbeitslos vorgemerkt. Vom Arbeitsmarktservice wurden jedoch noch deutlich mehr Personen mit dem Ziel ihrer Integration in eine Beschäftigung betreut. 42.600 Personen befanden sich im Jahresdurchschnitt 2004 in Schulungsmaßnahmen; auch ihre Zahl war etwas höher als 2003 (+1.163, +2,8%).

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

²⁶⁾ Ausschließlich am Stichtag Aktive, d. h. ohne Beschäftigte im Urlaub oder Krankenstand.

Übersicht 35: Die Arbeitslosigkeit 2004

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1998	129.429	+ 850	108.365	+ 3.596	237.794	+ 4.446
Ø 1999	121.518	- 7.911	100.224	- 8.141	221.743	- 16.051
Ø 2000	107.509	- 14.009	86.804	- 13.420	194.314	- 27.429
Ø 2001	115.324	+ 7.814	88.560	+ 1.755	203.883	+ 9.570
Ø 2002	134.377	+ 19.053	98.041	+ 9.482	232.418	+ 28.535
Ø 2003	139.717	+ 5.340	100.362	+ 2.321	240.079	+ 7.661
2002, Ø I. Quartal	178.014	+ 25.286	99.977	+ 13.652	277.990	+ 38.938
Ø II. Quartal	114.498	+ 21.494	95.740	+ 12.323	210.238	+ 33.817
Ø III. Quartal	104.136	+ 17.665	92.882	+ 8.952	197.018	+ 26.617
Ø IV. Quartal	140.859	+ 11.767	103.566	+ 3.000	244.425	+ 14.767
2003, Ø I. Quartal	184.241	+ 6.227	99.673	- 303	283.914	+ 5.924
Ø II. Quartal	118.838	+ 4.340	96.825	+ 1.085	215.663	+ 5.425
Ø III. Quartal	108.199	+ 4.064	96.303	+ 3.420	204.502	+ 7.484
Ø IV. Quartal	147.588	+ 6.729	108.647	+ 5.082	256.235	+ 11.810
2004, Ø I. Quartal	188.784	+ 4.543	105.203	+ 5.530	293.987	+ 10.073
Ø II. Quartal	118.976	+ 137	100.637	+ 3.812	219.613	+ 3.949
Ø III. Quartal	107.091	- 1.108	98.324	+ 2.021	205.415	+ 913
Ø IV. Quartal	146.195	- 1.393	110.309	+ 1.661	256.504	+ 269

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war 2004 – trotz neuerlicher Beschäftigungszuwächse – auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen (+4.900 bzw. +3,7%), während sich die Arbeitslosenzahl im Sekundärsektor verminderte. Anders als in den Vorjahren sank nicht nur der durchschnittliche Bestand an Arbeitslosen aus dem Bauwesen ein wenig (-600 bzw. -1,4%), sondern auch aus der Sachgütererzeugung (-800 bzw. -1,8%).

Wenngleich die Beschäftigung beträchtlich ausgeweitet wurde, stieg die Arbeitslosigkeit im Gastgewerbe absolut am stärksten (+1.700). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Tourismussektor verglichen mit dem Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte auf 17,8%. Damit entfielen ein Zehntel der arbeitslosen Männer und ein Fünftel der Frauen auf diese Wirtschaftsklasse. Unverändert hoch war 2004 die Arbeitslosenquote im Bauwesen (15,2%), auf das 17% der Gesamtarbeitslosigkeit entfielen (27% der Männerarbeitslosigkeit). Wie in den Vorjahren lag die Quote neben den Saisonbranchen auch in den Bereichen Textilien, Bekleidung (12,1%) sowie Verlagswesen, Druckerei (11,5%) beträchtlich über dem Österreich-Durchschnitt.

Vor diesem Hintergrund ist die hohe Fluktuation in manchen Bereichen des österreichischen Beschäftigungssystems hervorzuheben: Knapp ein Viertel aller unselbständig Beschäftigten ist in Österreich zumindest einmal im Jahr von Arbeitslosigkeit betroffen. Aufgrund der ausgeprägten Saisonkomponente verfügt ein Teil der registrierten Arbeitslosen über eine Wiedereinstellungszusage und ist daher nicht auf eine aktive Arbeitsplatzsuche angewiesen. 85% der Arbeitslosigkeitsepisoden werden nach weniger als sechs Monaten durch Beschäftigungsaufnahme, Kursteilnahme oder Ausscheiden aus dem Erwerbssystem beendet. Die Gefahr der dauerhaften Ausgrenzung aus dem Beschäftigungssystem konzentriert sich auf bestimmte Personengruppen, deren Größenordnung jedoch wächst. Einen Indikator dafür bildet die Zunahme der durchschnittlichen Vormerkdauer der Arbeitslosen im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 7 Tage auf 146 Tage.

Auch die neuerliche Steigerung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer in der Arbeitslosigkeit deuten auf eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit benachteiligter Personengruppen hin. Der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit (über 12 Monate, ohne Unterbrechung der Vormerkung von mehr als 28 Tagen) an der Gesamtarbeitslosigkeit erhöhte sich 2004 das zweite Jahr in Folge (+1.400), im Jahresdurchschnitt waren 8,7% der Vorgemerkten davon betroffen (2003: 7,9%). Rund die Hälfte der Langzeitarbeitslosen zählte zur Altersgruppe ab

50 Jahren. Am deutlichsten erhöhte sich allerdings im Vorjahresvergleich die Langzeitarbeitslosigkeit von Männern und Frauen im Alter von 40 bis 50 Jahren (+900).

Relativ große Schwierigkeiten bereitet vor allem die Integration geringqualifizierter, jugendlicher und älterer Arbeitskräfte ins Beschäftigungssystem. Diese Gruppen sind vom wirtschaftlichen Strukturwandel, der Wachstumsschwäche der letzten Jahre, der Segmentierung der Beschäftigungschancen und der Zunahme der Angebotskonkurrenz besonders betroffen. So hatten im Jahr 2004 45,5% der Arbeitslosen keine über eine Pflichtschule hinausgehende Ausbildung abgeschlossen, um 0,5 Prozentpunkte mehr als 2003. Sowohl für Frauen als auch für Männer im Haupterwerbsalter (25 bis 49 Jahre) stieg die Arbeitslosenquote, während jene der 50-Jährigen und Älteren zurückging. Allerdings ist die registrierte Arbeitslosigkeit der älteren Arbeitskräfte – besonders in der "Vorruhestandsaltersgruppe" – nach wie vor besonders hoch: 55- bis 59-jährige Frauen 10,5%, Männer 9,4%, 60- bis 64-jährige Männer 16,0%.

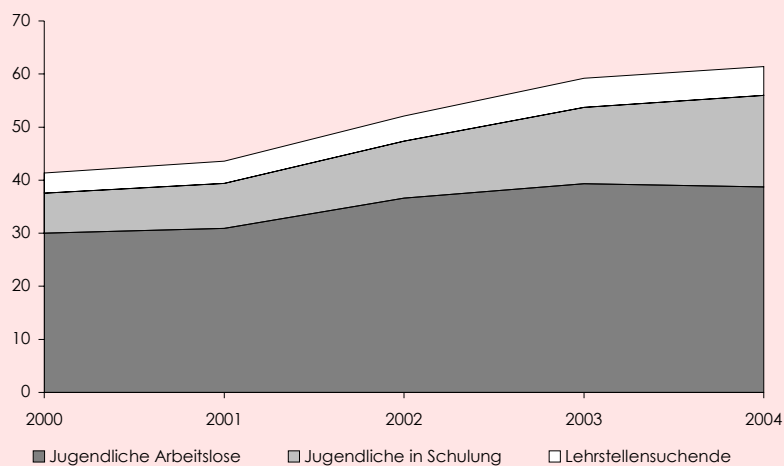
Die seit Jahren zunehmende Anspannung auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche entschärfte sich 2004 trotz verstärkter Bemühungen der Arbeitsmarktpolitik kaum. Hier gilt es verstärkt den strukturellen Ursachen dieser Tendenz nachzugehen, um die langfristige berufliche Entwicklung der Jugendlichen zu fördern.

Zwar stagnierte im Jahresdurchschnitt 2004 die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten unter 25-Jährigen bei rund 39.000 (–600). Zählt man zu dieser Gruppe die – sofort verfügbaren – Lehrstellensuchenden sowie Jugendliche in Kursen hinzu, so bemühte sich das Arbeitsmarktservice im Jahresdurchschnitt 2004 um die Eingliederung von 61.400 Arbeitskräften unter 25 Jahren, um 20.000 mehr als im Jahr 2000.

Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche

Abbildung 15: Jugendliche Arbeitslose, Jugendliche in Schulung und Lehrstellensuchende

Jahresdurchschnitt in 1.000



Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die Zahl der sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden verringerte sich im Vorjahresvergleich um 100 (–1,9%), die Zahl der gemeldeten offenen Lehrstellen jedoch noch stärker (–300 bzw. –10,5%). Für den durchschnittlichen Bestand von 2.800 lehrstellensuchenden Männern und 2.600 lehrstellensuchenden Frauen waren somit im Jahresmittel um rund 3.000 Lehrstellen zu wenig beim Arbeitsmarktservice gemeldet. Dies entspricht der größten Lehrstellenlücke seit 1997.

Zusätzlich nahmen im Jahr 2004 durchschnittlich 17.300 Personen unter 25 Jahren an Kursmaßnahmen des Arbeitsmarktservice teil (+2.900 bzw. +20,4%). In der Altersgruppe unter 20 Jahren war die Zahl der Personen in Schulung mit 9.500 sogar um 25,6% höher als im Vorjahr. Auf Initiative der Bundesregierung wurden Jugendliche, die keine Lehrstelle fanden, verstärkt in Lehrgänge nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetz eingebunden.

Jugendliche im Alter von 20 bis 24 Jahren wiesen im Jahr 2004 erneut eine überdurchschnittliche Register-Arbeitslosenquote auf (nach nationaler Berechnung; Männer 9,9%, im Durchschnitt aller Altersgruppen 7,5%, Frauen 7,1%, Durchschnitt 6,6%). Die Eurostat-Arbeitslosenquote liegt in der Regel deutlich unter der Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung²⁷⁾. Dies gilt allerdings nicht für Jugendliche – für sie ist die verdeckte Arbeitslosigkeit höher als für andere Altersgruppen: Die Eurostat-Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen nahm 2004 um 1,6 Prozentpunkte zu und war mit 9,7% mehr als doppelt so hoch wie die international vergleichbare Arbeitslosenquote für alle Arbeitnehmergruppen in Österreich. Die befragungsbasierte Eurostat-Quote war für Frauen (11,1%) deutlich höher als für Männer (8,5%). Vermutlich erfasst die Eurostat-Quote auch jene arbeitssuchenden Jugendlichen, die nicht beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt sind und deshalb nicht in offiziellen Statistiken aufscheinen. Im Durchschnitt der EU 15 betrug die Jugendarbeitslosenquote 2004 16,4%. Österreich büßte hier seinen Spitzenplatz ein – am niedrigsten war die Jugendarbeitslosenquote 2004 in den Niederlanden (7,9%), in Dänemark (8,2%) und Irland (8,3%).

Hedwig Lutz, Andrea Pöschl (Hedwig.Lutz@wifo.ac.at, Andrea.Poeschl@wifo.ac.at)
Statistik: Julia Hudritsch (Julia.Hudritsch@wifo.ac.at)

Lebhafte Konjunktur in der Sachgütererzeugung

Die Unternehmen der österreichischen Sachgütererzeugung erwirtschafteten im Jahr 2004 mit durchschnittlich 528.000 unselbständig Beschäftigten 43,3 Mrd. € an Wertschöpfung zu laufenden Preisen. Die durchschnittliche Wertschöpfung je Mitarbeiter lag bei rund 82.000 €. Der Anteil der Sachgütererzeugung an der Entstehung des realen Bruttoinlandsproduktes (zu Preisen von 2000) betrug 18,7%, jener an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung 16,5%.

Nach zwei Jahren der Stagnation wuchs der reale Nettoproduktionswert der Sachgütererzeugung 2004 um 4,6%. Motor dieser Entwicklung waren die Warenexporte, die um 12,5% ausgeweitet wurden. Aufgrund der bestehenden Kapazitätsreserven nutzten die Unternehmen diese Entwicklung vor allem für Produktivitätssteigerungen. Während die Produktion je Beschäftigten um 6,9% und die Stundenproduktivität um 4,7% zunahm, blieb das Niveau der Beschäftigung nahezu konstant.

In der Betrachtung nach Sektoren zeigen sich allerdings große Unterschiede. Kräftig war die Industriekonjunktur in Österreich vor allem in der Mineralölverarbeitung, der Kfz-Branche, dem Maschinenbau und der Herstellung von Metallerzeugnissen. Rückläufig war hingegen die Produktion von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten oder im sonstigen Fahrzeugbau. In der Textilindustrie (Produktion je Arbeitstag -7,7%) und im Bekleidungssektor (-7,5%) überwogen dämpfende Effekte des Strukturwandels gegenüber den Impulsen der Konjunkturbelebung. Im Bekleidungssektor war der Beschäftigungsabbau besonders groß (-12,9%).

Im Jahresverlauf wurden die im WIFO-Konjunkturtest erfassten Unternehmen zunehmend optimistischer. Die meisten Konjunkturindikatoren lagen nahe dem langjährigen Durchschnitt oder sogar darüber. Die Kapazitätsauslastung stieg kontinuierlich und betrug in der Befragung vom Jänner 2005 durchschnittlich 82%. Allerdings waren die Erwartungen im IV. Quartal 2004 durchwegs gedämpft, insbesondere die in die Zukunft gerichteten Indikatoren "Produktionserwartungen" und "Beurteilung der eigenen Geschäftslage".

²⁷⁾ Sie erfasst auch Personen mit geringfügiger Erwerbstätigkeit als beschäftigt. Hingegen gelten alle Erwerbslosen als arbeitslos, wenn sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, unabhängig von einer Vormerkung beim Arbeitsmarktservice. Voraussetzung ist allerdings eine aktive Arbeitssuche, weshalb z. B. Erwerbslose mit einer Einstellzusage nicht zu den Arbeitslosen laut Eurostat zählen.

Besonders stark wuchsen 2004 die Investitionen der Sachgütererzeugung (nominell +7,7%); vor dem Auslaufen der 2002 zur Konjunkturbelebung eingeführten Investitionszuschussprämie dürften die Unternehmen viele Anschaffungen vorgezogen haben. Ein Indiz dafür sind die sehr zurückhaltenden Investitionspläne für das Jahr 2005, die hochgerechnet um 2,9% unter dem Vorjahresniveau liegen²⁸⁾.

Übersicht 36: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Sachgütererzeugung 2004

Abteilungen nach ÖNACE

	Produktion je Arbeitstag		Beschäftigung		Produktivität ¹⁾		Bruttolohn- und -gehaltssumme		Arbeitskosten ²⁾	
	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke	104,7	+ 1,8	61.055	- 1,0	104,7	+ 2,8	1.595,9	- 0,4	98,0	- 2,2
Tabakverarbeitung	147,0	- 3,4	1.141	- 2,0	138,1	- 1,3	63,4	+ 4,4	83,7	+ 8,1
Textilien und Textilwaren	91,6	- 7,7	14.755	- 2,2	110,2	- 5,6	406,5	- 1,0	97,9	+ 7,2
Bekleidung	80,7	- 7,5	6.600	- 12,9	117,2	+ 6,3	138,4	- 11,0	95,5	- 3,8
Ledererzeugung und -verarbeitung	88,2	+ 1,6	4.714	- 5,5	110,5	+ 7,5	111,5	+ 0,2	111,6	- 1,4
Be- und Verarbeitung von Holz	117,6	+ 6,0	27.876	+ 1,5	117,6	+ 4,5	754,3	+ 4,6	95,3	- 1,4
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	108,9	+ 5,2	17.587	+ 0,5	106,3	+ 4,7	658,4	+ 1,3	101,3	- 3,7
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	108,4	+ 0,8	20.832	- 1,3	108,6	+ 2,1	807,7	- 0,3	101,6	- 1,1
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	89,5	+ 29,7	1.694	- 24,8	127,4	+ 72,5	115,0	- 34,2	75,1	- 49,3
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	115,3	- 0,1	23.778	- 0,6	108,1	+ 0,5	974,8	+ 0,9	98,3	+ 1,0
Gummi- und Kunststoffwaren	108,2	+ 6,5	25.389	+ 1,1	110,6	+ 5,3	789,7	+ 3,7	97,8	- 2,6
Glas, Waren aus Steinen und Erden	108,8	+ 3,4	31.780	- 1,0	108,3	+ 4,5	1.096,7	+ 1,6	100,4	- 1,7
Metallerzeugung und -bearbeitung	114,0	+ 5,9	31.933	+ 1,4	113,1	+ 4,5	1.218,6	+ 3,8	94,2	- 2,0
Metallerzeugnisse	125,8	+ 11,0	57.130	+ 0,8	121,1	+ 10,1	1.817,8	+ 3,0	90,4	- 7,2
Maschinenbau	125,8	+ 12,0	70.146	+ 1,9	117,8	+ 9,9	2.551,0	+ 5,4	91,7	- 5,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	168,8	- 5,2	1.005	- 2,1	124,7	- 3,2	34,1	- 4,5	104,7	+ 0,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	101,0	+ 1,7	24.543	- 4,2	110,8	+ 6,2	841,4	- 3,8	97,1	- 5,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	79,3	+ 11,7	24.151	- 0,0	94,0	+ 11,7	1.105,0	+ 3,8	117,3	- 7,0
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	112,1	+ 5,5	12.084	- 0,3	99,1	+ 5,7	411,2	+ 3,9	113,7	- 1,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile	136,5	+ 30,0	32.152	+ 8,8	116,9	+ 19,5	1.148,8	+ 9,9	93,0	- 15,5
Sonstiger Fahrzeugbau	160,4	- 6,9	6.537	+ 4,6	119,2	- 11,0	271,1	+ 1,5	88,4	+ 9,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	96,3	+ 4,1	30.877	- 1,8	111,3	+ 6,0	807,1	+ 0,6	100,6	- 3,4
Sachgütererzeugung insgesamt	111,3	+ 7,0	528.453	+ 0,1	112,0	+ 6,9	17.740,0	+ 2,2	97,1	- 4,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Produktion je Beschäftigten. – ²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme je Produktionseinheit.

Übersicht 37: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

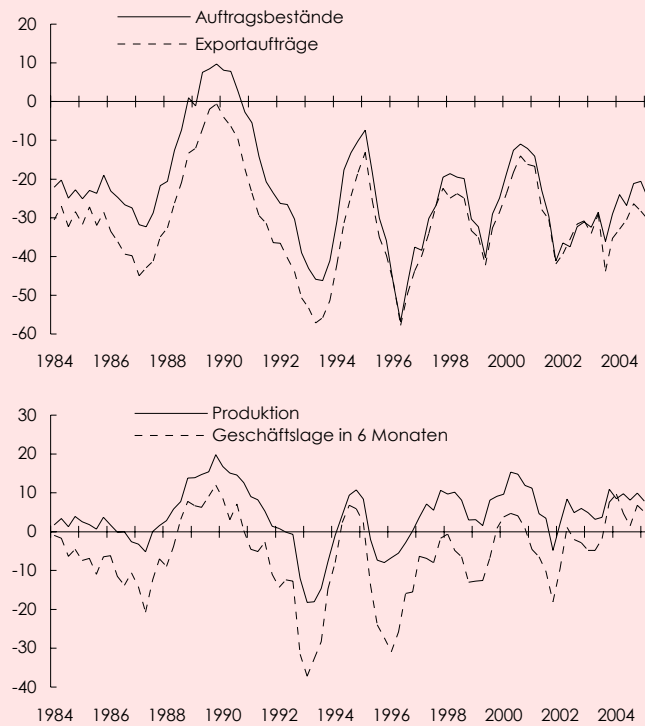
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktion real ¹⁾	+ 4,4	+ 1,8	+ 3,8	+ 3,8	+ 5,6	+ 7,1	+ 1,9	+ 0,4	- 0,2	+ 4,6
Beschäftigte ²⁾	.	- 3,0	- 0,4	+ 1,1	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,6
Stundenproduktivität ³⁾	+ 5,7	+ 4,3	+ 4,2	+ 2,6	+ 6,9	+ 7,1	+ 2,1	+ 3,4	+ 1,6	+ 4,6
Relative Lohnstückkosten ⁴⁾	+ 2,9	- 1,9	- 3,8	+ 0,3	- 5,0	- 6,5	- 0,9	- 0,6	+ 1,4	+ 0,2
Warenexporte (SITC 5 bis 8)	+ 13,2	+ 5,2	+ 16,9	+ 8,8	+ 6,3	+ 14,8	+ 6,1	+ 3,1	+ 1,2	+ 12,5

Q: WIFO-Prognose, April 2005; WIFO-Datenbank. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, real. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁴⁾ In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

²⁸⁾ Siehe Czerny, M., Falk, M., Schwarz, G., "Sachgütererzeugung schränkt 2005 Investitionen ein. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2004", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(2), S. 97-113, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25445.

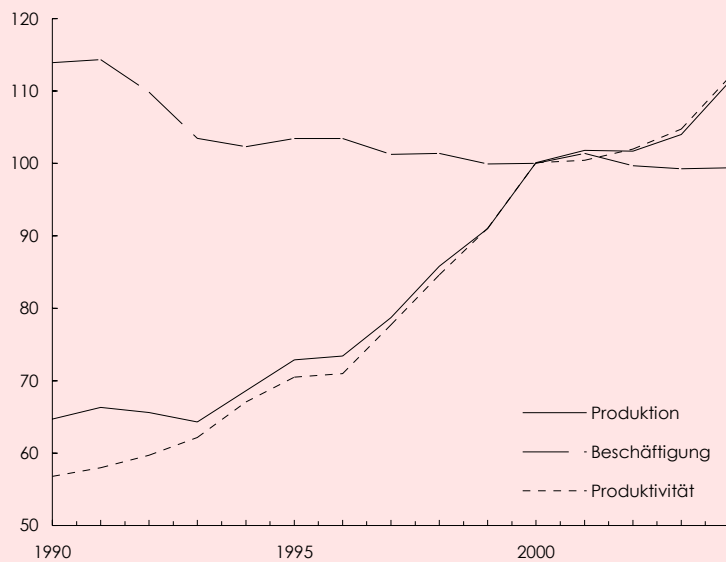
Abbildung 16: Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

Salden aus positiven und negativen Einschätzungen in % aller Meldungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abbildung 17: Produktion, Beschäftigung und Produktivität im Sachgüterbereich
2000 = 100



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Im Jahr 2004 stiegen die Rohstoffpreise auf Euro-Basis um 13,6%. Der Index des real-effektiven Wechselkurses erhöhte sich um 0,9%. Zugleich sanken die Lohnstückkosten dank der hohen Produktivitätssteigerung um 3,2%. In einheitlicher Währung blieben die Lohnstückkosten relativ zu den Handelspartnern mit -0,6% stabil. Aufgrund der Energieverteuerung und der Stärke des Euro verbesserte sich die Selbstfinanzierungskraft der Unternehmen trotz günstiger Industriekonjunktur nicht. Für 2004 wird das

Cash-Flow-Umsatzverhältnis auf 9,9% geschätzt²⁹⁾, nachdem es im Jahr 2003 10,1% betragen hat. Im internationalen Vergleich zeichnet sich die Cash-Flow-Quote der österreichischen Sachgütererzeugung vor allem durch eine außerordentlich stabile Entwicklung aus; in der Rangordnung von elf europäischen Vergleichsländern nahm Österreich nach Finnland, den Niederlanden und Dänemark die vierte Stelle ein. Die Eigenkapitalquote der österreichischen Sachgütererzeugung lag 2004 mit 36,9% weiterhin unter dem EU-Mittelwert von rund 38,6%.

Michael Peneder (Michael.Peneder@wifo.ac.at)

Statistik: Dagmar Guttmann (Dagmar.Guttmann@wifo.ac.at)

Nach einer kräftigen Produktionssteigerung im Jahr 2003 war das Wachstum der Bauwirtschaft 2004 gebremst. Insgesamt stieg die reale Wertschöpfung um 1,5% (nach +5,1% 2003). Im 1. Halbjahr 2004 stagnierte die Baunachfrage, im 2. Halbjahr war die Auftragslage günstiger. Dank der regeren Nachfrage nach Sanierungs- und Adaptierungsleistungen war das Baunebengewerbe deutlich besser ausgelastet als der Hoch- und Tiefbau. Der Tiefbau profitierte von den Programmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Der Hochbau war zunächst durch die verhaltene Nachfrage im Wohnungsbau gedämpft, gewann aber seit den Sommermonaten an Dynamik. Mit der allmählichen Belebung der Baunachfrage im Jahresverlauf erhielt auch die Baustoffproduktion, vor allem die Glasindustrie und die Holzverarbeitende Industrie, in der zweiten Jahreshälfte deutliche Impulse.

Gebremstes Wachstum der Bauwirtschaft

Übersicht 38: Produktionswert des Bauwesens

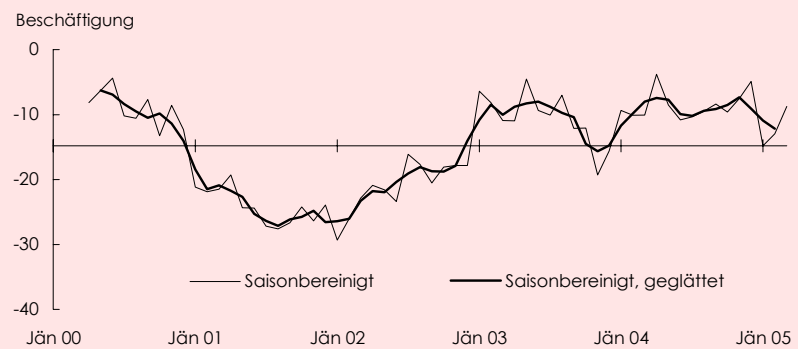
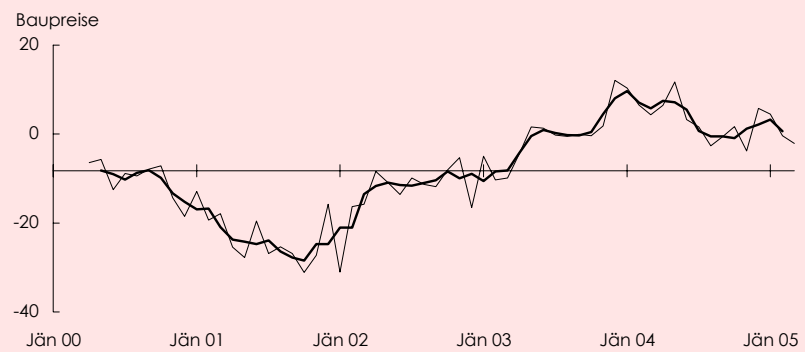
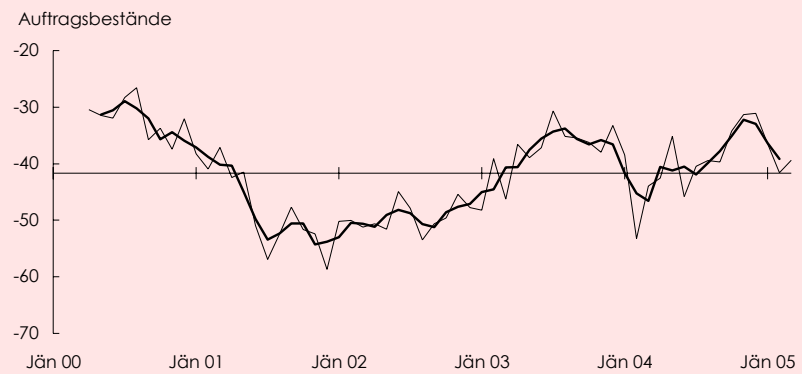
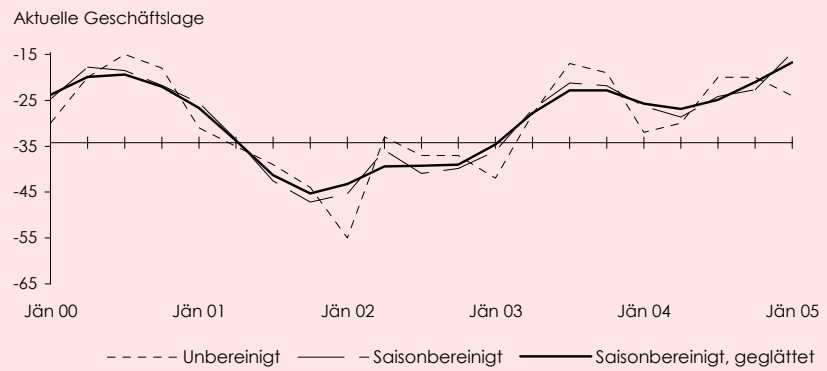
	2003	2004	2004			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Laut ÖNACE ¹⁾	+ 10,2	+ 3,5	- 0,4	+ 1,5	+ 5,2	+ 5,5
Hoch- und Tiefbau	+ 9,9	+ 1,5	- 2,9	- 0,3	+ 4,2	+ 4,7
Baunebengewerbe ²⁾	+ 10,9	+ 6,6	+ 2,9	+ 4,7	+ 7,1	+ 6,7
Laut GNACE ³⁾	+ 11,0	+ 2,3	- 2,7	+ 0,6	+ 4,4	+ 5,9
Hochbau	+ 9,1	+ 2,2	- 3,4	+ 3,2	+ 4,8	+ 3,2
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 7,8	+ 3,3	+ 0,7	+ 4,4	+ 7,0	+ 4,5
Industriebau	+ 5,9	+ 6,5	- 7,4	+ 9,8	- 0,2	+ 14,2
Sonstiger Hochbau	+ 9,1	- 4,2	- 12,6	- 4,1	+ 1,2	- 6,1
Nichtwohnbau ⁴⁾	+ 8,3	- 1,8	- 11,5	- 1,5	+ 0,8	- 0,6
Adaptierungen im Hochbau	+ 13,5	+ 9,1	+ 10,0	+ 11,2	+ 9,7	+ 9,4
Tiefbau	+ 12,6	+ 4,3	+ 1,7	- 1,1	+ 5,2	+ 10,6
Verkehrswegebau ⁵⁾	+ 10,8	+ 5,6	+ 1,9	+ 6,2	+ 6,2	+ 5,8
Sonstiger Tiefbau ⁶⁾	+ 14,4	+ 2,9	+ 1,5	- 8,2	+ 4,0	+ 15,8

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Klassifikation laut EU, Wert der abgesetzten Produktion. – ²⁾ Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – ³⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Sparten gliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – ⁴⁾ Industrie- und Ingenieurbau, sonstiger Hochbau. – ⁵⁾ Brücken- und Hochstraßenbau + Straßenbau + Eisenbahnoberbau + Tunnelbau. – ⁶⁾ Rohrleitungs- Kabelnetzbau + Wasserbau + Spezial- und sonstiger Tiefbau.

Der Beschäftigungsabbau verringerte sich im Bausektor 2004. Im Jahresdurchschnitt waren 235.500 Arbeitskräfte beschäftigt, um 0,8% weniger als im Jahr zuvor. Die Auftragslage war 2004 zufriedenstellend. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Auftragsbestände laut Statistik Austria um 8,2% und die Auftragseingänge um 7%. Im IV. Quartal 2004 erreichte der Zuwachs 8,8% bzw. 12,3%. Die Unternehmen beurteilen ihre Auftragslage im WIFO-Konjunkturtest optimistisch, allerdings zeigte sich in den ersten zwei Monaten 2005 saisonbereinigt eine Abschwächung. Mit Beginn der Bausaison 2005 ist mit einer Belebung zu rechnen.

²⁹⁾ Vgl. Peneder, M., Pfaffermayr, M., "Kräftige Industriekonjunktur stützt 2004 die Ertragsentwicklung. Cash-Flow und Eigenkapitalausstattung der österreichischen Sachgütererzeugung", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(3), S. 165-174, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25478.

Abbildung 18: Konjunkturschätzung in der Bauwirtschaft



Q: WIFO-Konjunkturtest. Salden aus optimistischen und pessimistischen Einschätzungen in % aller Meldungen.

Steigerung der Umsätze 2004 schwächer

Der nominelle Produktionswert der Bauwirtschaft stieg im Jahresdurchschnitt 2004 laut Konjunkturstatistik (GNACE – technische Produktion) um 2,7% (ÖNACE – abgesetzte Produktion +3,5%), nach +11% 2003. Das Wachstum verlangsamte sich dabei sowohl im Tiefbau (nominell +4,6%, 2003 +12,6%) als auch im Hochbau (+2,4%, 2003 +9,1%).

Übersicht 39: Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt

	Wertschöpfung des Bauwesens		Bruttoinlandsprodukt	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1999		+ 1,4		+ 3,3
2000		+ 1,7		+ 3,4
2001		- 3,5		+ 0,7
2002		+ 0,4		+ 1,2
2003		+ 5,1		+ 0,8
2004		+ 1,5		+ 2,0
2005		+ 2,0		+ 2,2
2006		+ 1,8		+ 2,3

Q: WIFO. Referenzjahr der Realrechnung: 2000. 2004: vorläufige Zahlen, 2005 und 2006: WIFO-Prognose vom April 2005.

Der Wohnhaus- und Siedlungsbau wurde 2004 um 4,5% ausgeweitet; für die abgesetzte Produktion im Wohnungsbau weist Statistik Austria allerdings einen Rückgang um 1,4% aus. Im Industriebau brachte die zweite Jahreshälfte eine stärkere Expansion (+5,3%). Im sonstigen Hochbau schrumpfte die technische Produktion deutlich (-4,9%), sodass der Nichtwohnbau insgesamt um 2,6% unter dem Vorjahresergebnis blieb.

Das gesamte Baunebengewerbe steigerte seine Produktion laut ÖNACE um 5,6%, nur halb so stark wie 2003.

Übersicht 40: Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände		Auftragseingänge	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
2003	5.580	+ 5,0	17.593	+ 11,2
I. Quartal	5.437	+ 5,6	3.695	+ 11,0
II. Quartal	5.747	+ 3,9	4.323	+ 4,6
III. Quartal	5.713	+ 3,4	4.814	+ 16,4
IV. Quartal	5.422	+ 7,3	4.760	+ 12,5
2004	6.040	+ 8,2	18.821	+ 7,0
I. Quartal	5.764	+ 6,0	3.846	+ 4,1
II. Quartal	6.236	+ 8,5	4.516	+ 4,5
III. Quartal	6.259	+ 9,6	5.115	+ 6,2
IV. Quartal	5.899	+ 8,8	5.345	+ 12,3

Q: Statistik Austria, ÖNACE.

Der Adaptierungs- und Renovierungssektor wuchs wegen der steigenden Nachfrage nach energiesparenden Investitionen kräftig: Angesichts der Erdölverteuerung und der in der Folge erhöhten Heizkosten investierten die privaten Haushalte mehr in Sanierungs- und Adaptierungsleistungen (+10%). Dies spiegelt auch die merkliche Zunahme der Nachfrage nach Sanierungskrediten der Bausparkassen wieder.

Im Bürobau war die Entwicklung nach der starken Ausweitung der Kapazitäten in den Ballungszentren gedämpft. Der Leerstand erreicht rund 6,5%, zu Beginn des Jahrzehnts hatte er erst 2% betragen. Impulse erhält der sonstige Hochbau von öffentlichen Aufträgen, durch Ausgliederungen und Privatisierungen entsteht der Bedarf an modernen Bürogebäuden. Zugleich verwertet die Bundesimmobiliengesellschaft vom Bund nicht benötigte Flächen. In den nächsten Jahren wird die "Bahnhofsoffensive" dem sonstigen Hochbau zugute kommen. Mit einer Belebung der Auftragsituation ist durch den verstärkten Einsatz von Finanzierungsmodellen der Public Private Partnership zu rechnen.

Übersicht 41: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

2000 = 100

	2001	2002	2003	2004
		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Hochbau</i>	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 3,0
Sonstiger Hochbau	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,4
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,8
Baumeisterarbeiten	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,8
Sonstige Bauarbeiten	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,8
<i>Tiefbau</i>	- 0,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,1
Straßenbau	+ 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,8
Brückenbau	- 0,2	- 0,2	- 0,4	+ 1,0
Sonstiger Tiefbau	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,2
<i>Hoch- und Tiefbau</i>	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,0

Q: Statistik Austria.

Die verhaltene Nachfrage, vor allem im Hochbau, dämpfte das Wachstum der Zulieferbranchen, insbesondere der Stein und keramischen Industrie – sie wuchs mit +4,6% 2004 schwächer. Hingegen erzielte die Glasindustrie nach einem ungünstigen Ergebnis im Vorjahr deutliche Zuwächse (+6,1%). Die Holzverarbeitende Industrie wuchs mit +6,1% nur geringfügig schwächer als 2003 (+8,7%).

Arbeitsmarktsituation stabilisiert

Mit der Belegung der Baunachfrage im 2. Halbjahr 2004 besserte sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Insgesamt waren 2004 235.500 Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft beschäftigt, um nur 1.900 oder 0,8% weniger als im Jahr zuvor. Der starke Beschäftigungsabbau der letzten drei bis vier Jahre dürfte somit gestoppt sein. Die Zahl der offenen Stellen stieg 2004 mit +28% deutlich auf 2.200 (+490). Weil das Winterwetter insbesondere im Februar 2005 keine Bautätigkeit zuließ, nahm die Arbeitslosigkeit im I. Quartal auf 76.504 zu (+3,3%, +2.472). Mit Beginn der Bausaison wird die Zahl der Arbeitsuchenden in der Baubranche vor dem Hintergrund der erwarteten Belegung wieder rückläufige Tendenz aufweisen.

Übersicht 42: Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr	
		In %	Absolut
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>			
Ø 2001	247.143	- 4,1	- 10.433
Ø 2002	240.309	- 2,8	- 6.834
Ø 2003	237.504	- 1,2	- 2.805
Ø 2004	235.524	- 0,8	- 1.980
<i>Arbeitsuchende²⁾</i>			
Ø 2001	39.837	+ 10,4	+ 3.753
Ø 2002	43.008	+ 8,0	+ 3.171
Ø 2003	42.635	- 0,9	- 373
Ø 2004	42.056	- 1,4	- 579
<i>Offene Stellen</i>			
Ø 2001	2.031	- 30,9	- 907
Ø 2002	1.807	- 11,0	- 224
Ø 2003	1.734	- 4,0	- 73
Ø 2004	2.223	+ 28,2	+ 489

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe. – ²⁾ Nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE), zuletzt in einem Baubetrieb beschäftigte Arbeitslose.

Kräftiger Preisauftrieb

Die Preise stiegen im Hoch- und Tiefbau 2004 erstmals seit vier Jahren kräftiger. Insgesamt lag der Preisindex für Hoch- und Tiefbauleistungen um 2% über dem Vorjahresniveau, nach +0,9% im Jahr 2003. Eine deutliche Preissteigerungstendenz zeichnet sich im Hochbau, Wohnhaus- und Siedlungsbau ab. Sie geht vor allem auf die Verteuerung von Energie und Rohstoffen zurück. Im Gegensatz zum Hochbau stagnierten die Preise im Tiefbau, nachdem sie seit 2000 rückläufig gewesen waren. Straßenbauleistungen waren 2004 um 0,8%, der Brückenbau um 1,0% teurer als 2003, im

sonstigen Tiefbau sanken die Preise um 0,2%. Im WIFO-Konjunkturtest rechnen die Bauunternehmen für 2005 nicht mit einem weiteren starken Preisauftrieb. Die im Verbraucherpreisindex erfassten Ausgaben für Mieten erhöhten sich Anfang 2005 deutlich (Februar 2005 +8,2% gegenüber dem Vorjahr), jene für Heizkosten sogar um 21%. Dieser Anstieg war insbesondere auf die Anhebung der Richtwertmieten, die Energieverteuerung und die Schwäche der Neubautätigkeit zurückzuführen.

Übersicht 43: Produktionswert der Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft

	Stein- und keramische Industrie	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2003	+ 7,5	- 1,8	+ 8,7
2004	+ 4,6	+ 6,1	+ 6,1
I. Quartal	+ 5,9	+ 0,1	+ 3,8
II. Quartal	+ 5,1	+ 3,9	+ 4,7
III. Quartal	+ 4,4	+ 6,9	+ 9,5
IV. Quartal	+ 3,2	+ 13,8	+ 6,1

Q: Statistik Austria. ÖNACE: Produktionswert der Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1.

Die Bauwirtschaft beurteilte ihre Lage im WIFO-Konjunkturtest im Laufe des Jahres 2004 immer günstiger, Anfang 2005 zeigten sich die Unternehmen aber wieder vorsichtiger. Die Einschätzung der Auftragslage könnte sich mit Beginn der Bausaison wieder verbessern. Die Geschäftslage wird positiv bewertet. Die WIFO-Prognose vom April 2005 erwartet für die Bauwirtschaft 2005 eine weitere Belebung des realen Produktionswachstums auf 2%, nach +1,5% 2004.

Margarete Czerny (Margarete.Czerny@wifo.ac.at)
Statistik: Monika Dusek (Monika.Dusek@wifo.ac.at)

Der Erdölpreis stieg im Jahr 2004 auf Dollarbasis um fast ein Drittel (von 28,8 \$ je Barrel 2003 auf 38,2 \$) und seit Anfang 2005 weiter auf über 50 \$ je Barrel. Die gleichzeitige Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar reichte 2004 anders als 2003 nicht mehr aus, um die Preiserhöhung in Euro zu neutralisieren: Wegen des Anstiegs des Euro-Kurses von 1,13 \$ (2003) auf 1,24 \$ 2004 verteuerte sich Rohöl auf Euro-Basis 2004 um nur 20,6% (von 25,5 € je Barrel 2003 auf 30,7 € 2004).

Angesichts der zweimaligen sprunghaften Erdölverteuerung in den Jahren 2000 und 2004 haben internationale Institutionen wie die IEA ihre Analyse des Weltrohölmarktes vertieft. Für den jüngsten Preisanstieg werden in der Literatur in erster Linie zwei Faktoren verantwortlich gemacht: ein starker Anstieg der Nachfrage in boomenden Schwellenländern (vor allem China) und eine geopolitische Risikoprämie, die in der Befürchtung künftiger Angebotsengpässe begründet ist.

Die geopolitische Risikoprämie hängt auch mit der Unterinvestition im Verarbeitungsbereich zusammen und spielte im Jahr 2000 eine entscheidende Rolle. Die resultierende Verteuerung von Erdölprodukten (Heizöle, Treibstoffe) übt eine Sogwirkung auf den Rohölpreis aus. Außerdem weist derzeit manches darauf hin, dass die OPEC (vor allem aufgrund der negativen Erfahrungen aus dem Rohölpreisverfall 1998) wieder als Kartell agiert und in der Preispolitik mit den anderen erdölproduzierenden Ländern kooperiert. Der künftige Preispfad für Rohöl hängt im Wesentlichen davon ab, ob das aktuelle Ungleichgewicht auf dem Erdölmarkt nur temporär ist. Ist das nicht der Fall und wird auch in Zukunft der Investitionsrückstau in der Infrastruktur (vor allem in der Exploration, aber auch in der Verarbeitung) nicht behoben, dann steigen die Preise weiter.

Hohe Energiepreise und anhaltender Tanktourismus

Der Rohölpreis stieg 2004 auf Dollarbasis um 32,5%, auf Euro-Basis um 20,3%. Dementsprechend erhöhten sich die Preise aller Energieträger 2004 signifikant; am stärksten verteuerten sich Treibstoffe (Dieseltreibstoff +11,2%) und Heizöl (extra leicht +15,3%). Witterungsbedingt (Zahl der Heizgradtage -3,1%) ergab sich 2004 ein Rückgang des Energieverbrauchs, besonders von Brennstoffen (Gasöl für Heizzwecke -19,2%). Hingegen wurde mehr Erdgas (+2,8%) und elektrische Energie (+2,7%) verbraucht als im Vorjahr. Der Dieselverbrauch steigt ebenfalls weiter; weil die Preise in Österreich niedriger sind als im Ausland, resultiert der ausgewiesene Dieselverbrauch zu etwa 30% aus "Tanktourismus". Die Stromerzeugung aus Wasserkraft und die Stromexporte wurden 2004 stark ausgeweitet, während die Importe zurückgingen. Dadurch sank der negative Außenhandels-saldo wieder auf etwa 4,7% des Verbrauches.

Energie verteuerte sich laut Verbraucherpreisindex im Jahr 2004 entsprechend stark, insbesondere Heizöl extra leicht (+15,3%) und Dieseltreibstoff (+11,2%). Bezogen auf den Rohölpreisanstieg auf Euro-Basis von rund 21% beträgt hier die Elastizität der Preisüberwälzung bis zu 0,7. Wesentlich geringer erhöhten sich 2004 die Preise von Kohle, Gas und Strom. Das betrifft allerdings nur den Kohlepreis für die privaten Haushalte, der im VPI berücksichtigt wird – Kohle für die Stromerzeugung verteuerte sich 2004 massiv. Der Gaspreis dürfte aufgrund der vertraglichen Bindung an den Rohölpreis wie in der Vergangenheit einen Teil des Rohölpreisanstiegs aus dem Vorjahr erst heuer nachvollziehen.

Übersicht 44: Entwicklung der Energiepreise

	2003	2004	2004 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	2000 = 100		
Heizöl, extra leicht	93,2	107,5	+ 15,3
Heizöl, leicht	98,7	108,4	+ 9,8
Strom	100,2	102,9	+ 2,7
Gas	111,8	118,0	+ 5,5
Feste Brennstoffe	106,1	110,8	+ 4,4
<i>Treibstoffe</i>			
Benzin Super plus	93,0	100,0	+ 7,5
Dieseltreibstoff	119,0	132,3	+ 11,2

Q: Statistik Austria, Verbraucherpreisindexgruppe "Energie".

Die Entwicklung des Verbrauchs von Erdölprodukten, Gas und Elektrizität im Jahr 2004 lässt jedoch nicht auf preisinduzierte Einsparungen schließen. Der Rückgang des Verbrauchs von Erdölprodukten um 1,3% ist im Wesentlichen mit der witterungsbedingten (Zahl der Heizgradtage -3,1%) Abnahme des Verbrauchs von Gasöl für Heizzwecke (-19,2%) zu erklären. Dieseltreibstoff wurde hingegen 2004 um 2,7% mehr abgesetzt als im Vorjahr.

Übersicht 45: Verbrauch von Mineralölprodukten

	2003	2004	2004 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	1.000 t		
Verbrauch insgesamt	12.616	12.452	- 1,3
Flüssiggas	176	173	- 1,9
Normalbenzin	598	569	- 4,9
Superbenzin	1.624	1.593	- 1,9
Dieseltreibstoff	5.742	5.895	+ 2,7
Flug- und Leuchtpetroleum	492	573	+ 16,4
Gasöl für Heizzwecke	1.973	1.594	- 19,2
Heizöle	1.268	1.280	+ 0,9
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	743	776	+ 4,4

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, 2004: WIFO-Schätzung.

Wegen der Unterschiede zwischen den Treibstoffpreisen in Österreich und vor allem in Deutschland dürfte auch 2004 der Tanktourismus nach Österreich große Bedeutung gehabt haben. Zur quantitativen Bedeutung des Tanktourismus liegt eine neue Studie von TRAFICO Verkehrsplanung, der Energieverwertungsagentur (E.V.A.) und der Technischen Universität Graz (Institut für Verbrennungskraftmaschinen und Thermodynamik) vor. Deren Ergebnisse sind nicht als statistische Erhebungen, sondern lediglich als grobe Schätzungen eines nicht beobachteten Phänomens (ähnlich den Berechnungen zur Größe der Schattenwirtschaft) zu bewerten. Die Schätzmethode beruht darauf, den "hypothetischen" Verbrauch von Dieseltreibstoff und Benzin in Österreich zu berechnen, der sich ohne Tanktourismus ergäbe. Dieser Verbrauch kann dann mit dem tatsächlichen Absatz an Treibstoffen verglichen werden, um das Ausmaß des Tanktourismus zu schätzen. Demnach macht der Tanktourismus rund 30% der Gesamtabsatzmenge von Dieseltreibstoff und über 20% des Benzinabsatzes

in Österreich aus. Der hohe Anteil des Tanktourismus für Dieseltreibstoff ist laut dieser Studie auf Lkw im internationalen Güterverkehr (einschließlich Umwegtransit) zurückzuführen. Die Emissionen aus dem Verbrauch dieser Treibstoffmengen werden Österreich in der CO₂-Emissionsinventur zugerechnet und erschweren somit die Erreichung des nationalen Kyoto-Zieles. Gemäß der zitierten Studie entfielen im Jahr 2003 bereits knapp 30% der bilanzierten Verkehrsemissionen auf den Tanktourismus.

Insgesamt wurde die Erzeugung von elektrischer Energie 2004 (nach vorläufigen Zahlen von E-Control) mit +7,3% kräftig ausgeweitet; dabei expandierte die Wasserkraft-erzeugung um 12,1%, die Erzeugung aus Wärmekraft entsprach etwa dem Vorjahresniveau. Im Jahr 2003 waren aufgrund des heißen Sommers neben der Erzeugung aus Wärmekraft auch die Importe um über 20% gestiegen, während die Exporte um 8,8% eingeschränkt wurden. Europaweit wurde elektrische Energie knapp und verteuerte sich entsprechend an den internationalen Strombörsen. Im relativ kühlen Sommer 2004 kehrte sich diese Situation um, und auch die Importe von Elektrizität wurden verringert. Der Außenhandelsaldo war mit rund 3.000 GWh zwar weiterhin negativ, er entsprach aber nur noch rund 4,8% des Verbrauchs. Der Stromverbrauch wuchs 2004 weiterhin kräftig (+2,7%). Aufgrund des Klimawandels können Wettersituationen wie 2003 in Zukunft wieder auftreten.

Importe von Strom rückläufig

Übersicht 46: Elektrischer Strom

	2003	GWh	2004	2004 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	59.925		64.285	+ 7,3
Wasserkraft	32.186		36.090	+ 12,1
Wärmekraft	23.835		23.426	- 1,7
Sonstige	3.905		4.769	+ 22,1
Einfuhr	19.003		16.628	- 12,5
Ausfuhr	13.389		13.548	+ 1,2
Verbrauch ¹⁾	62.623		64.322	+ 2,7

Q: E-Control. – ¹⁾ Ohne Pumpstrom.

Die Nachfrage nach Erdgas wurde 2004 durch die Witterungsbedingungen und die Entwicklung in der Wärmekrafterzeugung gedämpft. Da gleichzeitig technologische Innovationen autonome Substitutionsprozesse in Richtung des Gasverbrauchs auslösen, wurde 2004 dennoch um 2,8% mehr Erdgas verbraucht. Dabei ging die Förderung weiter zurück (-3,3%), während die Einfuhr um 4,4% wuchs.

Geringer Anstieg des Erdgasverbrauchs

Übersicht 47: Erdgas

	2003	Mio. m ³	2004	2004 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderung	2.030		1.963	- 3,3
Einfuhr	7.691		8.032	+ 4,4
Ausfuhr	-		-	-
Verbrauch	9.721		9.995	+ 2,8

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Kurt Kratena (Kurt.Kratena@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen nahm 2004 nach der Belebung im Vorjahr weiter zu. Das Wachstum der inländischen Transportnachfrage wurde von der Sachgütererzeugung (reale Produktionsleistung +7,9% gegenüber 2003) getragen. Unter den transportintensiven Branchen verzeichneten die Mineralölindustrie (+30,2%), die Be- und Verarbeitung von Holz (+7,2%), die Metallherzeugung (+6,7%), die Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe (+5,6%) sowie die Glas- und Steinwarenindustrie (+4,5%) sehr hohe Produktionszuwächse. Die Nahrungsmittel-

Kräftige Zunahme des Güterverkehrs

und Getränkeindustrie meldete nach der Stagnation des Vorjahres für das Jahr 2004 einen Produktionszuwachs von 2,5%.

Übersicht 48: Güterverkehr

		2004 Absolut	2004 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1998/2003 Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mio. n-t-km	19.027	+ 6,7	+ 3,2
Inland	Mio. n-t-km	4.465	+ 10,3	+ 4,4
Einfuhr	Mio. n-t-km	6.026	+ 5,3	+ 4,1
Ausfuhr	Mio. n-t-km	4.290	+ 4,2	+ 3,1
Transit	Mio. n-t-km	4.246	+ 7,6	+ 1,1
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	180.778	+ 29,4	+ 0,3
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.538	- 2,7	- 0,9
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.348	- 3,9	- 1,4
Transit	Mio. n-t-km	4.190	- 1,7	- 0,5
Luffahrt ²⁾	1.000 t	148	+ 25,3	+ 0,3

Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Vorläufige Werte, ohne Stückgut. – ²⁾ Fracht, An- und Abflug.

Die Expansion des Außenhandels beschleunigte sich, gemessen am Volumen waren Exporte und Importe um 5,6% höher als 2003. 47,8 Mio. t Güter wurden ausgeführt (+7,3%), 76,2 Mio. t Güter eingeführt (+4,6%). Die realen Umsätze im Einzelhandel (einschließlich Kfz-Handel) nahmen 2004 (+1,5% gegenüber 2003) etwas stärker zu als 2003.

Die statistische Erfassung der Transportleistungen des Güterverkehrs ist zur Zeit recht lückenhaft. Für den Straßengüterverkehr, den wichtigsten Verkehrsträger, lagen zum Berichtsabschluss noch keine Meldungen über das Jahr 2004 vor. Die Entwicklung des Dieselabsatzes sowie der Lkw-Neuzulassungen ist kein brauchbarer Indikator für den Straßengüterverkehr. Zum einen steigerten die wachsende Zahl von Diesel-Pkw und der zunehmende Tanktourismus nach Österreich den Dieselabsatz, zum anderen förderten Investitionsbegünstigungen die Anschaffung neuer Lkw.

Das verkehrspolitische Umfeld für den Wettbewerb zwischen Schiene und Straße hat sich grundlegend geändert: Ende 2003 lief das Transitabkommen mit der EU aus, Transitfahrten von Lkw aus EU-Ländern sind seit 1. Jänner 2004 nicht mehr kontingentierte ("Ökopunkte-Regelung"). Der Lkw-Verkehr mit den neuen EU-Ländern ist seit 1. Mai 2004 liberalisiert. Diese Liberalisierungen schwächten die Marktstellung der Bahn im Ein- und Ausfuhrverkehr sowie im Transitverkehr. Die Einführung der fahrleistungsabhängigen Maut für Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t am 1. Jänner 2004 brachte der Bahn Wettbewerbsvorteile, vor allem im inländischen Fernverkehr sowie im grenzüberschreitenden Verkehr mit längeren Inlandsstrecken.

Die Gütertransportleistungen der ÖBB erreichten 2004 19,03 Mrd. ntkm, um 6,7% mehr als 2003. Im konventionellen Wagenladungsverkehr (Compleat Cargo) stiegen die Transportleistungen auf 14,37 Mrd. ntkm (+11,0%), im kombinierten Verkehr (Combi Cargo – begleiteter und unbegleiteter kombinierter Verkehr) sanken die Leistungen auf 4,66 Mrd. ntkm (-4,8%). Die Tarifeinnahmen aus dem Güterverkehr waren mit 839,1 Mio. t um 1,5% höher als 2003. Die Durchschnittserlöse betrugen 4,41 € je 100 ntkm, um 4,8% weniger als 2003.

Die ÖBB erzielten im Binnenverkehr (+10,3%) besonders gute Ergebnisse. Im Transitverkehr nahmen die Verkehrsleistungen um 7,6%, im Einfuhrverkehr um 5,3% und im Ausfuhrverkehr um 4,2% zu. Damit wurden 23% der Verkehrsleistungen im Binnenverkehr, 22% im Transitverkehr, 32% im Einfuhrverkehr und 23% im Ausfuhrverkehr erbracht.

Die Donauschifffahrt wurde durch gute Schifffahrtsbedingungen begünstigt. Das Transportaufkommen war in der Einfuhr um 16%, in der Ausfuhr um 3,5% höher als 2003. Insgesamt wuchs es im Ein- und Ausfuhrverkehr um 13,1%. Das gemeldete Transportaufkommen im Inlandverkehr (-72,2% gegenüber 2003) erreichte mit

191.000 t nur noch 2,5% des Aufkommens im Ein- und Ausfuhrverkehr. Das Transportaufkommen im Transitverkehr auf der Donau wird mangels Rechtsgrundlagen derzeit nicht mehr vollständig statistisch erfasst. Es war in den vergangenen Jahren rund halb so groß wie im Ein- und Ausfuhrverkehr. Die Luftfracht erzielte nach dem Rückschlag von 2001 und dem geringen Wachstum in den Jahren 2002 und 2003 im Vorjahr wieder ein sehr gutes Ergebnis. Mit 148.000 t war das Transportaufkommen im An- und Abflug um 25,3% höher als 2003.

Abbildung 19: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, Wiener Linien.

Das kräftige Wachstum der Nachfrage nach Lastkraftwagen hielt 2004 an. Es wurden 33.393 fabriksneue Lkw zugelassen, um 13,8% mehr als 2003. Besonders gefragt waren schwere Lkw (Nutzlast über 7 t, +17,8%) und Sattelfahrzeuge (+25,9%). Auch

schwere Anhänger wurden vermehrt angeschafft (+45%). Das Fuhrgewerbe (Lkw-Neuzulassungen +27,8%) investierte wesentlich stärker in den Fuhrpark als der Werkverkehr.

Übersicht 49: Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2004 Stück	2004 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1998/2003 Veränderung in %
<i>Pkw</i>	311.292	+ 3,7	+ 0,3
Hubraum bis 1.500 cm ³	90.725	+ 20,5	+ 1,6
Hubraum über 1.500 cm ³	220.567	- 1,9	- 0,1
<i>Lkw</i>	33.393	+ 13,8	+ 0,3
Nutzlast bis 1.999 kg	29.001	+ 13,6	+ 0,5
Nutzlast 2.000 bis 6.999 kg	1.064	+ 7,8	- 4,0
Nutzlast 7.000 kg und darüber	3.328	+ 17,8	+ 0,1
<i>Anhänger</i>	24.760	+ 13,8	- 2,4
Nutzlast bis 2.999 kg	17.583	+ 5,2	- 3,2
Nutzlast 3.000 bis 6.999 kg	212	- 16,9	- 11,7
Nutzlast 7.000 kg und darüber	6.965	+ 45,0	+ 1,3
Sattelfahrzeuge	5.184	+ 25,9	+ 1,2

Q: Statistik Austria.

Die anhaltend starke Nachfrage nach Nutzfahrzeugen ist in erster Linie der Verlängerung der Investitionszuschussprämie von 10% bis Ende 2004 zuzuschreiben. Die im Konjunkturbelebungs-gesetz 2002 (BGBl. I Nr. 68/2002) beschlossene Investitionszuschussprämie sollte ursprünglich Ende 2003 auslaufen. Das Wachstums- und Standortgesetz 2003 verlängerte die Frist bis Ende 2004. Auch in der Vergangenheit wirkten sich Änderungen in der steuerlichen Behandlung von Investitionen besonders stark auf die Fahrzeuganschaffungen aus. Lkw-Anschaffungen benötigen keine längere Planungszeit. Die Lieferfristen sind meist kurz; etwaige Umbauten sind, im Gegensatz zu anderen Ausrüstungsinvestitionen, nicht sofort notwendig. Ersatzinvestitionen lassen sich durch Reparaturen um Jahre aufschieben. Sie können aber, begünstigt durch den florierenden Gebrauchtfahrzeughandel, auch ohne größere Verluste vorgezogen werden. Fiskalpolitisch induzierte Nachfrageimpulse haben aber immer wieder temporäre Überkapazitäten im Fuhrpark zur Folge. Außerdem verloren inländische Lkw-Hersteller in Perioden des Nachfragebooms deutlich Marktanteile: Die im Vergleich mit ausländischen Herstellern sehr beschränkte Lieferfähigkeit der heimischen Industrie veranlasst die Lkw-Käufer in verstärktem Umfang, ausländische Fahrzeuge anzuschaffen. Dadurch gehen der inländischen Fahrzeugindustrie auf längere Sicht mögliche Aufträge verloren.

Die mit 1. Jänner 2004 eingeführte fahrleistungsabhängige Maut auf Autobahnen und Schnellstraßen für Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t (Lkw und Busse) erbrachte 2004 Einnahmen von 601 Mio. €. Die Einnahmen an Sondermaut (Gebirgsautobahnen) von Fahrzeugen dieser Kategorie betrugen 2004 160 Mio. €. Von Kfz mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht unter 3,5 t hob die ASFINAG 295 Mio. € an zeitabhängiger Maut (Vignette) und 107 Mio. € an Sondermaut (überwiegend Pkw) ein.

Wenig Dynamik im Personenverkehr

Die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen entwickelte sich 2004 sehr schwach. Der Berufsverkehr wuchs (gemessen an der Beschäftigtenzahl) um 0,5%, der Reiseverkehr ging (gemessen an der Zahl der Übernachtungen) um 0,5% zurück. Die rückläufige Tendenz im Ausbildungsverkehr hielt an. Die ÖBB beförderten auf der Schiene um 2,3% mehr Personen als 2003. Auf der Basis der Personenkilometer stiegen die Verkehrsleistungen um 1,3%. Auch der Bahnbus wurde um 2,0% stärker frequentiert. Die Bahntarife wurden mit 1. Jänner 2005 um durchschnittlich 4,9% angehoben. Die Tarifeinnahmen aus dem Personenverkehr erreichten im Jahr 2004 563,2 Mio. €, um 1,6% mehr als 2003. Die Wiener Verkehrsbetriebe meldeten um 1,8% mehr Fahrgäste. In der Luftfahrt stieg die Zahl der Passagiere um 15,4%; damit wurde der längerfristige Trendwert wieder erreicht.

Übersicht 50: Personenverkehr

		2004	2004	Ø 1998/2003
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB Schiene	Mio. pkm	8.259	+ 1,3	+ 0,4
Wiener Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	735	+ 1,8	+ 0,5
Luffahrt ¹⁾	1.000 Personen	18.857	+ 15,4	+ 3,6
OS-Group ¹⁾²⁾	1.000 Personen	9.124	+ 9,9	.

Q: ÖBB-Geschäftsberichte, Wiener Linien, Statistik Austria, Austrian Airlines Group. – 1) Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. – 2) AUA, Lauda Air, Tyrolean Airways und Rheintalflug.

Im Zuge der Erdölverteuerung erhöhten sich die Kraftstoffpreise seit Anfang 2004 beträchtlich. Benzin war im Jahresdurchschnitt 2004 um 7,8%, Dieseltreibstoff um 11,1% teurer als im Jahr 2003. Diese Kostensteigerung wirkte sich deutlich auf die Struktur der Zulassungen fabrikneuer Personenkraftwagen aus: Insgesamt wurden 311.292 Pkw neu zugelassen (+3,7%). Besonders gefragt waren kraftstoffsparende Pkw mit einem Hubraum bis 1.500 cm³ (+20,5%), Pkw mit einem Hubraum über 1.501 cm³ wurden weniger gekauft als 2003 (-1,9%).

Wilfried Puwein (Wilfried.Puwein@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Erstmals seit 2001 erhöhte sich 2004 das reale Einkommen in der Landwirtschaft spürbar. Durchwegs gute Erntemengen und höhere Subventionen machten einen Preisverfall von pflanzlichen Produkten mehr als wett. Der Trend zur Verschlechterung der Stellung der Landwirtschaft im Preisgefüge setzte sich 2004 fort. Die Abwanderung aus der Landarbeit hält weiterhin an. In der EU nahm das Faktoreinkommen des Agrarsektors ebenfalls zu, und zwar außerordentlich kräftig in den neuen Mitgliedsländern. Der österreichische Außenhandel mit Agrargütern entwickelte sich wie schon in den letzten Jahren günstig: Der traditionell negative Saldo verringerte sich 2004 um 170 Mio. € auf 434 Mio. €.

Ein gutes Jahr für die Landwirtschaft

Virulente Schädlinge beeinträchtigen die Produktion von Mais und Kernobst

Zwei aus Übersee eingeschleppte Schädlinge gefährden wichtige Produktionszweige der österreichischen Landwirtschaft. Trotz Quarantänemaßnahmen und hohen Ressourceneinsatzes zur Schadensabwehr gelingt es derzeit nicht, ihre weitere Verbreitung zu verhindern. Angesichts des großen Schadenspotentials und der begrenzten Bekämpfungsmöglichkeiten ist abzusehen, dass Anbau- und Investitionsentscheidungen vermehrt diesem zusätzlichen Produktionsrisiko Rechnung tragen.

Der Maiswurzelbohrer (*Diabrotica virgifera virgifera*) wurde erstmals 2002 im östlichen Niederösterreich und im Burgenland beobachtet. Dieser Schädling, der vor allem in Monokultur gepflanzten Mais befällt, verbreitet sich mit etwa 40 km jährlich gegen Westen. Gemäß der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) war 2004 bereits ein Zehntel des Bundesgebietes befallen. In Österreich wurde 2004 auf 201.451 ha Körnermais gepflanzt (der Produktionswert zu Erzeugerpreisen betrug 167 Mio. €), zusätzlich wurde Silomais auf 75.614 ha produziert. Besonders Schweinemastbetriebe mit hohem Maisanteil in der Fruchtfolge werden in den kommenden Jahren entweder zur Produktionsumstellung oder signifikant höheren Pflanzenschutz aufwendungen gezwungen sein.

Schäden durch Maiswurzelbohrer können durch ein Bündel von Maßnahmen verhindert oder zumindest reduziert werden. Im Fall des zweiten Schädling, Feuerbrand (*Erwinia amylovora*), der Kernobst und Ziergehölze befällt, stehen kaum Optionen zur Schadensreduktion zu Verfügung. Oft müssen befallene Obstflächen gerodet werden, um die Verbreitung des hochinfektiösen Erregers zu verhindern. Gemäß der letzten Erhebung der Erwerbsobstanlagen (2002) werden in Österreich auf 6.952 ha Äpfel und 470 ha Birnen produziert, deren Sorten in unterschiedlichem Ausmaß feuerbrandempfindlich sind. Im Jahr 2004 betrug der Produktionswert dieser beiden Obstarten 103 Mio. €, das sind 2,1% der Produktion landwirtschaftlicher Güter zu Erzeugerpreisen. Aber auch das Landschaftsbild prägende solitäre Obstbäume bzw. Streuobstwiesen, für deren Erhaltung durch das Agrarumweltprogramm zuletzt 1,6 Mio. € aufgewandt wurden, sind gefährdet. Laut AGES mussten in Vorarlberg im Jahr 2004 4 ha Intensivobstanlagen gerodet werden, und vor allem in den östlichen Bundesländern wurde ein verstärktes Auftreten des Erregers verzeichnet.

Gute Ernten in ganz Europa lösen Preisverfall aus

Nach vorläufigen Ergebnissen der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) für das Jahr 2004 nahm die Erzeugung landwirtschaftlicher Güter dem Volumen nach um 5,6% zu³⁰⁾. Die Ernte pflanzlicher Produkte brachte dank günstiger Witterungsbedingungen gute Erträge in ganz Europa. In der Folge gerieten die Preise im pflanzlichen Bereich unter Druck (-7,8%), sodass der Produktionswert nominell kaum höher war als im Vorjahr (+0,9%).

Im Jahr 2003 war die landwirtschaftliche Produktion durch hohe Produktionsausfälle von Getreide und Futterpflanzen beeinträchtigt worden. Engpässe ließen die Preisen beträchtlich steigen; in der Folge wurde 2004 die Verpflichtung zur Stilllegung von Flächen gelockert. Nicht nur weil die Hektarerträge 2004 über dem langjährigen Durchschnitt lagen, sondern auch weil der Anbau wichtiger Kulturen ausgeweitet wurde, fiel die Erntemenge wesentlich höher aus als 2003.

Mit der leichten Ausweitung der Getreideflächen (+0,7%) und der deutlichen Steigerung der Hektarerträge nahm das Volumen der Getreideproduktion um 25% zu. Da jedoch die Erzeugerpreise um nahezu ein Drittel sanken, schrumpfte der Produktionswert von Getreide gegenüber dem Jahr 2003 (-3,9%). In der Erdäpfelproduktion wird das Wechselspiel guter Ernten und sinkender Preise noch deutlicher: Trotz der um ein Viertel höheren Erntemenge (Flächen +3,8%, Hektarerträge +19%) schrumpfte der Produktionswert um fast 10%, weil die Erzeugerpreise um 37% sanken (von 2002 auf 2003 waren sie um 51% gestiegen). Der Produktionswert von Handelsgewächsen erhöhte sich im Gegensatz dazu leicht. Dies ist vor allem auf das große Gewicht von Produkten auf nach wie vor stark regulierten Märkten (z. B. Zucker, Tabak) mit stabileren Preisen zurückzuführen. Auch 2004 wurde der Rapsanbau gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt (-19%); da die Hektarerträge aber doppelt so hoch waren wie 2003, nahm das Produktionsvolumen zu.

Die Obsternte war 2003 von der Trockenheit dieses Jahres kaum betroffen gewesen; 2004 wurde fast die gleiche Menge geerntet. Die Preise sanken um beinahe 7%, sodass sich der Produktionswert entsprechend verringerte. Das Volumen des Gemüse- und Gartenbaus nahm nach einem Rückgang im Jahr 2003 zu (+4,5%). Wegen der Verbilligung im selben Ausmaß blieb der Produktionswert unverändert.

Das Produktionsvolumen der Tierhaltung veränderte sich gegenüber dem Jahr 2003 kaum, ins Gewicht fällt lediglich ein leichter Rückgang der Milch- und Schweinefleischproduktion. Die Erzeugerpreise von Schweinefleisch stiegen kräftig (+12,2%), Geflügel- und Rindfleisch sowie Milch wurde zu fast denselben Preisen wie 2003 abgesetzt. Insgesamt nahm der Produktionswert der tierischen Produktion um 2,2% zu. Dazu trug eine leichte Steigerung der Eierproduktion zu geringfügig höheren Preisen bei.

Preisschere öffnet sich weiter

Der Einsatz wichtiger Betriebsmittel wie Saat- und Pflanzgut, Energie und Pflanzenschutzmittel blieb 2004 gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert, es wurde aber weniger mineralischer Dünger verbraucht. Der Preisindex der Vorleistungen stieg neuerlich (+2,5%), während der gewichtete Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Güter abermals zurückging (-2,4%). Wegen des starken Wachstums des Produktionsvolumens (+4,9%) ergab sich aber eine Steigerung der Bruttowertschöpfung. Da die Abschreibungen nur leicht zunahmen (+1,2%), wurde eine geringfügig höhere Nettowertschöpfung erzielt als 2003 (Übersicht 51). Im mittelfristigen Vergleich deutet das Ergebnis von 2003 darauf hin, dass die Talsohle sehr niedriger Sektoreinkommen (1998 bis 2000) nachhaltig überwunden ist.

Gegenüber 2003 stieg das nominelle Faktoreinkommen der Landwirtschaft um 2,1%, da sich der Saldo aus nicht-produktionsabhängigen Zahlungen, Steuern und Abgaben zum Vorteil der Landwirtschaft leicht erhöhte (+2,4%). Neben der Ausgleichszulage für Betriebe in benachteiligten Gebieten wurden auch die Förderungen für das Agrarumweltprogramm angehoben. 2004 wurde erstmals die Milchprämie (32 Mio. €) ausgezahlt. Sie war im Zuge der Agrarreform 2003 beschlossen worden, um die geplante Senkung der Milchpreise abzufedern (Übersicht 52).

³⁰⁾ Statistik Austria, Zweite Vorschätzung der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung 2004, elektronisch übermittelte Daten, Wien, 2005.

Übersicht 51: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen der österreichischen Landwirtschaft

	2003	Wert 2004 Mio. €	2004 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2004 2003 = 100	Preis 2004
<i>Zu Erzeugerpreisen</i>					
Pflanzliche Erzeugung ¹⁾	2.284	2.304	+ 0,9	109,4	92,2
+ Tierische Erzeugung	2.366	2.417	+ 2,2	98,9	103,3
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	4.650	4.721	+ 1,5	104,1	97,6
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	146	150	+ 2,5	100,0	102,5
= Landwirtschaftliche Erzeugung	4.796	4.871	+ 1,6	103,9	97,7
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	383	381	- 0,6	97,5	101,9
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.179	5.252	+ 1,4	103,5	98,0
<i>Zu Herstellungspreisen</i>					
Pflanzliche Erzeugung	2.620	2.641	+ 0,8	111,8	90,2
+ Tierische Erzeugung	2.523	2.625	+ 4,0	99,1	105,0
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.144	5.266	+ 2,4	105,6	97,0
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	146	150	+ 2,5	100,0	102,5
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.290	5.416	+ 2,4	105,4	97,1
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	383	381	- 0,6	97,5	101,9
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.673	5.797	+ 2,2	104,9	97,4
- Vorleistungen insgesamt ¹⁾	2.997	3.079	+ 2,8	100,3	102,5
= Bruttowertschöpfung	2.676	2.718	+ 1,5	110,0	92,3
- Abschreibungen	1.343	1.359	+ 1,2	98,9	102,3
= Nettowertschöpfung	1.333	1.359	+ 1,9	121,1	84,1
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.083	1.109	+ 2,4		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.417	2.468	+ 2,1		
Nominelles Faktoreinkommen je JAE ²⁾	1.000 €	14,8	15,3	+ 3,1	

Q: Statistik Austria, LGR. Vorläufige Werte. - ¹⁾ Einschließlich innerbetrieblich erzeugter bzw. verbrauchter Futtermittel. - ²⁾ Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nicht entlohnt).

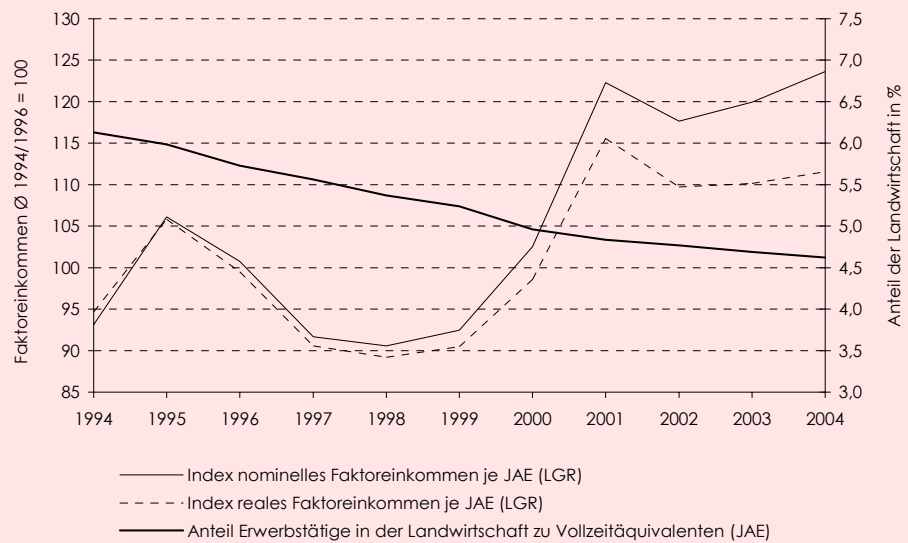
Übersicht 52: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2002	2003 Mio. €	2004	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.691,9	1.706,6	1.772,4	+ 3,9
Gütersubventionen	538,4	533,2	572,6	+ 7,4
Kulturpflanzen	339,1	340,4	341,6	+ 0,3
Nutztiere	199,3	192,7	231,0	+ 19,9
Sonstige Subventionen	1.153,5	1.173,4	1.199,8	+ 2,3
Stilllegung von Ressourcen	33,8	35,3	29,4	- 16,9
Agrarumweltprogramm ÖPUL	607,9	630,4	640,3	+ 1,6
Ausgleichszulage	283,3	290,4	308,3	+ 6,1
Förderungen von Investitionen	148,6	146,4	113,7	- 22,4
Steuern und Abgaben	133,0	129,2	118,1	- 8,6
Gütersteuern	45,1	39,2	27,2	- 30,7
Sonstige Produktionsabgaben	87,9	90,0	90,9	+ 1,0

Q: Statistik Austria, LGR; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; AMA. Vorläufige Werte.

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft hält ungebrochen an, hat sich aber wegen der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt verlangsamt (-0,9%). Während der zu Jahresarbeitseinheiten (JAE) gemessene Einsatz der nicht entlohnten Arbeitskräfte, also der bäuerlichen Familienmitglieder, unverändert abnimmt, steigt der Einsatz der entlohnten Arbeitskräfte relativ und absolut. Bezogen auf Jahresarbeitseinheiten nahm das Faktoreinkommen im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr nominell um 3,1% zu; es war nominell um 23,6%, real um 11,6% höher als im Durchschnitt 1994/1996 (Abbildung 20).

Abbildung 20: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Q: Statistik Austria, LGR (2004 vorläufige Werte); Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WIFO-Berechnungen. JAE ... Jahresarbeitseinheit.

Weiterhin günstige Entwicklung des Agraraußenhandels

Österreich ist traditionell ein Nettoimporteur von Agrargütern und Nahrungsmitteln. Die Differenz zwischen Importen und Exporten verringerte sich in den letzten Jahren jedoch kontinuierlich. 2004 verbesserte sich der negative Saldo neuerlich, und zwar um 170 Mio. € auf -434 Mio. €. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Ausweitung der Exporte zurückzuführen (+10,0% gegenüber 2003), während die Importe deutlich langsamer wuchsen (+5,7%). Gesteigert wurde vor allem die Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren, Milcherzeugnissen und Getränken (Übersicht 53).

Während der Einfuhrüberschuss im Agrarhandel insgesamt abnahm, wuchsen die Importe aus der EU rascher als die Exporte dorthin. Der EU-Beitritt der östlichen Nachbarländer intensiviert die Handelsbeziehungen, Importe und Exporte wurden 2004 mit ähnlicher Rate gesteigert (+19% bzw. +18%). Der seit 2003 negative Saldo des Agrarhandels mit den neuen EU-Ländern vergrößerte sich (von -13,7 auf -19,8 Mio. €).

Verarbeitete tierische Produkte (Fleischerzeugnisse und Milchprodukte) sind im Agrarhandel mit diesen Ländern die Gütergruppen mit den größten Exportzuwächsen, während Lebewiehe, Zucker, Zuckerwaren und Tabak verstärkt importiert wurden. Bereits vor der EU-Erweiterung importierte Österreich zunehmend Getreide und Ölsaaten aus Ost-Mitteleuropa; diese Tendenz hielt 2004 an. Die in die neuen EU-Länder exportierten Waren sind – bezogen auf das Gewicht – nahezu doppelt so viel wert wie die Importe. Österreichs Wirtschaft importiert vermehrt Rohprodukte oder wenig verarbeitete Agrargüter und forciert weiterhin den Export höherwertiger Güter.

Kräftige Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen in den neuen EU-Ländern

Die erste Vorschätzung der LGR vom Dezember 2004 weist für die EU (einschließlich der zehn neuen Mitgliedstaaten) einen Einkommenszuwachs aus. Das Sektoreinkommen nahm um 1,8% zu. Da gleichzeitig der Arbeitseinsatz um 1,5% sank, stieg das Einkommen gemessen am "Indikator A" (dem realen Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit) um 3,3%. Dieses Wachstum wurde vor allem in den neuen Mitgliedsländern erzielt (+53,8%), während das Einkommen in der EU 15 stagnierte (+0,8%). Einige Länder verzeichneten sogar empfindliche Einbußen (Niederlande -11,5%, Belgien -8,8%).

Übersicht 53: Agraraußenhandel 2004

Kombinierte Nomenklatur (KNO)

	Export	Import	Insgesamt	Saldo EU 15	EU 25
	Anteile in %			Mio. €	
01 Lebende Tiere	1,5	1,9	- 31	- 37	- 45
02 Fleisch und Fleischwaren	9,9	7,0	+ 125	+ 37	+ 22
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,0	1,8	- 103	- 84	- 86
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	13,9	8,2	+ 265	+ 263	+ 260
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,4	1,0	- 36	- 25	- 23
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,3	4,3	- 229	- 230	- 229
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,1	5,8	- 268	- 225	- 247
08 Früchte	1,6	8,5	- 397	- 178	- 206
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	2,2	2,7	- 39	- 12	+ 11
10 Getreide	3,2	2,1	+ 49	+ 55	+ 38
11 Müllereierzeugnisse	0,7	1,0	- 25	- 31	- 30
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	1,5	2,4	- 59	- 7	- 56
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,4	- 19	- 12	- 11
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,0	0,0	+ 0	+ 1	+ 1
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	1,7	2,8	- 68	- 90	- 88
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	2,2	3,7	- 94	- 79	- 86
17 Zucker, Zuckerwaren	2,1	4,3	- 132	- 106	- 151
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,3	4,9	- 57	- 80	- 67
19 Zubereitungen aus Getreide und andere Backwaren	7,0	8,2	- 97	- 139	- 120
20 Zubereitung von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,4	6,8	- 48	+ 21	- 9
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	5,3	7,0	- 117	- 183	- 125
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	25,1	6,8	+ 927	+ 402	+ 446
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	3,8	5,0	- 81	- 116	- 87
24 Tabak und Tabakwaren	5,5	3,3	+ 99	+ 68	+ 83
			Mio. €		
Agrarhandel insgesamt laut KNO	5.247,1	5.681,2	- 434	- 786	- 806
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	5.346,2	5.745,9	- 400	- 734	- 753
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Agrarhandel insgesamt laut KNO ²⁾	+10,0	+ 5,7	+28,1	-11,3	-12,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank. 2004 vorläufige Werte; es gelten die im Kapitel "Außenhandel" des vorliegenden Berichts angeführten Einschränkungen zur Aktualität der Daten. – ¹⁾ Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des gewählten Aggregationsverfahrens voneinander ab. – ²⁾ Ein positives Vorzeichen der Saldenveränderung ist als Rückgang des Importüberschusses zu interpretieren.

Am stärksten nahm das landwirtschaftliche Einkommen in Tschechien (+109%), Polen (+74%) und Estland (+56%) zu. Die günstige Entwicklung in den neuen EU-Ländern ist auf drei Faktoren zurückzuführen: 2004 brachte – wie auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten – überdurchschnittlich gute Ernten, der Preisverfall war – wegen der niedrigeren Vergleichsbasis vor dem EU-Beitritt – mäßig, und die Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik bedeutete eine einmalige kräftige Steigerung der Förderungen.

Franz Sinabell (Franz.Sinabell@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Die Lage auf dem Holzmarkt verbesserte sich im Jahr 2004 nicht. Neben der Dollarschwäche drückte die geringe Schnittholznachfrage der europäischen Bauwirtschaft das Preisniveau. Die Preise von Nadelsägerundholz waren im Jahresdurchschnitt geringfügig niedriger als 2003. Im Vergleich zu 1989 sanken die Preise um 21%, seit dem Zwischenhoch 1999 um 14%. Die Talsohle des Preisverfalls wurde im September 2003 erreicht; im IV. Quartal 2004 festigte sich das Preisniveau. Auch der Verfall der Preise von *Nadelschleifholz* endete in der zweiten Jahreshälfte 2004. Im Jahresdurchschnitt waren die Preise um 2,1% niedriger als 2003, um 11% niedriger als 1999 und um 36% niedriger als 1989. Die Exportpreise von *Nadelschnittholz* geben

**Flaute auf dem
Holzmarkt hält an**

seit 1999 nach, im Jahr 2004 sanken sie gegenüber 2003 um 0,4%. Die Papierindustrie erlitt im Export wesentlich größere Preiseinbußen als die Sägeindustrie. Die durchschnittlichen Erlöse für Zeitungspapier sanken gegenüber 2003 um 5,9%, für Druckpapier um 4,2%.

Der Weltmarkt für Schnittholz wurde 2004 durch die günstige Entwicklung des Einfamilienhausbaus in den USA und die stark steigende Holznachfrage Chinas gestützt. Mit einer Anhebung des Zinsniveaus in den USA und der Dämpfung des Konjunkturaufschwungs in China könnten diese Stützen wegbrechen. In Europa wird die Bauwirtschaft in den Jahren 2005 bis 2007 mäßig wachsen: 2005 ist im Hochbau eine Rate von +1,5%, im Tiefbau von +3,2% zu erwarten, 2006 wird sich die Expansion auf +1,1% bzw. +2,9% verlangsamen³¹⁾. Für die österreichische Sägeindustrie ist entscheidend, dass das Wachstum des Bauvolumens in Österreich, Italien und in der Schweiz sehr schwach sein wird und für Deutschland ein Rückgang der Bautätigkeit zu erwarten ist. Der Orkan "Erwin" vernichtete Anfang Jänner 2005 große Teile der Wälder in Südkandinavien und im Baltikum. Der Schadholzanfall wird auf über 75 Mio. fm geschätzt.

Abbildung 21: Holzversorgung und Holzpreise



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen; Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise.

Trotz der gedrückten Preise meldete die heimische Holzwirtschaft 2004 durchwegs Produktionszuwächse. Der Produktionswert der Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Herstellung von Möbeln) war nominell um 6% höher als 2003. Die Branche beschäftigte Ende 2004 um 3,3% mehr Arbeitskräfte als im Jahr zuvor. Die Papier- und Pappeindustrie erreichte etwa den Produktionswert des Jahres 2003 mit einem um 0,4% geringeren Personalstand.

³¹⁾ Czerny, M., "Gebremstes Wachstum der europäischen Bauwirtschaft 2005 bis 2007", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(2), S. 89-95, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25444.

Trotz der schwierigen Marktlage konnte die Sägeindustrie ihre Exporte beträchtlich ausweiten (Schnittholz +8,7%). Das Exportvolumen der Papiererzeugung sank um 3,9%. Spanplatten wurden bei steigenden Preisen um 3,4%, Faserplatten um 13% weniger ausgeführt. Kräftig wuchsen die Exporte von technologisch anspruchsvollen Bautischlerarbeiten (u. a. Leimbinderkonstruktionen). Die Exporte von Papier- und Pappwaren waren um 6,4% höher als 2003.

Im Jahr 2004 wurden 16,48 Mio. fm Holz geschlägert, um 3,4% weniger als im Rekordjahr 2003 mit seinem hohen Schadholzanfall. 2004 war um 32,5% weniger Schadholz aufzuarbeiten. An Starkholz wurde um 6,2%, an Industrieholz um 7,0% weniger ausgeformt als 2003. Brennholz fiel um 6,1% mehr an. Angesichts der gedrückten Marktlage setzten die Waldbesitzer ihre Arbeitskapazität vermehrt in der Waldpflege ein (Vornutzung +7,3%). Der Anteil des Einschlags durch Fremdwerber (Schlägerungsunternehmen, Stockkäufer) stieg um 7,3% und erreichte 51% des Gesamteinschlags.

Holzeinschlag –3,4%

Übersicht 54: Holzeinschlag

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	1.000 Efm ohne Rinde				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Starknutzholz (Sägeholz)	8.056,3	9.182,6	10.578,2	10.021,6	+ 0,3	+14,0	+15,2	- 5,3
Schwachnutzholz (Industrieholz)	2.504,9	2.626,9	3.140,9	2.922,1	+ 5,1	+ 4,9	+19,6	- 7,0
Brennholz	2.905,3	3.036,0	3.336,2	3.539,6	+ 1,6	+ 4,5	+ 9,9	+ 6,1
Insgesamt	13.466,5	14.845,4	17.055,2	16.483,4	+ 1,4	+10,2	+14,9	- 3,4

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen. 2004 vorläufige Werte.

Economic Recovery in 2004 – Summary

After three years of subdued economic development, Austria's business cycle gained momentum in 2004. Brisk international demand boosted GDP by 2 percent, although internal demand was still hesitant. Employment could be increased, although unemployment remained high.

The Austrian economy showed clear indications of recovery: at 2 percent, the growth rate was double that of previous years. In Austria too, the chief momentum came from brisk international demand: goods export grew by 12 percent in real terms. In spite of the problematic exchange rate, the USA became the third most important export market for Austria, following Germany and Italy and replacing Switzerland in the ranks. Austrian businesses managed to boost their share of foreign markets, not just because relative unit labour costs continued to decline.

In spite of export growth rates similar to those of 2000, economic growth clearly lagged behind what had been achieved in that year (3.4 percent). Most of the lag is due to relatively weak demand for consumer goods (+1.5 percent) by private households. With inflation rising, effective earnings stagnated and the saving ratio was once again on the increase. As a result, private consumption mostly failed to exert its stabilising effect.

Investment demand, on the other hand, revived markedly in 2004, driven by the economic recovery on the one hand and the expiry of the investment tax premium by the end of 2004 on the other. Investment in machinery and equipment flourished (+6.3 percent), focussing chiefly on vehicles. Construction investment, after its hefty growth in 2003, experienced only moderate growth in 2004 (+1.1 percent in real terms). Housing construction, on a downward drift in previous years, changed direction and rose by 0.5 percent. At 1.4 percent in real terms, demand for non-housing construction, however, slowed down significantly compared to previous periods.

Soaring prices of crude oil and higher housing costs put an end to the downward course of the inflation rate in Austria. Following a general price increase of 1.3 percent in 2003, the national consumer price index rose by 2.1 percent in the past year. From early 2004, inflation accelerated at a continuous pace, exceeding 2 percent in May to reach almost 3 percent by the end of the year. With its harmonised inflation rate of 2 percent, Austria was just below the euro area average of 2.1 percent.

By the end of 2004, employment in Austria had clearly responded to the cyclical upturn. The number of economically active employees rose by 21,000 on an annual average (+0.7 percent against the previous year). Growth focused on cycle-dependent business services and on the health care sector. As was the case in the past, the revival coincided with a rise in labour supply. Consequently, while unemployment no longer grew it nevertheless failed to decline.

Der Gesamteinschlag verteilte sich auf die Besitzkategorien wie folgt: Kleinwald 54% (Einschlag +5,3% gegenüber 2003), Großwald 33,3% (-9,0%) und Bundesforste 12% (-18,8%). Die Einschlagsentwicklung in den einzelnen Bundesländern wurde zum Teil durch das unterschiedliche Ausmaß an Schadholz im Jahr 2003 bestimmt. Gesteigert wurde der Einschlag in Vorarlberg (+15,5%), Kärnten (+11,9%), dem Burgenland (+9,2%), Niederösterreich (+6,3%) und Tirol (+2,9%). In den von den Föhnstürmen 2002 besonders betroffenen Bundesländern Salzburg (-41,4%), Oberösterreich (-5,5%) und Steiermark (-4,1%) wurde weniger geschlägert als 2003. Die heimische Säge-, Papier- und Plattenindustrie importierte 7,25 Mio. fm Nadelrohholz, um 14,7% mehr als 2003. Damit stammte bereits mehr als ein Drittel des im Inland be- und verarbeiteten Rohholzes aus dem Ausland.

Wilfried Puwein (Wilfried.Puwein@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)